



9. April 1918

HERMAN KRANOLD · DER KRIEG UND DIE DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT

MAN hätte hoffen dürfen, daß unsere *Agrarpolitiker* durch die Erfahrungen des Krieges wenigstens in der Vertretung ihres Nurkonsumentenstandpunkts etwas vorsichtiger geworden wären. Aber dem ist durchaus nicht so; Ton und Sachkenntnis der üblichen Parteiliteratur, soweit sie sich mit landwirtschaftlichen Fragen befaßt, steht vielfach noch genau auf dem gleichen Niveau wie vor 4 Jahren, als hätte Arthur Schulz nie gelebt, als wäre der Bankrott der Konsumentenpolitik nicht auch allmählich immer weiteren Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft klar geworden.¹⁾ Der neueste Beweis dafür ist ein Aufsatz des preußischen Landtagsabgeordneten Robert Leinert, den die Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie an hervorragender Stelle veröffentlicht hat.²⁾ Ich sehe mich daher genötigt, bevor ich im Anschluß an meine beiden die landwirtschaftlichen Probleme behandelnden Aufsätze³⁾ in einer Reihe weiterer Arbeiten die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Landwirtschaftsförderung entwickeln kann, zunächst kritisch die Unmöglichkeit darzutun auf dem bisher in der Parteiliteratur beliebten Weg fortzufahren, wenn man nicht lebenswichtige Interessen der Industriearbeiterschaft aufs Spiel setzen will. Ich wähle gerade Leiner's Abhandlung zum Stichblatt meiner Darlegungen, weil der Verfasser an sich wenigstens zu den Parteigenossen gehörte, die der Eigenart der agrarpolitischen Probleme Verständnis entgegenzubringen gewillt sind. Und es ist anzunehmen, daß ihn das Nachdenken über das Ernährungselend der Volksmassen doch schließlich zu rationellerer und fruchtbarer Auffassung dieser Probleme führen wird. Im preußischen Landtag hat er ja Gelegenheit genug in diesem Sinn für die Interessen des Proletariats zu wirken.

Es ist meines Erachtens ganz unberechtigt gerade der Regierung Vorwürfe zu machen, weil sie nicht vom ersten Kriegstag an die ganze Nahrungsmittelversorgung gemeinwirtschaftlich regelte. Leinert meint, es sei so gut wie nichts geschehen:

¹⁾ Siehe Schippel Konsumentenstandpunkt und Arbeiterorganisationen und Das Erwachen von Zollfragen unter Arbeitern, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 13 ff. und 131 ff.

²⁾ Siehe Leinert Krieg und Landwirtschaft und Die Kriegsgewinne der Landwirtschaft, in der Neuen Zeit, 1917-1918 I, Seite 265 ff. und 497 ff.

³⁾ Siehe Kranold Produktionspolitik und Die nächsten Aufgaben der Produktionspolitik in der Landwirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 III, Seite 1042 ff., und in diesem Band, Seite 25 ff.

»Erst als die Erhebungen über die Brotgetreidevorräte ergaben, wir würden kaum bis zur nächsten Ernte reichen, besann man sich darauf, daß das geheiligte Privateigentum an Lebensmitteln eingeschränkt werden müsse. Die Brotkarte und das Kartoffelbrot hielten ihren Einzug. Freilich auch von dieser Maßregel gilt, was von allen anderen bis auf den heutigen Tag zu sagen ist: sie kam zu spät und regelte nur halb, was ganz hätte getan werden müssen.«

Um zu beurteilen, wie weit diese Vorwürfe gerecht sind, bedenke man nur einmal die Verhältnisse. In nichts schlechterdings war man in Deutschland auf einen jahrelangen Koalitionskrieg eingerichtet. Auch die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten zwar den Krieg kommen sehen oder das wenigstens behauptet; ihre Kritik am Militärwesen hatte aber nur *Mißstände gegeißelt*, für die Sicherstellung der Kriegführung auf wirtschaftlichem Gebiet hatten sie ebensowenig etwas getan wie die bürgerlichen Politiker und die Regierungsleute. Die Menschen sind so kurzlebig. Man macht sich heute gar keinen rechten Begriff mehr davon, wie sorglos in wirtschaftlicher Hinsicht fast alle in den Krieg hineingegangen sind.⁴⁾ Zur Auffrischung des Gedächtnisses ein Zitat. Über die Kriegsrohstofforganisation erzählt Walther Rathenau:

»Ich legte ihm [dem Chef des Allgemeinen Kriegsdepartements am 8. (I) August 1914] dar, daß unser Land vermutlich nur auf eine beschränkte Reihe von Monaten mit den unentbehrlichen Stoffen der Kriegswirtschaft versorgt sein könne. Die Kriegsdauer schätzte er nicht geringer ein als ich selbst, und so mußte ich an ihm die Frage richten: Was ist geschehen, was kann geschehen, um die Gefahr der Erwürgung von Deutschland abzuwenden? Es war sehr wenig geschehen. . . [Dann am 9. August beim Kriegsminister von Falkenhayn:] Die Unterhaltung währte einen Teil des Vormittags, und als sie endete, war der Beschluß des Kriegsministers gefaßt eine Organisation zu schaffen, gleichviel wie groß, gleichviel mit welchem Mitteln; sie mußte wirksam sein und mußte die Aufgabe lösen, die uns auferlegt war. In diesem entscheidenden Augenblick brachte der kühne, verantwortungsvolle Entschluß des preußischen Kriegsministeriums den Wendepunkt. . . Vorbereitet war ich nicht; Bedenkzeit wollte ich mir ausbitten, das wurde nicht zugelassen, meine Zustimmung hatte ich zu geben, und so sah ich mich wenige Tage darauf im Kriegsministerium untergebracht.«⁵⁾

Ganz abgesehen von der Form dieses Vortrags (der in der Deutschen Gesellschaft 1914 gehalten wurde): was geht daraus hervor? Der Kriegsminister mußte die Rohstoffversorgung Deutschlands während des Krieges am 9. August 1914 zwischen Frühstück und Mittagessen *regeln*, und Rathenau, der durchsetzte, daß überhaupt etwas geschah, war »nicht vorbereitet«, wollte sich »Bedenkzeit« ausbitten. Aller Ehren wert, daß er sich Hals über Kopf in dieses Abenteuer hineinstürzte, um des Vaterlands willen. Aber wenn er unvorbereitet war, waren wir Sozialdemokraten denn vorbereitet? In Wirklichkeit haben wir als Partei doch erst während des Krieges die Gefahren erkannt; vorher haben wir es selbst an der notwendigen und an sich durchaus möglichen Kritik fehlen lassen, von positiver Arbeit ganz zu schweigen. Also-gebe man lieber den Streit auf, lasse die Vorwürfe beiseite und halte sich an die Sache.

Auch da ist es wenig angebracht den Vorwurf zu erheben, daß die Regierungsmaßnahmen unvollkommen waren. Es fehlte jeder Apparat, der ein erstes vollkommenes Zugreifen ermöglicht hätte; und die Vorschläge, die von der Linken kamen, waren gewiß nicht immer die gescheitesten. Man

⁴⁾ Ich darf allerdings für mich in Anspruch nehmen nicht so blind gewesen zu sein; siehe mein, 4 Monate vor dem Kriegsbeginn veröffentlichtes Buch *Massenernährung, Agrarpolitik, Kolonisation* /München 1914/.

⁵⁾ Siehe Rathenau *Deutschlands Rohstoffversorgung* /Berlin 1916/, Seite 8 ff.

denke nur an die Bartholomäusnacht der Schweine vom Frühjahr 1915.⁶⁾ Kritik an unserer oft mangelhaften Ernährungspolitik ist nötig und kann auch nützlich sein, wenn sie in sachkundiger Weise geübt wird. Aber allgemeine moralische Anklagen scheinen mir gar nicht am Platz. Dazu fehlt, mit Verlaub, gerade der Sozialdemokratie vorläufig die Aktivlegitimation.

Es ist objektiv ganz richtig, wenn Leinert behauptet, daß die Brotkarte zu spät kam. Und doch kam sie noch zu früh. Denn auch als sie kam, war sie noch nicht ausreichend überlegt. Die Fehler, die begangen wurden, weil man ohne genügenden Überblick, auf Grund einer zu spät und schlecht vorgenommenen Statistik den Brotverbrauch erstmalig beschränkte, sind in den Sozialistischen Monatsheften oft genug geschildert worden.⁷⁾ Hier sei nur kurz an sie erinnert: Der Mehlpreis wurde nicht gleichzeitig mit dem Brotgetreidepreis fixiert; der Brotgetreidepreis wurde zu niedrig bemessen und hätte von vornherein auf die unvermeidliche Geldentwertung während einer mindestens 3jährigen Kriegsdauer eingestellt werden müssen; die Streckung des Brotes mit Kartoffeln bei Erhaltung des vollen Friedensviehbestands bedeutete ein Angreifen der schon allzu knappen Kartoffelvorräte an zwei Seiten zu gleicher Zeit; die Festlegung der Brotgetreidepreise war ein Nonsens, solange die Preise der übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Futtermittel, Fleisch, Milch, Eier, Zucker usw.) nicht auch, und zwar in entsprechender Höhe festgelegt wurden usw. Leinert sagt:

»Die Bauern, die ihren Roggen für 11 Mark den Zentner hergeben mußten, waren gezwungen Gerste für 17 Mark einzukaufen. Aber die Devise »Die Landwirte dürfen wir nicht verärgern« war, wie früher, auch jetzt das Leitmotiv der Regierung.«

Ist es möglich, daß jemand den Mangel an Konsequenz nicht bemerkt, wenn er die erste und die zweite Hälfte dieses Zitats hinter einander hinschreibt? Also man wünscht die Landwirte zu hätscheln und verteuert ihnen das Getreidefutter! Ist es nicht möglich, daß die betreffenden Regierungsstellen einfach falsch gerechnet hatten? Ist nicht auch zu fragen, ob der Gerstenpreis damals überhaupt noch niedriger angesetzt werden konnte? Liegt der Fehler nicht vielleicht darin, daß die ursprünglichen Brotgetreidehöchstpreise schon zur Zeit der Bindung der Gerstenpreise eigentlich nicht mehr haltbar waren; daß man aber, die populäre Agitation fürchtend, sie nicht auf angemessene Höhe zu bringen wagte? Alle Anklagen, mit denen man so schnell bei der Hand ist, übersehen die Schwierigkeit der Sache, den Mangel an brauchbaren Beamten, die Kompliziertheit der technischen Organisation jeder, einerlei welcher Regelung dieser Dinge.⁸⁾

Leinert findet es ferner nicht richtig, daß man im Frühjahr 1915 nachträglich die Kartoffelhöchstpreise hinaufsetzte. Er hat ganz recht, das war ungeschickt. Aber wo liegt der Fehler? Doch wohl in der ursprünglichen Fest-

⁶⁾ Siehe Schulz Sind die Angriffe gegen die deutsche Landwirtschaft berechtigt? und Die Kriegskartoffelpolitik. die Schweinemassenschlachtung und unsere Partei, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915 II, Seite 1285 ff., und 1916 I, Seite 82 ff.; ferner K r a n o l d Studien über Krieg und Wirtschaft I /Augsburg 1916/: 2. Kapitel Zur Massenernährungspolitik im Kriege.

⁷⁾ Siehe vor allem K a l i s k i Die Sicherung des deutschen Volkes, ferner auch Förderung nationaler Selbsterhaltung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915 II, Seite 747 ff., und 1915 I, Seite 427 ff.

⁸⁾ Das sei an einem Beispiel erläutert: Am besten organisiert ist in Deutschland die Zuckervertellung. Sie konnte auf geeigneter Grundlage stattfinden: In jeder Zuckerfabrik saß schon im Frieden ein Steuerbeamter, durch seine Hände ging ohnehin alle Ware; diese hält sich lange, ist unbegrenzt lager- und bequem transportfähig. Trotzdem mußte im Herbst 1917 eine Pause von 2 1/2 Wochen in der Zuckervertellung eingeschoben werden, weil ohne sie die Inventur der Zuckerrestvorräte aus der zu Ende gehenden Versorgungsperiode nicht hätte vorgenommen werden können. Wie ganz anders groß sind da die Schwierigkeiten erst, wenn man auf solchen Grundlagen nicht aufbauen kann.

setzung der Preise. Diese mit 2,90 Mark für den Zentner anzusetzen war eine groteske Kapitulation vor dem Konsumentenstandpunkt. Zunächst lieferten dann freilich manche Landwirte zu diesem Preis ab; für einige Gegenden kann er als erträglich gelten, in anderen gibt es auch Landwirte, wenn auch vielleicht nicht viele, die selbst bei ruinösen Preisen, aus welchem Motiv immer, die Lieferungsvorschriften erfüllen. Daß man schließlich den Preis hinaufsetzte, war eine gewiß ärgerliche Folge des ursprünglichen Fehlers. Aber man mußte es tun, wollte man nicht systematisch vor weiterem Kartoffelanbau abschrecken. Leinert aber sagt allen Ernstes:

»Die rechtzeitige Ablieferung hätte die Regierung zwar auch erreichen können, wenn sie für die Ablieferung bestimmte Termine festgesetzt und die Nichteinhaltung bestraft oder für zu späte Ablieferung den Preis herabgesetzt hätte; doch das hätte die *Landwirtschaft* wieder verärgert.«

Also selbst unter diesen Höchstpreis hätte Leinert strafweise noch den Erzeuger herunterdrücken wollen. Wäre es dann nicht einfach Notwehr gewesen, wenn der Erzeuger sein Produkt hinterzog und vorschriftswidrig verfütterte, um nur überhaupt leben zu können?

Die gleiche Einsicht in die praktischen Verhältnisse der Landwirtschaft zeigt der Satz:

»Wollte man eine vollständige Erfassung der Lebensmittel auf dem Lande durchführen, so mußte die Kontrolle der abzuliefernden Mengen den Interessenten genommen werden. Die Gemeindevorsteher sind meist selbst größere Bauern; sie fühlen und denken mit ihren Klassengenossen. Daraus ist ihnen kein Vorwurf zu machen; aber gerade deshalb müssen uninteressierte (!) Verbraucher zur Regelung mit herangezogen werden. Arbeiter und Lehrer, die die Verhältnisse kennen, sollten in erster Linie dabei in Betracht kommen.«

Man stelle sich einmal vor, daß man »Arbeiter und Lehrer« wirklich für die Kontrolle eingespannt hätte. Freilich will Leinert nur solche nehmen, »die die Verhältnisse kennen«. Aber er würde in seinen Anforderungen an Sachkenntnis bei Arbeitern und Lehrern schon recht nachsichtig sein müssen, denn es wäre dazu eine große Anzahl nötig, und nur wenige »kennen« die Verhältnisse wirklich. Wenn aber Leinert mit Recht bäuerliche Gemeindevorsteher nicht als ideale Kontrolleure betrachtet (auch hier verallgemeinert er übrigens viel zu sehr), so sollte er doch wenigstens nicht die Lehrer zum Ersatz für sie in Vorschlag bringen. Wer ein wenig »die Verhältnisse kennt«, weiß, daß für die Lehrer der Anreiz durch die Finger zu sehen auch nicht ganz gering ist, ganz abgesehen davon, daß die Lehrer doch auch noch etwas anderes zu tun haben als in ihrer Schlafenszeit alle die Beamtenposten auszufüllen, für die Leinert sonst keine geeigneten Personen anzugeben weiß. In Wirklichkeit ist die Kontrolle der Nahrungsmittelablieferung schwierig, weil sie ungeheuern Zeitaufwand, rastlose Energie, völlige Unabhängigkeit und besonderes Sachverständnis verlangt. Das, was darin während des Krieges überhaupt zu leisten war, ist, das sollte man ruhig zugeben, geleistet worden. Wie man freilich auch auf agrarischer Seite eingestehen sollte, daß im ganzen doch nur wenig und nicht durchweg Erfreuliches erreicht wurde.

Doch das sind nur Einzelheiten, die freilich das Ganze charakterisieren. Den Kern der Leinertschen Arbeit bildet etwas anderes. Leinert meint, die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sei so hoch, daß sie die Mehrkosten der Erzeugung überträte, so daß der Landwirt einen Extragewinn, einen Kriegsgewinn mache. Und zwar ist dieser Kriegsgewinn seiner Ansicht nach nicht gering; Leinert spricht wiederholt von »ungeheuren

Mehreinnahmen«.⁹⁾ Er beweist das auf folgende Weise: 1. Die Landwirte haben viel Kriegsanleihe gezeichnet, ihre Schulden getilgt und ihre Spar- und sonstigen Kassenguthaben vermehrt; also müssen sie doch enorm verdient haben. 2. Die ihnen bewilligten Erzeugerhöchstpreise sind immer höher geworden; also müssen sie doch enorm verdient haben. Zwar, daß die Lebensmittel nicht zu Friedenspreisen zu haben sein können, findet auch er »selbstverständlich«; denn »auch die landwirtschaftliche Produktion hat sich verteuert«. Aber »die Gewinne gehen weit über die Produktionsver-
teuerung hinaus«.

Der Beweis wird nun freilich nicht etwa dadurch geführt, daß die Gestaltung der Produktionskosten untersucht wird. Unbedingt lagen da ja manche überraschenden Tatsachen vor. Zum Beispiel die Knappheit der Arbeitskräfte, sowohl der menschlichen wie der tierischen und mechanischen, der künstlichen und natürlichen stickstoffhaltigen Düngemittel¹⁰⁾, infolgedessen ein enormer Rückgang der Ernten, während die auf das stark verringerte Gesamterzeugnis umzulegenden Gesamtkosten sehr stiegen. Ferner Mangel an Futter und geringer Nährwert wie hoher Preis der Ersatzfuttermittel; infolgedessen Rückgang der Fleisch-, Fett-, Milch-, Eiererträge bei gleichzeitigem Anstieg der Generalunkosten usw. Gewiß ist es schwer diese Verteuerung der Produktionseinheit zahlenmäßig zu erfassen und darzustellen; wenn das aber nicht wenigstens in Näherungswerten möglich ist, so soll man nicht die Behauptung aufstellen, daß die Steigerung der Produktpreise weit über die Erhöhung der Gestehungskosten hinausging.

Leinert verzichtet aber darauf über die Höhe der Erzeugungskosten überhaupt etwas zu sagen und beschäftigt sich nur mit der »enormen« Steigerung der Erzeugerhöchstpreise. Dabei kann er nun allerdings nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß das Brotgetreide im allgemeinen sehr billig geblieben ist. Für das Wirtschaftsjahr 1915-1916 wurden die Höchstpreise für Hafer auf 300 Mark (zuzüglich 5 Mark Druschprämie) festgesetzt, die Preise für Futtergerste auf 300 Mark. Das war nicht nennenswert mehr als in der vorhergehenden Versorgungsperiode, unter der Herrschaft des freien Handels, bereits erzielt worden war.¹¹⁾ Leinert fordert aber nachträglich:

»Hätte man 1915 schon die Preise für Futtergetreide nicht höher festgesetzt als die für Brotgetreide, dann wäre die fabelhafte Erhöhung der Viehpreise und die ungerechtfertigte Bereicherung der Landwirte wenigstens teilweise verhindert worden.«
»Wenigstens teilweise«! Das Brotgetreide hatte folgende Erzeugerhöchstpreise für die Tonne: Roggen 220 Mark, Weizen 260 Mark. Für die Friedenszeit, für die es uns aus den letzten Jahren vor dem Krieg augenblicklich leider an statistischem Material fehlt, finden wir folgende Großhandelspreise: Roggen in Berlin im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1909 für die

⁹⁾ Wenn er freilich in dem spätern seiner beiden Aufsätze sagt, daß »die Agrarier ihre ungeheuren Mehreinnahmen als Kriegsgewinne und demgemäß als Kapitalanlage buchen können«, so scheint mir die zweite Hälfte dieses Satzes von völliger volkswirtschaftlicher Begriffsverwirrung zu zeugen. »Demgemäß« und »Kapitalanlage«: was für einen logischen Zusammenhang hat das mit dem vorher Gesagten? Leinert darf sich nicht wundern, wenn man solche Äußerungen schlechterdings nicht versteht; sie enthalten keinen klaren Sinn.

¹⁰⁾ Die stickstoffhaltigen Ersatzdüngemittel, die während des Krieges in größeren Mengen zur Verfügung standen, müssen im Boden einen lange dauernden Zersetzungsprozeß durchmachen; infolgedessen sind sie sehr frühzeitig in den Boden zu bringen und für manche Zwecke (zum Beispiel Kopfdüngung) überhaupt nicht zu gebrauchen.

¹¹⁾ Siehe die Drucksachen des Reichstags, 1914-1915, Nummer 107: Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 5. Nachtrag, Seite 64 ff.

Tonne 179,20 Mark, Weizen 207,75 Mark.¹²⁾ Nun bedenke man, daß in den letzten Jahren die Getreidepreise fortdauernd, wenn auch langsam gestiegen sind; man darf daher mindestens annehmen, daß die Großhandelspreise 1906 bis 1909 den Erzeugerpreisen 1910 bis 1914 entsprochen haben, wenn diese nicht vielleicht noch höher waren als jene. In diesem, der Leinertschen Anschauung günstigsten Fall standen also für 1915-1916 die Höchstpreise für Roggen um 41 Mark und für Weizen um 52 Mark über dem letzten Friedenshöchstpreis; eine Steigerung um etwa 23 respektive fast genau 25 %. Um ein Viertel also durfte der Landwirt nur teurer produzieren als im Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1914, wenn er im Krieg noch den gleichen Gewinn für die Tonne Roggen oder Weizen einheimen wollte: und wie viele Tonnen weniger erzeugte er, ohne daß sein Anlagekapital zunächst geringer wurde! Wenn man sich das einmal zahlenmäßig klar macht, dann begreift man, warum der Bauer aus anderen Zweigen seiner Erzeugung mehr, einen sogenannten übermäßigen Gewinn herauszudrücken sich bemühte.

Das Entscheidende der ganzen Auffassung, wie sie bei den *reinen Konsumenten* und namentlich in unserer Partei vorherrscht, kommt in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

»Im ganzen sind sicherlich mehr als 2½ Milliarden Mark den Landwirten, besonders den Großgrundbesitzern, als Mehreinnahme in diesem Jahre [1916-1917] allein zugeflossen. Trotzdem wird jetzt beraten, ob es nicht erforderlich sei die Preise erneut zu steigern, damit die Landwirte zum Anbau angetrieben werden. . . So wird immer das im Gewinn ergiebigste Produkt zum Anlaß genommen, um weitere Preiserhöhungen zu fordern, nur weil es an einem einheitlichen Wirtschaftsplan mangelt — und man vor dem Anbauzwang zurückschreckt. . . Mit Ausnahme der großen Kriegsindustriellen gibt es niemanden, der sich solcher Begünstigung während des Krieges zu erfreuen hat, als die Landwirtschaft. . . Ihnen [den Landwirten] bleibt der Grund und Boden erhalten. Um den Absatz ihrer Produkte brauchen sie sich keinerlei Sorge zu machen, denn sie wenden noch auf lange Jahre hinaus alles, was sie erzeugen, restlos zu guten Preisen verwerten können, und zwar bei besseren Produktionsbedingungen als jetzt. Ferner kommt in Betracht, daß keine derartige Umwälzung der Betriebsformen bei der Landwirtschaft wie in Handel und Gewerbe erfolgt ist. Kein einziger Betrieb ist stillgelegt worden. Vielmehr geschieht alles Mögliche, um die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu erhalten, oft ohne jede Rücksicht auf die Regeln sparsamer Verwendung von Rohprodukten. . . So geht die Landwirtschaft, vor allem der Großbesitz, mit Riesengewinnen aus dem Kriege hervor. . . Der sogenannte Bauer hat keinem Schaden erlitten, er hat durchweg durch den Krieg enorm verdient.«

Zur Begründung dieses Urteils schickt Leinert außer den hier schon kritisierten *Beweisen* nun noch eine Aufzählung weiterer Gewinnchancen für die Landwirtschaft voraus. Neuregelung der Getreidehöchstpreise, Druschprämie, Preiserhöhungen und Prämien für die Kartoffeln, Mehreinnahmen für Gemüse, Obst und Rüben zählt er auf, von den Mißernten freilich schweigt er. Auch diese Berechnung wimmelt geradezu von Fehlern. Indes, wir wollen es einmal als richtig unterstellen, daß die Landwirtschaft im Jahr 1916-1917 einen beträchtlichen Mehrgewinn gegenüber der Friedenswirtschaft erzielt hat. Wie steht es dann aber mit der Frage, ob der Verlust der Jahre 1914 bis 1916 damit schon eingeholt war? Wie steht es weiter mit Leinerts Folgerungen?

Hat es »nur« an einem einheitlichen Wirtschaftsplan und dem Anbauzwang

¹²⁾ Siehe die Drucksachen des Reichstags, 1909-1910, Nummer 370: Denkschrift betreffend den Umfang und die Wirkung der Ausfertigung von Einfuhrscheinen für ausgeführtes Getreide, Seite 34 ff.

gemangelt? Mir scheint, ein einheitlicher Wirtschaftsplan sei schon dagesen; ob er gut war, ist freilich eine Frage für sich, die aus manchen Gründen zu verneinen ist (falsche Bemessung der Höchstpreise und ihres Verhältnisses zu einander, falsches Verhalten gegenüber dem Anbau verschiedener Produkte). Und den Anbauzwang denkt man sich am grünen Tisch wohl gar zu leicht. Woher die Armee sachverständiger und gleichzeitig genügend unabhängiger Beamter hätte kommen sollen, von allen anderen Schwierigkeiten ganz zu schweigen, darüber haben die Befürworter dieser Maßregel sich wohl keine sehr genauen Gedanken gemacht. Gewiß, Anbauzwang ist sehr schön, wenn er sorgfältig vorbereitet und aufgebaut ist, und daß es daran gefehlt hat, ist sicher sehr bedauerlich. Aber dieses Bedauern sollte niemanden darüber täuschen, daß der Fehler, so wie die Dinge nun einmal lagen, unvermeidlich war.

»Mit Ausnahme der großen Kriegsindustriellen« ist niemand im Krieg so begünstigt worden, wie die Landwirte. Sind es wirklich nur die »großen« Industriellen? Sind es nicht alle Industriellen beinahe, innerhalb der eiseren Schranken des Rohstoff- und Arbeitermangels? Eigentlich kommt es einem einigermaßen komisch vor, wenn stets darüber geklagt wird, daß die Landwirte, doch immerhin ein Viertel des Volks, einen ungewöhnlichen Gewinn gemacht haben sollen, den selbst Leinert nur auf 2½ Milliarden für das Betriebsjahr 1916-1917 beziffert, während die Industrie monatlich seit 3½ Jahren mindestens den gleichen Betrag verzeichnet. Nur die starre Verzauberung, mit der die Partei auf die *Agrarier* blickt, kann diese groteske Erscheinung erklären, die deshalb freilich bei den Führern der Partei noch lange nicht zu entschuldigen ist.¹³⁾

Ist den Landwirten wirklich »der Grund und Boden erhalten« geblieben? Äußerlich ja; weggelaufen, weggeschmolzen, wegerobert ist er ihnen nicht. Aber verarmt ist er. Alle Nährkräfte, die lange Jahre hindurch mit hohem Kapitalaufwand in ihn hineingesammelt waren, sind mehr oder weniger aufgezehrt worden. Der landwirtschaftliche Boden ist nicht mehr das, was er vor 4 Jahren war. Wenn der Krieg zu Ende ist, muß der Landwirt ihn wieder anreichern, ihm wieder Sorglichkeit angedeihen, ihm Arbeit und Dünger zukommen lassen; dafür werden große Kapitalien erforderlich sein. Es ist schon etwas Richtiges daran, wenn Leinert uns vorrechnet, daß der Landwirt »Kriegsgewinn« gemacht habe. Er hat sein Kapital auf dem Weg über den Schleichhandel, die Steigerung der Preise für die noch nicht im Preis gebundenen Erzeugnisse, die Liquidation eines sehr großen Teils seines Viehstands, den Aufschub von notwendigen Reparaturen und Inventaranschaffungen exvestiert; er muß es nach dem Krieg wieder investieren, vielleicht nicht als Privatmann, wohl aber als Glied des produzierenden Volkskörpers. Welche Preise er dann anlegen muß, das weiß heute kein Mensch genau; nur das wissen wir alle oder könnten wir doch alle wissen: niedrig werden sie nicht sein. Dagegen scheint es mir gar nicht so sicher, daß der landwirtschaftliche Produzent immer »zu guten Preisen« Absatz haben wird. Freilich sicher zu Preisen, die über jenem Stand vor dem Krieg liegen. Aber gut kann man sie doch nur nennen, wenn man gewiß ist, daß sie in vernünftigerem oder wenigstens erträglichem Verhältnis zu den Gesteigungs-

¹³⁾ Siehe Schippel 25 Jahre Bund der Landwirte und Agrarfrage, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 273 ff.

kosten stehen. So wie die Brotgetreidepreise bis 1916 dürfen sie allerdings nicht sein, sollen sie »gut« genannt zu werden verdienen.

Wenn Leinert meint, die Umwälzung der Betriebsformen in der Landwirtschaft sei nicht so groß wie in der Kriegsindustrie, sie zeige nur eine Umstellung, so hat er, was die Quantität betrifft, in gewissem Grad recht. Sieht man aber auf die Qualität, so ist er im Unrecht. Auch eine kleine Umwälzung bedeutet für die zahlreiche Schicht der selbständigen Landwirte schon eine enorme Belastung, die oft, wie die Erfahrung gezeigt hat, trotz gutem Willen und trotz der hervorragenden Durchschnittsbegabung unserer Landwirte nicht restlos getragen werden konnte. Was ist die größte Umwälzung unter den wenigen Tausenden von Industrieherrn im Vergleich dazu? Gewiß ist auch sie ungeheuer schwer; aber was ist sie im Vergleich? »Kein einziger Betrieb« ist in der Landwirtschaft stillgelegt worden? Das ist nicht ganz richtig; man denke an Ostpreußen. Außerdem, und das ist wichtiger: sind nicht ungeheuer viele Betriebe halb oder dreiviertel stillgelegt worden, nämlich auf die Stufe der extensiven Wirtschaft zurückgegangen? »Alles Mögliche« ist zur Erleichterung der Lage der Kleinbetriebe geschehen? Gewiß, manches ist geschehen, wenn auch vielleicht nicht alles, was möglich ist. Und war denn auch alles möglich, was nötig war?

So fällt auch von diesem stolzen Gebäude Stein um Stein zu Boden, sobald man ihn prüfend beklopft. Will man auf Grund solchen Beweismaterials wirklich noch die deutsche Landwirtschaft zum Sinnbild des Kriegsgewinnlertums stempeln?

Wollen wir eine sachkundige und sachdienliche Kritik der Demokratie an der Agrarpolitik der Regierung in die Wege leiten, dann müssen wir vor allem die Tatsachen selber sehen und dürfen uns nichts zusammenphantasieren, um ein für die Agitation bequemes Schema bekommen oder behalten zu können. Erst wenn wir uns von den ganz falschen Bahnen entfernen, auf denen unsere Kritik der agrarpolitischen Dinge sich bewegte, können wir einen Weg betreten, der zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität Deutschlands führt und dem wahren Interesse der Arbeiterschaft entspricht. Damit es dahin komme, müssen wir uns zu der Erkenntnis durchringen, daß wir zur Beantwortung landwirtschaftlicher Fragen gründlicher Sachkenntnis und einer gewissen Vorurteilslosigkeit bedürfen. Ich hoffe deshalb, daß ich mit diesem Artikel nunmehr die Polemik gegen Parteigenossen beiseite lassen darf, um vielmehr zur Vorbereitung eines sozialdemokratischen Programms für eine agrarische Produktionspolitik einiges beitragen zu können.

LUDWIG QUESSEL · FÜRST LICHNOWSKY UND VON JAGOW



UF unsere auswärtige Politik in der Kriegsvorzeit haben zwei Schriftsätze, die in diesen Wochen veröffentlicht wurden, manch neues Licht geworfen; und vieles, was früher nur als Vermutung von hoher Wahrscheinlichkeit gelten konnte, ist durch sie zur Gewißheit geworden.

Der erste dieser Schriftsätze ist die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Ihre Niederschrift erfolgte in den schweren Augusttagen 1916, als die ganze Welt unter dem Eindruck des über alle bisherigen Maße hinaus gewaltigen Ansturms Brussilows auf die Ostfront stand, der am 4. Juni auf einer Front von 350 Kilometer vorstieß. Die politische Auswirkung des Brussilowschen Vorgehens, das die Entente als den größten Sieg dieses Krieges nach der Marneschlacht feierte, war Rumäniens Kriegserklärung. Von dem Eindruck gebeugt, daß man seiner Englandfreundschaft einen erheblichen Anteil an der schweren Lage Deutschlands zuschrieb, trat Lichnowsky an die Aufgabe heran eine Rechtfertigung seiner Politik zu schreiben, die er zur Erfüllung der ihm von Bethmann Hollweg übertragenen Mission verfolgt hatte. Daß eine in solcher Zeit und in tiefster Schwermut niedergeschriebene Rechtfertigung sehr subjektiv und egozentrisch ausfallen mußte, kann für niemand verwunderlich sein, der für starke Gemütsbewegungen seiner Mitmenschen Verständnis hat. Lichnowskys Denkschrift kann daher nur in einem sehr bedingten Maß, nämlich nur insoweit, als sie Tatsachen enthält, deren Richtigkeit von keiner Seite in Abrede gestellt wird, als Quelle zur Darstellung der deutschen Politik in der Kriegsvorzeit herangezogen werden. Damit soll gar nicht bestritten werden, daß Lichnowsky für manche Vorgänge einen guten Blick und zum Teil auch ein gutes Urteil in manchem Wichtigem bekundet hat. So namentlich, wenn er von Rußland als »unserm naturgemäßen besten Freund und Nachbarn« spricht, die Preisgabe der deutsch-russischen Freundschaft als den schlimmsten Fehler unserer Außenpolitik ansieht und es beklagt, daß wir es nicht verstanden haben »die Entente zu lockern und Rußland seinen asiatischen Interessen zuzuführen«. (Auf diese wie auf manche wichtige Einzelheit der Denkschrift wird man noch zu gelegener Zeit zurückkommen können.) Aber die vernünftige Auffassung in den erwähnten Punkten wird völlig wettgemacht durch die (nur aus anglophiler Verblendung zu erklärenden) Illusionen, denen sich Lichnowsky über die britische Außenpolitik hingab.

Der zweite der beiden Schriftsätze, die die deutsche Außenpolitik vor dem Krieg aus dem Dunkel geheimer Diplomatie an das Licht der Öffentlichkeit ziehen, ist die Entgegnung des frühern Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Gottlieb von Jagow, der nach dem plötzlichen, für die deutsche Politik verhängnisvollen Tod Kiderlen-Waechters am 30. Dezember 1912 von Bethmann Hollweg nach Berlin berufen wurde, um die auswärtige Politik Deutschlands im Bethmannschen Sinn zu lenken. Jagows Entgegnung ist zwar weniger wichtig als die Lichnowskysche Denkschrift, verdient aber insoweit doch ernste Beachtung, als sie den Beweis erbringt, daß die 4 Männer Bethmann Hollweg, Jagow, Lichnowsky und Kühlmann in der Grundrichtung ihrer Politik durchaus übereinstimmten und in jeder andern als der englischen Orientierung unserer Außenpolitik ein Unheil für Deutschland sahen. Wer ihre Politik verfolgt hat, konnte freilich auch schon früher über ihre anglophile Orientierung nicht im Zweifel sein; die Lichnowskysche Denkschrift und Jagows Entgegnung darauf bringen nun aber für diesen Sachverhalt den dokumentarischen Beweis.

Was Bethmann Hollwegs Verhältnis zu England betrifft, so hat er darüber am 2. Dezember 1914 in einer Rede im Reichstag ein offenes Bekenntnis abgelegt. Als er als Reichskanzler 1908 die oberste Leitung unserer Außenpolitik übernahm, stand, so erklärt er, »dem Dreibund [Deutschland, Öster-

reich-Ungarn, Italien] festgefügt die Tripelentente [England, Frankreich, Rußland] gegenüber«. Er wollte nun versuchen durch Verständigung mit England, das seiner Meinung nach noch »verhältnismäßig am freiesten« da-stand, die Kriegsgefahr zu bannen. Das Ziel der Bethmannschen Politik war also von Anfang an die Verständigung mit England. Voll zur Geltung kam diese aber erst, als es Bethmann gelungen war an die Stelle des plötzlich verstorbenen Kiderlen-Waechter Herrn von Jagow zu setzen, der nun in voller Übereinstimmung mit ihm, dem Londoner Botschafter Fürsten Lichnowsky und seinem ersten Botschaftsrat von Kühlmann eine realpolitische Grundlage für die deutsch-englische Verständigung zu gewinnen suchte. Ein Zweifel daran, daß diese Männer, die die Geschicke Deutschlands von 1912 bis zum Ausbruch des Krieges leiteten, außenpolitisch durchaus einheitlich orientiert waren, ist heute nicht mehr möglich. Für Bethmanns Orientierung legt seine Rede von 1914 Zeugnis ab. Jagow schreibt in seiner Entgegnung vom 20. März 1918, daß, als er »im Januar 1913 zum Staatssekretär ernannt wurde, er eine »deutsch-englische Annäherung für erwünscht und eine Verständigung . . . auch für erreichbar erachtete«. Was Lichnowsky betrifft, so legt seine Denkschrift vom ersten bis zum letzten Wort Zeugnis von der britischen Orientierung seiner Außenpolitik ab. Und daß zwischen dem Gesandten und seinem ersten Botschaftsrat (den die Times als den »wirklichen Dirigenten« der deutschen Verständigungsaktionen mit England bezeichneten) vollste Übereinstimmung herrschte, zeigt die bewundernde Anerkennung, die Lichnowsky der Londoner Tätigkeit Kühlmanns zollt.

Was nun die deutschen Politiker, die im Gegensatz zu diesen Staatsmännern antienglisch orientiert waren, der britischen Außenpolitik zum Vorwurf machten, war deren Tendenz einerseits durch Entfachung der italienischen, serbischen, rumänischen und tschechischen Aspirationen den Dreibund innerlich zu zermürben und, wenn möglich, zu sprengen, und andererseits den deutsch-französischen und österreichisch-russischen Gegensatz immer mehr zu verschärfen, um so die Mittelmächte in einen Zustand weltpolitischer Ohnmacht zu bringen, die es England ermöglichen würde die letzte Aufteilung der Welt, die Rhodessche Kap-Kairo-Idee und den Curzonschen Kairo-Kalkutta-Gedanken der Verwirklichung entgegenzuführen. Dem Einwand ihrer deutschen Gegner, daß doch der britische Imperialismus und ganz besonders seine radikalen Anhänger, die Grey, Asquith, Lloyd George, stark pazifistisch gestimmt wären und deshalb nicht abgeneigt sein würden bei der bevorstehenden letzten Weltaufteilung auch die Mittelmächte zu berücksichtigen, stellten die antienglisch Orientierten die Ansicht entgegen, daß Deutschland von England freiwillig immer nur Scheinzugeständnisse erwarten dürfe, die sofort in Verfall geraten würden, wenn sie wirksam werden sollten. Der britische Wirtschafts-imperialismus, der sich durch die deutsche Industrie mehr und mehr von allen Märkten Europas verdrängt sehe, werde es niemals zulassen, daß der deutsche Export durch Gewährung wirtschaftlicher Einflußsphären nun auch noch in Vorderasien und Afrika vorherrschend würde. Wenn die größte Seemacht der Welt mühsam und unter Opfern die kontinentale Zange der französisch-russischen Allianz in ihre Hände gebracht habe, so sei dies keine gedankenlose Spielerei gewesen, vielmehr wäre dies in der festen Absicht geschehen mit ihrem Doppeldruck die Mittelmächte bei der großen Weltaufteilung lahmzulegen, und zwar, solange es geht, diplomatisch, im äußersten Notfall aber durch Krieg.

Für ihre Auffassung, daß britische Zugeständnisse an diejenige Macht, die Englands Handelssuprematie bedroht, immer nur Scheinzugeständnisse seien, konnten sich die Gegner der englischen Orientierung der deutschen Außenpolitik auf das klägliche Resultat der deutsch-englischen Verständigungsaktion von 1898 bis 1902 berufen. Die deutsche Öffentlichkeit wußte von ihr freilich so gut wie nichts. Eine kleine Zahl sachkundiger Außenpolitiker, die im Besitz des zumeist nur im Ausland veröffentlichten Materials über diesen Abschnitt der deutschen Außenpolitik war, hatte die Einzelheiten dieser ersten deutsch-englischen Verständigungsaktion jedoch gut im Gedächtnis behalten. Das Ziel dieser Aktion war gewesen der deutschen Volkswirtschaft in Afrika und Vorderasien ein erweitertes Feld ökonomischer Betätigung zu verschaffen. Zunächst kam ein Übereinkommen zwischen England und Deutschland über die Erschließung und Entwicklung der portugiesischen Kolonien durch moderne Verkehrsmittel (Eisenbahnen, Fahrstraßen, Hafenanlagen und Schifffahrtsstraßen) zustande. Das große portugiesische Kolonialreich, zu dessen Entwicklung dem unter britischer Oberhoheit stehenden Mutterland die Mittel fehlten, wurde zwischen England und Deutschland in wirtschaftliche Einflußsphären aufgeteilt. Zugleich hatte sich aber England im Prinzip auch damit einverstanden erklärt, daß Deutschland von britischer Seite bei der Erschließung der subtropischen Rohstoffgebiete Vorderasiens durch ein Konstantinopel mit Bagdad verbindendes Eisenbahnsystem keine Hindernisse bereitet werden sollten. Als Gegenleistung hatte Deutschland sein Desinteressement an dem Schicksal der Burenrepublik ausgesprochen und sich zur Unterstützung der britischen Chinapolitik gegenüber Rußland verpflichtet. Als 1899 England an die Unterwerfung der Burenrepubliken heranging, trat das englisch-deutsche Übereinkommen in Erscheinung. Das Ersuchen Rußlands und Frankreichs durch eine gemeinsame Intervention der europäischen Kontinentalmächte zugunsten der Burenrepubliken England zu demütigen, wurde in Berlin zurückgewiesen. Und als im zweiten Jahr des Burenkrieges Rußland Miene machte seinen Einfluß in Nordchina territorial auszudehnen, wurde das englisch-deutsche Abkommen über China vom 16. Oktober 1900 der russischen Regierung als eine nicht mißzuverstehende Drohung amtlich von deutscher und britischer Seite mitgeteilt. Seine Punkte besagen folgendes:

»1. Es ist eine Angelegenheit von gemeinschaftlichem und dauerndem internationalem Interesse, daß die Häfen an den Flüssen und Küsten Chinas frei und offen für den Handel und jede legitime Art ökonomischer Aktivität für die Angehörigen aller Länder ohne Unterschied bleiben sollen; und die beiden Regierungen kommen ihrerseits überein diese Freiheit für das ganze chinesische Territorium, soweit sie Einfluß ausüben können, aufrechtzuerhalten.

2. Die Regierung Ihrer britannischen Majestät und die Kaiserlich deutsche Regierung wollen ihrerseits keinen Nutzen aus der gegenwärtigen Komplikation ziehen, um für sich irgendwelche Vorteile in den chinesischen Besitzungen zu erlangen, und sie werden ihre Politik dahin richten den territorialen Zustand des Chinesischen Reichs unvermindert aufrechtzuerhalten.

3. Für den Fall, daß eine andere Macht die Komplikationen in China benutzt, um in irgendeiner Form irgendwelche solcher Vorteile zu erlangen, behalten sich die beiden vertragschließenden Teile vor zu einer vorläufigen Verständigung über die zum Schutz ihrer eigenen Interessen in China eventuell zu unternehmenden Schritte zu kommen.

4. Die beiden Regierungen werden dieses Übereinkommen den anderen interessierten Mächten, insbesondere . . . Rußland . . . mitteilen, und sie werden sie einladen die in ihm enthaltenen Prinzipien anzunehmen.«

Als das Auswärtige Amt in Petersburg dieses seltsame Dokument gleich

zeitig vom deutschen und vom britischen Gesandten zugestellt erhielt, wußte es natürlich, was die Glocke geschlagen hatte. Deutschland, das bisher in ostasiatischen Fragen mit Rußland Hand in Hand gegen England vorgegangen war und diesem Zusammengehen seine ostasiatische Einflußsphäre zu verdanken hatte, war von Rußland abgefallen und hatte sich England zugewandt. Jetzt war man sich in Petersburg auch im klaren darüber, daß das mit britischer Zustimmung am 23. Dezember 1899 abgeschlossene Übereinkommen zwischen der Türkei und Deutschland über die Linie Konia-Bagdad-Basra der Preis für die Abwendung der deutschen Außenpolitik von Rußland gewesen war. Wieder einmal hatte England die politische Kunst der Ablenkung meisterhaft zu handhaben verstanden.

Die deutschen Hoffnungen auf die Erschließung der portugiesischen und türkischen Rohstoffgebiete sollten jedoch bald wie Seifenblasen zerplatzen. Unmittelbar nach der Aufstellung des deutsch-englischen Vertrags über die wirtschaftliche Erschließung der portugiesischen Kolonien hatte England mit Portugal im geheimen den Windsorvertrag von 1899 geschlossen, der den Portugiesen die Integrität ihrer Kolonien garantierte und damit das Abkommen mit Deutschland nahezu gegenstandslos machte. Die Buren waren nun noch nicht völlig niedergedrungen, als König Eduard 1901 in aller Eile nach Lissabon fuhr, um dort laut zu verkünden, daß die »unangetastete Aufrechterhaltung« des portugiesischen Kolonialreichs der Gegenstand seiner »teuersten Wünsche« sei. Dieses Ende der deutsch-englischen Verständigung über die portugiesischen Kolonien hat der britische Politiker Seton-Watson während des Krieges mit bitterm Hohn wie folgt geschildert:

»Bald nach dem Ausbruch des südafrikanischen Krieges . . . wurde der Gedanke einer englisch-deutschen Übereinkunft erörtert und die Anregung zu einer Aufteilung der portugiesischen Kolonien im Fall ihrer Liquidation gegeben. . . Es kam ein Vertragsentwurf zustande, der den Plan zu Kompensationen und territorialen Neuordnungen empfiehlt. Er wurde jedoch nie unterzeichnet. . . Erstens war [der Premierminister] Lord Salisbury dagegen . . ., und zweitens wurde er als gar nicht ausführbar erkannt. Er wurde deshalb umgestoßen und geriet in Verfall.«¹⁾

Wie in Afrika so ging es der deutschen Politik aber auch in Vorderasien. Sobald durch den japanisch-englischen Vertrag von 1902 England in die Lage gekommen war den deutschen Degen gegen Rußland durch den japanischen zu ersetzen, gerieten auch alle britischen Zusagen über die Bagdadbahn in Verfall. Oncken nennt die Kursveränderung, die England 1901 durch die Reise Eduards nach Lissabon angestrebt und im Frühjahr 1903 unverkennbar für immer vorgenommen hatte, »eine der größten weltgeschichtlichen Wendungen neuerer Zeiten.«²⁾ Das ist reichlich pathetisch gesprochen. In Wahrheit trat 1903 eine Kursänderung in der englischen Politik gar nicht ein. In den vorhergehenden Jahren hatte England Deutschland lediglich so lange unverbindliche Versprechungen gemacht, als es uns brauchte, um seine alten rivalen Frankreich und Rußland in Schach zu halten. Als der Burenkrieg siegreich beendet, die englisch-japanische Allianz abgeschlossen war, war dieses Ziel erreicht. Der Vertrag über die portugiesischen Kolonien wurde ja schon 1899 durch den Windsorvertrag konkterkariert und geriet 1901 noch vor dem Ende des Burenkriegs in Verfall, sobald das deutsche Desinteressement an dem Schicksal der Burenrepubliken für England bedeutungslos geworden war. Die britische Absage an

¹⁾ Siehe Seton-Watson *The Failure of Sir Edward Grey*, in der *English Review*, 1916 I, Seite 143.

²⁾ Siehe Oncken *Das alte und das neue Mitteleuropa* (Gotha 1917), Seite 76.

Deutschland in der Bagdadbahnfrage erfolgte, nachdem das englisch-japanische Bündnis effektiv geworden war und man den deutschen Degen gegen Rußland nicht mehr brauchte. Am 23. April 1903 erklärte der neue Premierminister Balfour, daß er eine Beteiligung englischen Kapitals an der Bagdadbahn ablehnen müsse. Am 2. Mai 1903 traf König Eduard in Paris ein, um die gegen Deutschland gerichtete Entente cordiale, die Marokko den Franzosen übergab, vorzubereiten. Am 5. Mai 1903 bezeichnete Lord Lansdowne das Gebiet, das das Endstück der Bagdadbahn erschließen sollte, als einen »Teil der indischen Grenze«, und Lord Ellenborough erklärte, er »möchte lieber Rußland in Konstantinopel als ein europäisches [lies: deutsches] Arsenal an den Ufern des Persischen Golfs sehen.«³⁾ Von dieser Zeit an stockte der Bau der Bagdadbahn, weil England in der Türkei seine anti-deutsche Orientierung dank den Kapitulationen so zur Geltung zu bringen wußte, daß eine Steigerung der türkischen Staatseinnahmen für den Eisenbahnbau nicht erzielt werden konnte. Das Ende der ersten anglo-deutschen Verständigungsaktion von 1898 bis 1902 war also, daß Deutschland vom Frühjahr 1903 an überall, wo es seine Aktivität mit britischer Hilfe zu entfalten gedacht hatte, auf den entschiedensten Widerstand Englands stieß.

Tragikomisch wirkt die nach Bekanntgabe der Lichnowskyschen Denkschrift nicht mehr abzuleugnende Tatsache, daß die zweite deutsch-englische Verständigungsaktion sich auf genau der selben Basis vollzog wie die erste. Und es liegt eine innere Folgerichtigkeit darin, daß, wie die erste mit der Einkreisung, die zweite mit dem Weltkrieg abschloß. Wie 1898 bis 1902, so wollte man auch 1912 bis 1914 durch gütliche Vereinbarung mit England für die deutsche Volkswirtschaft in Afrika durch Erschließung der tropischen Rohstoffgebiete des portugiesischen Kolonialreichs und in Vorderasien durch Erschließung der subtropischen Oasengebiete der Türkei ein erweitertes Feld ökonomischer Tätigkeit schaffen. Während die Ententemächte unter britischer Führung damit beschäftigt waren durch Aufteilung der afrikanischen und europäischen Türkei sich den Weg nach Anatolien, Syrien und Mesopotamien zu bahnen, verhandelte Bethmann in London über einen Plan, der, wenn er zur Wirklichkeit hätte werden sollen, doch die Preisgabe des britischen Kap-Kairo-Kalkutta-Gedankens zugunsten der Berlin-Bagdad-Idee bedeutet hätte. Aus der Lichnowskyschen Denkschrift ersieht man heute, daß, während die Entente mit der Liquidation der afrikanischen und europäischen Türkei beschäftigt war, deren Resultat doch, abgesehen von der Aufpeitschung der italienischen Irredenta, die Errichtung eines irredentistischen Großserbiens quer über den Weg Berlin-Bagdad sein mußte, man in Berlin nur das eine sah: daß Sir Edward Grey alles tat, um den Ausbruch des Weltkriegs zu verhindern. Die absolute Verständnislosigkeit, mit der man in Berlin den gigantischen Zielen des britischen Imperialismus gegenüberstand, muß geradezu Erstaunen erregen. Der Gedanke, daß England, wenn die letzte Aufteilung der Welt sich derart ganz nach britischen Wünschen vollzog, doch wirklich gar keine Ursache hatte den europäischen Krieg ausbrechen zu lassen, ist Bethmann Hollweg wohl nie aufgestiegen.

•Doch hören wir nun, was Lichnowsky uns über die Grundlagen der deutsch-englischen Verständigungsaktion von 1912 bis 1914 zu berichten weiß:

³⁾ Siche Schaefer Die Entwicklung der Bagdadbahnpolitik (Weimar 1916), Seite 54 ff.

»Durch Vermittelung des befähigten und geschäftskundigen Botschaftsrats von Kühlmann waren Besprechungen über eine Erneuerung des portugiesischen Kolonialvertrages und über Mesopotamien (Bagdadbahn) im Gange, die das unausgesprochene Ziel verfolgten sowohl die genannten Kolonien wie Kleinasien in Interessensphären zu teilen. . . Die Unterhandlungen zwischen uns und England, die bereits vor meiner Ankunft begonnen hatten, bezweckten unsern Vertrag von 1893, der auch hinsichtlich der geographischen Abgrenzung manche Unzuträglichkeiten aufwies, umzugestalten und zu verbessern. Dank der entgegenkommenden Haltung der britischen Regierung gelang es mir dem neuen Vertrag eine unseren Wünschen und Interessen durchaus entsprechende Form zu geben. Ganz Angola bis an den 20. Längengrad wurde uns zugesprochen, so daß wir an das Kongogebiet von Süden gelangten, außerdem noch die wertvollen Inseln San Thomé und Príncipe, die nördlich des Äquators liegen und dadurch eigentlich dem französischen Interessengebiet zufielen, eine Tatsache, die meinen französischen Kollegen zu lebhaften, wenn auch vergeblichen Gegenvorstellungen veranlaßte. . . Gleichzeitig unterhandelte ich in London, dabei wirksam unterstützt durch Herrn von Kühlmann, über den sogenannten Bagdadvertrag. Dieser bezweckte tatsächlich die Einteilung Kleinasien in Interessensphären, obwohl dieser Ausdruck mit Rücksicht auf die Rechte des Sultans ängstlich vermieden wurde. Sir Ed. Grey erklärte auch wiederholt, daß keine Abmachungen mit Frankreich oder Rußland beständen, die die Aufteilung Kleinasien bezweckten. Unter Zuziehung eines türkischen Vertreters, als welcher Halki Pascha erschien, wurden alle wirtschaftlichen Fragen, die mit den deutschen Unternehmungen in Verbindung standen, im wesentlichen den Wünschen der Deutschen Bank entsprechend geregelt. Das wichtigste Zugeständnis, das Sir Ed. Grey mir persönlich gemacht hatte, war die Verlängerung der Bahnstrecke bis Basra. Dieser Endpunkt war nämlich unsrerseits aufgegeben worden zugunsten des Anschlusses nach Alexandrette; Bagdad bildete bisher den Endpunkt der Bahn. Für die Schifffahrt auf dem Schatt el Arab sollte eine internationale Kommission sorgen. Auch an den Hafenbauten in Basra wurden wir beteiligt und erhielten ferner Rechte an der Tigrisschifffahrt, die bisher ein Monopol des Hauses Lynch war. Durch diesen Vertrag wurde ganz Mesopotamien bis Basra unser Interessengebiet, unbeschadet älterer britischer Rechte an der Tigrisschifffahrt und den Wilcoxverbesserungsanlagen, ferner das ganze Gebiet der Bagdad- und Anatolischen Eisenbahn. Als britischer Wirtschaftsbereich galten die Küsten des Persischen Busens und die Smyrna-Aidin-Bahn, als französischer Syrien, als russischer Armenien. Wurden beide Verträge vollzogen und veröffentlicht, so war damit eine Verständigung mit England erreicht, die allen Zweifeln an der Möglichkeit einer *anglo-german cooperation* für immer ein Ende machte.«

In der Tat, wären die beiden Verträge vollzogen worden, so wäre jeder Zweifel an einer weltpolitischen Verständigung zwischen den beiden großen Industriereichen der Welt behoben gewesen. Der Übelstand lag nur darin, daß man in London genau wußte, daß das englische Volk seine Zustimmung zu diesen beiden Verträgen nie geben würde. Deshalb erklärte Grey sie erst unterzeichnen zu können, wenn sie veröffentlicht worden wären.

Die Tragikomödie der Verhandlungen über die Veröffentlichung des portugiesischen Vertrags, der als erster und getrennt vom Bagdadvertrag das Licht der Öffentlichkeit erblicken sollte, hat uns lange vor Veröffentlichung der Lichnowskyschen Denkschrift Seton-Watson geschildert:

»Die Hauptschwierigkeit war, daß Sir Edward Grey, nachdem er den Vertrag entworfen hatte, zu der Ansicht gelangte ihn nicht definitiv unterzeichnen zu können, wenn er nicht vorher veröffentlicht würde. Um eine ganz klare Lage zu schaffen, wäre er auch verpflichtet gleichzeitig den sogenannten Windsorvertrag zu publizieren, in dem Großbritannien Portugal die Integrität seiner Kolonien garantiert. Er scheint jedoch keinerlei Anstalten getroffen zu haben, um diese beiden mit einander unvereinbaren Verträge auszugleichen. Deutschland erhob gegen dies Verfahren, das ihm das Aussehen eines von England Genarrten gegeben hätte, natürlich Einspruch. Es ist klar, daß alles dies dem deutschen Gemüt in anderm Licht erscheint und die starke Bitternis der deutschen Kreise gegen Grey erklärt. . . Deshalb kommen sie zu dem Schluß, daß Grey bewußt *unehrlich handelte* und

seine Verhandlungen über Portugal und Bagdad ein sorgfältig ausgearbeitetes Blendwerk waren. . . Die Hinhaltung von der Aufstellung bis zur Signatur [des portugiesischen Vertrags] mag dieser Ansicht eine gewisse Farbe geben.«¹⁾

Als ich vor Jahresfrist in den Sozialistischen Monatsheften diese Ausführungen Seton-Watson's mitteilte²⁾, wurde ihre Richtigkeit von den anglophilen Kreisen in unserer Partei lebhaft angezweifelt. Jetzt hat der geschilderte Vorgang durch Lichnowskys Zeugnis seine Bestätigung erfahren. In seiner Denkschrift werden die Schwierigkeiten, die die Unterzeichnung des Vertrags verhinderten, wie folgt geschildert:

»Der Vertrag war schon zur Zeit des Königsbesuches in Berlin, also im Mai 1913, im wesentlichen fertig. In Berlin fand damals unter dem Vorsitz des Herrn Reichskanzlers eine Besprechung statt, an der auch ich teilnahm, und bei der noch einzelne Wünsche festgelegt wurden. Bei meiner Rückkehr nach London gelang es mir mit Hilfe des Botschaftsrats Herrn von Kühlmann, der mit Mr. Parker die Einzelheiten des Vertrages bearbeitete, auch unsere letzten Vorschläge durchzusetzen, so daß der ganze Vertrag schon im August 1913 vor Antritt meines Urlaubs von Sir Ed. Grey und mir paraphigiert werden konnte. Nun sollten aber neue Schwierigkeiten entstehen, die die Unterzeichnung verhinderten. Und erst nach einem Jahre, also kurz vor Kriegsausbruch, konnte ich die Ermächtigung erhalten zum endgültigen Abschluß. Zur Unterzeichnung aber ist es nicht mehr gekommen. Sir Ed. Grey wollte nämlich nur unterzeichnen, falls der Vertrag mitsamt den beiden Verträgen von 1898 und 1899 veröffentlicht würde. England besitze sonst keine geheimen Verträge, und es sei gegen die bestehenden Grundsätze bindende Abmachungen zu verheimlichen.«

Was man in London mit dieser Taktik bezweckte, und zwar nach beiden Seiten: sowohl gegenüber Deutschland wie in Portugal, ist nach dem obigen nicht schwer zu erraten. Es ist aber kaum zu verstehen, daß Bethmann Hollweg und seine Mitarbeiter noch nicht einsahen, daß der Vertrag über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien nach dem Willen Englands nie effektiv werden sollte, daß also die ganze deutsch-englische Verständigung nur in ihrer Phantasie bestand. Daß sie es aber in der Tat nicht sahen, daran kann man heute gar nicht zweifeln. Wie wurde denn das englische Vorgehen in der portugiesischen Frage von Bethmann Hollweg aufgenommen? Gegenüber dem Vorwurf Lichnowskys, daß er nicht sofort auf den Greyschen Vorschlag eingegangen sei, verteidigt sich Jagow wie folgt: »Lichnowskys Behauptung aber, daß wir die Veröffentlichung hinausgezogen hätten, weil der Vertrag für ihn »ein öffentlicher Erfolg« gewesen wäre, den wir ihm nicht gegönnt hätten, ist eine unerhörte Insinuation, die sich nur aus seiner egozentrischen Auffassung der Dinge erklären läßt. Der Vertrag hätte seine praktische und moralische Wirkung verfehlt (einer seiner Hauptzwecke war eine gute Atmosphäre zwischen uns und England zu schaffen), wenn seine Veröffentlichung von heftigen Angriffen gegen das *perfidie Albion* in unserer anglophoben Presse und in unserm Parlament begrüßt worden wäre. Hierzu hätte aber bei unserer damaligen innern Lage die gleichzeitige Bekanntgabe des sogenannten Windsorvertrages unzweifelhaft Anlaß gegeben. Und das Geschrei über englische Heimtücklichkeit, das der innere Widerspruch zwischen dem Wortlaut des Windsor- und unserm Vertrage zweifellos hervorgerufen hätte, hätte sich vor unserer öffentlichen Meinung durch die Versicherung englischer *bona fides* schwerlich entkräften lassen. In berechtigter Vorsicht beabsichtigten wir die Veröffentlichung erst in einem geeigneten Moment eintreten zu lassen, wo die Gefahr abfälliger Kritik nicht mehr so akut war, wenn möglich, gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Bagdadvertrages, der auch kurz vor dem Abschluß stand. Die Tatsache, daß zwischen England und uns zwei große Agreements zustande gekommen wären, hätte die Aufnahme wesentlich begünstigt und auch über den Schönheitsfehler des portugiesischen Abkommens leichter hin-

¹⁾ Siehe Seton-Watson, am erwähnten Ort, Seite 143 ff.

²⁾ Siehe Quessel England und die deutsche Kolonialpolitik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 I, Seite 70 ff.

weggeholfen. Das war Rücksicht auf den Effekt des Abkommens, mit dem wir eine Besserung unserer Beziehungen zu England, aber keine neue Trübung zu erzielen wünschten, welches unser Zögern verursachte. Richtig ist, daß (wenn auch in zweiter Linie) auch Rücksicht auf die gerade damals erstrebte Erwerbung von wirtschaftlichen Interessen in den portugiesischen Kolonien mitsprach, welche bei Bekanntwerden des Abkommens natürlich schwerer zu verwirklichen gewesen wären. Diese Bedingungen mag Fürst Lichnowsky von London aus nicht voll zu übersehen in der Lage gewesen sein, er hätte aber unserm sachlichen Urteil vertrauen und sich dabei bescheiden müssen, statt seinen Mangel an Verständnis durch Verdächtigungen und Unterschiebung persönlicher Motive zu ersetzen. Für unsere Argumente hätte er gerade bei den englischen Staatsmännern gewiß Verständnis gefunden.«

Aus diesen Darlegungen geht zwar hervor, daß man in Berlin immerhin begriff, wie sehr die Veröffentlichung der beiden Verträge die Erwerbung wirtschaftlicher Interessen in den portugiesischen Kolonien erschweren mußte. Im übrigen waren aber auch Jagow und Bethmann weit davon entfernt die Tragweite des ganzen Vorgangs zu erkennen und daraus die notwendigen Rückschlüsse auf die weltpolitischen Absichten Englands zu ziehen. Es geht daher auch nicht an die Politik Bethmanns und Jagows in einen Gegensatz zu der Lichnowskys und Kühlmanns zu bringen. Mögen die Ansichten dieser Staatsmänner in manchem andern auseinandergegangen sein, in ihrer grundlegenden Auffassung; der englischen Orientierung, stimmten sie völlig überein. Sobald Kiderlen-Waechter, der durch die Liquidation der Marokkoaffäre und weiter dadurch, daß er Rußland mit deutscher Hilfe den ersehnten Zugang zum warmen Meer über Persien auf Kosten Englands zu bahnen suchte, die Einkreisung Deutschlands sperren wollte, die Augen geschlossen hatte, wurde in Berlin jedes Eingehen auf russische Wünsche, das England hätte verstimmen können, schroff abgelehnt. Man bestieg vielmehr das schon einmal gescheiterte Schiff der deutsch-englischen Verständigung, das im Sturm des Weltkriegs in einem Meer von Blut ruhmlos zugrunde gehen sollte.

HERMANN MATTUTAT · DIE WOHNUNGSFRAGE NACH DEM KRIEG

NACH Beendigung des Krieges werden wir mit einer starken Wohnungsnot zu rechnen haben, in einem Umfang, wie er bis dahin nie erreicht war; darüber lassen die Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse im Reich keinen Zweifel. Hauptsächlich sind es die größeren, und besonders die industriellen Orte sowie die zu ihnen gehörigen Wohngemeinden, die davon bedroht werden und in denen schon jetzt ein fühlbarer Wohnungsmangel besteht. Selbst in den Orten, wo noch keine größere Zahl von Leerwohnungen vorhanden ist, kann von einem Wohnungsüberschuß nicht geredet werden; denn im Verhältnis zu der Zahl der Bevölkerung und dem nach dem Krieg auftretenden Wohnungsbedürfnis ist er außerordentlich klein; zudem handelt es sich bei diesen leerstehenden Wohnungen in den meisten Fällen um größere, mit 4 und mehr Zimmern, oder um solche, die erhebliche Mängel aufweisen und deshalb ausgeschieden werden sollten. Wie besorgniserregend die Sachlage ist, zeigt die Tatsache, daß nach den statistischen Feststellungen im ganzen Deutschen Reich etwa 775 000 Wohnungen fehlen und es somit für rund 3½ Millionen Menschen an der erforderlichen Wohngelegenheit mangelt,

Daran läßt sich ermessen, was werden wird, wenn die großen Massen der Kriegsteilnehmer aus dem Felde zurückkehren und die zahlreichen Kriegsgetrauten wie alle, die sich nach dem Krieg einen eigenen Hausstand gründen wollen, nach einer Wohnung verlangen.

Die Ursache der Kleinwohnungsnot ist vor allem in dem Ruhen der Bbautätigkeit während des Krieges zu erblicken. Schon vor dem Krieg wurden nicht genügend Kleinwohnungen gebaut, um die Nachfrage zu decken. Gemeinden, Versicherungsanstalten, Baugenossenschaften und industrielle Unternehmer mußten deshalb eingreifen und vornehmlich Arbeiterwohnungen bauen, ohne daß jedoch auch sie es erreichten das vorhandene Bedürfnis zu befriedigen. Der Krieg brachte keine Erleichterung. Zwar veranlaßte er zahlreiche Familien ihre Wohnungen aufzugeben. Die Frauen der Kriegsteilnehmer zogen in vielen Fällen zu Angehörigen, bei denen sie bis zum Ende des Krieges bleiben wollen. Durch den Tod des Ernährers wurden viele Hausstände aufgelöst. Alles das konnte aber den Wohnungsmarkt nicht wesentlich beeinflussen sondern führte nur zu einer Verschiebung, da aus den gleichen Gründen andere ihre größeren Wohnungen aufgeben und sich nach kleineren umsehen mußten. Was noch frei wurde, nahmen fast restlos die aus dem Ausland zuziehenden Deutschen in Anspruch, ferner die Flüchtlinge aus dem Osten, die sich fast ohne Ausnahme in den Großstädten ansiedelten, und die durch die Heeresindustrie herangezogenen Arbeiter und Angestellten. Ein großer Teil dieser Zuzügler ist inzwischen seßhaft geworden und wird auch nach dem Krieg seinen Aufenthalt nicht mehr aufgeben.

So wird nach der Rückkehr der verheirateten Kriegsteilnehmer der vorhandene Wohnungsvorrat im Handumdrehen erschöpft, und zahlreiche Familien werden der Obdachlosigkeit ausgesetzt sein. In einzelnen Orten ist dieser Fall schon eingetreten. Damit wird sich die Nachfrage nach Wohnungen verstärken, eine weitere Steigerung der Wohnungsmieten eintreten, die minderbemittelte Bevölkerung noch mehr zusammengedrängt und das für sie bereits bestehende Mißverhältnis zwischen Einkommen und Wohnungsaufwand noch vergrößert werden. Schon jetzt gefährdet aber das enge Zusammenwohnen die Gesundheit der ärmeren Volksklassen. Die Wohnungsstatistik entküllt in diesem Punkt geradezu menschenunwürdige Zustände. B. Schmittmann berichtet nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 für Groß Berlin folgendes: Von der Gesamtbevölkerung wohnten 68 300 Menschen in Wohnungen, die nur aus einem einzigen Raum (ohne Küche) bestanden. In Wohnungen von nur 1 Zimmer und Küche wohnten 789 000 Personen, in solchen mit 2 Zimmern und Küche 940 000 Personen. Nicht anders in anderen Orten. So lebten in Breslau von 1000 Personen 409 in Einzimmerwohnungen. In Barmen waren 55 % aller Wohnungen einräumig; in Königsberg und Neukölln 54 %, in Magdeburg 46 %, in Posen und Görlitz 45 %. Wie stark die Wohnungsüberfüllung ist, zeigt die Tatsache, daß in Berlin nahezu 12 % aller einräumigen Wohnungen mit 6 und mehr Personen belegt waren. In Barmen war der Prozentsatz fast doppelt so groß, in Posen noch größer; hier mußten nicht weniger als 26 000 Personen, also genau der sechste Teil der Bevölkerung, zu 6 und mehr in einem Raum schlafen.¹⁾

¹⁾ Siehe Schmittmann Reichswohnversicherung /Stuttgart 1917/, Seite 12.

Wollen die Gemeindeverwaltungen den Gefahren begegnen, die aus diesen Verhältnissen zu entstehen drohen, so sehen sie sich hier einer überaus schwierigen Aufgabe gegenüber. Über deren Lösung ist man sich durchaus nicht klar. Es ist aber die höchste Zeit zu bestimmten Resultaten zu kommen. Ist bei Friedensschluß noch nichts zur Lösung des Problems geschehen, so treten schlimmere Zustände ein als beim Abschluß des deutsch-französischen Krieges. Damals entstand eine außerordentlich schwere Wohnungsnot, unter der die minderbemittelte Bevölkerung sehr lange zu leiden hatte. Die Erinnerung an diese Zeit ist allmählich verblaßt; deshalb dürfte es von Interesse sein sich die damaligen Zustände wieder ein wenig ins Gedächtnis zu rufen.

Bald nach den ersten deutschen Siegen 1870 machte sich in Deutschland ein starker wirtschaftlicher Aufschwung bemerkbar. Der Unternehmungsgeist regte sich mächtig, eine Behinderung der deutschen Ein- und Ausfuhr durch den Krieg war ja damals auch nicht eingetreten. Nach dem Friedensschluß brach eine bis dahin in Deutschland nie gekannte Prosperitätsperiode an. Industrie, Gewerbe und Handel blühten wie nie zuvor, die Gründerepoche setzte ein. Industrielle Unternehmungen aller Art schossen wie Pilze aus dem Boden, die Dividenden der zahlreichen neu entstehenden Aktiengesellschaften erreichten oft eine märchenhafte Höhe. Dadurch entstand ein starker Zuzug nach den neuen Industriezentren und den Großstädten, durch die hohen industriellen Löhne erfolgte eine Abwanderung vom Lande. Schon während des Krieges hatten die Wohnungsmieten eine erhebliche Steigerung erfahren, die sich nach seiner Beendigung noch erhöhte. Mit am schlimmsten waren die Verhältnisse in Berlin. Am 10. Mai 1871 wurde der Friede geschlossen, und bereits am 25. August des selben Jahres mußte das Berliner Polizeipräsidium feststellen, daß in der neuen Reichshauptstadt am 1. Oktober etwa 10 600 Familien ohne Obdach sein würden. Dies trat auch ein, und alle Anstrengungen der Polizei und der Stadtverwaltung die Obdachlosen unterzubringen blieben vergeblich. Das städtische Arbeitshaus, der sogenannte Ochsenkopf, wie die Asyle waren von Familien überfüllt, desgleichen alle freien Magazine, Lagerräume, selbst Schuppen und Pierdeställe. In vielen Fällen half man sich dadurch, daß mehrere Familien eine größere Wohnung mieteten und diese unter einander teilten. So entstand eine kaum vorstellbare Überfüllung der Wohnungen. Jeder verfügbare Raum wurde ausgenutzt, und es war gar nichts Seltenes, daß in einem Zimmer oder in einer mäßig großen Küche mehrere oft recht starke Familien kampierten. Das Aftermieter- und Schlafburschenwesen nahm erschreckend überhand. Trotz alledem konnten nicht alle Obdachlosen untergebracht werden. Zu Hunderten lagen die Familien mit ihrem Hausrat auf der Straße und wußten nicht wohin. Die Behörden standen dieser Not rat- und hilflos gegenüber. Den Obdachlosen blieb nichts anderes übrig als sich selbst zu helfen. Manche gingen in die Vororte oder wurden von Bekannten aufgenommen, andere lagerten draußen vor den Toren auf freiem Felde in schnell errichteten, primitiven Bretterbuden und aus Bettstücken oder Säcken hergestellten Zelten. Diese Kolonien erhielten sich bis in das folgende Jahr hinein und mußten dann von der Polizei und der Feuerwehr geräumt werden. Noch im Juli 1872 kam es infolge dieser Wohnungsnot zu ernststen Zusammenstößen zwischen Polizei und Bevölkerung, bei denen

sogar Militär eingriff. Bei einem dieser Zusammenstöße wurden nicht weniger als 102 Beamte verwundet und 159 Personen aus dem Publikum durch Säbelhiebe verletzt. Ähnlich war es in vielen anderen Orten. Das benachbarte Schöneberg war zu jener Zeit nur ein kleines Dorf; auch dort zählte man aber über 200 Obdachlose. In Charlottenburg mit seinen 15 000 Einwohnern waren es noch viel mehr. Auch hier half man sich mit leerstehenden Gebäuden, Lagerschuppen, Schulen, alten ausrangierten Eisenbahnwagen, Kähnen und Bretterbuden. Ja, selbst in schnell ausgegrabenen, notdürftig mit Dachpappe und Rasen überdeckten Erdhöhlen suchten die Obdachlosen Zuflucht. Infolge dieser Wohnungsnot machte sich bald eine gewaltige Steigerung der Bodenwerte bemerkbar, die in dem fortgesetzten Steigen der Wohnungsmieten ihren Ausdruck fand. Auch in dieser Beziehung ging Berlin allen anderen Orten voran. Zu Beginn der gewerblichen Entwicklung Berlins, im Jahr 1830, betrug der Durchschnittspreis einer Wohnung 85 Taler, 1872 dagegen bereits 171 Taler. In ganz kurzer Zeit trat oft eine Steigerung von 20 und 30 % oder mehr ein. Der Kauf und Wiederverkauf von Gebäuden und Grundstücken war ein lukratives Geschäft, bei der kolossalen Bodenspekulation wurden Millionen verdient. Besonders die Bauern und Grundbesitzer der Vororte in der nächsten Umgebung Berlins profitierten von diesem Glücksgewinn. Dadurch verschlechterten sich die Wohnverhältnisse in stärkstem Maß. 1830 entfielen in Berlin auf ein Gebäude 32 Bewohner, 1872 bereits 55; heute sind es 77. 1868 betrug die Zahl der Wohnungen mit 180 Mark Jahresmiete 31,25 %, 1872 nur noch 21,48 %; in der nachfolgenden Zeit ist diese Ziffer immer weiter heruntergegangen.

Die Grundstücksspekulanten erwarten auch von der Beendigung des gegenwärtigen Krieges einen verstärkten Zuzug nach den Städten und dadurch eine Erhöhung der Wohnungs- und Grundstückspreise. Diese ihre Hoffnung scheint sich auch zu erfüllen. Wenn wir nicht schon jetzt eine allgemeine Steigerung der Wohnungsmieten haben, so nur deshalb, weil wenigstens an einer Anzahl von Orten die militärischen Behörden der willkürlichen Mietspreiserhöhung durch ihr Machtgebot entgegenwirkten. Auch die Grundstückspreise lassen bereits ein starkes Anziehen erkennen. Um so mehr ist es Pflicht aller sozial interessierten Kreise, vor allem auch der Reichs-, der bundesstaatlichen Regierungen und der Gemeindeverwaltungen beizeiten Vorkehrungen gegen eine Wiederholung der geschilderten Zustände von 1871 zu treffen.

Die drohende Wohnungsnot zeigt sich heute von einer etwas andern Seite als zu jener Zeit. Wurde sie damals vornehmlich durch den Zuzug nach den Städten infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs veranlaßt, so jetzt, wie schon erwähnt, durch das Stocken des Wohnungsbaus während des Krieges bei natürlich fortschreitender Bevölkerungszunahme. Nach der Statistik hatte Deutschland vor dem Krieg einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 900 000 Seelen; zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses war die Herstellung von 200 000 neuen Wohnungen im Jahr erforderlich. Diese Zahl wurde während des Krieges bei weitem nicht erreicht. Nach dem Reichsarbeitsblatt sind im Reich im Jahr 1914 nur 36 308 und im Jahr 1915 sogar nur 14 434 Wohnungen neu erstellt worden. Für die spätere Zeit liegen noch keine allgemeinen Angaben vor, doch blieb nach den ört-

lichen Berichten die Wohnungsbautätigkeit auf ein Minimum beschränkt. Danach läßt sich mit Bestimmtheit voraussehen, daß der Friedensschluß uns nicht nur, wie 1871, eine auf einige Orte beschränkte sondern eine nahezu allgemeine Wohnungsnot bringen wird.

Mit bloßen Erwägungen und theoretischen Erörterungen ist demgegenüber nichts getan. Hier muß, und zwar sofort, gehandelt werden. Sehr verfehlt wäre es sich der Hoffnung hinzugeben, die besonders aus Haus- und Grundbesitzerkreisen immer wieder genährt wird, die private Bautätigkeit werde dem Mangel an Wohnungen schon zu begegnen wissen. Jene Kreise haben gar kein Interesse daran den Wohnungsmangel zu beheben; denn je größer er ist, um so höher steigen die Haus- und Bodenwerte. Schon vor dem Krieg reichte ja die private Bautätigkeit zur Befriedigung des Kleinwohnungsbedürfnisses bei weitem nicht aus, und gleichwohl stellten sich die Haus- und Grundbesitzer allen gemeinnützigen und kommunalen Bestrebungen zur Verbesserung der Kleinwohnungsverhältnisse feindlich gegenüber. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als daß die Gemeinden selbst die Herstellung von Kleinwohnungen in die Hand nehmen, sei es, daß sie selbst bauen, sei es, daß sie durch Baugenossenschaften oder gemeinnützige Bauvereine, denen sie finanzielle Hilfe und sonstige Erleichterungen gewähren, bauen lassen. Bei den starken finanziellen Anforderungen, denen die Gemeinden während des Krieges (für Nahrungsmittelbeschaffung, Unterstützung der Kriegerfamilien, der Kriegsinvaliden und andere allgemeine Aufgaben) zu genügen hatten, werden ihre Mittel hierfür nicht ausreichen. Es ist deshalb unerlässlich, daß das Reich und die Bundesstaaten ihnen Unterstützung leisten, und zwar sind Mittel so schnell wie möglich durch sie bereitzustellen. Ebenso sollten, wie bisher, die Versicherungsanstalten, die Reichsanstalt für die Angestelltenversicherung und auch die öffentlichen Sparkassen, zu Leistungen für diese Zwecke herangezogen werden.

Leider sind die Voraussetzungen für eine rasche Inangriffnahme des Wohnungsbaus sehr ungünstig. Es fehlt dazu so ziemlich an allem, besonders aber an Baumaterial und Arbeitskräften. Wenigstens müßten, um Zeitverluste zu vermeiden, alle erforderlichen Vorbereitungen für den Beginn des Wohnungsbaus sofort getroffen werden. Baugelände wäre zu erwerben und zu erschließen, die Bauordnungen zu prüfen, Baupläne herzustellen, Bau- und Siedlungsgesellschaften zu begründen, die bereits bestehenden Organisationen zur Vermeidung jeder hemmenden Zersplitterung möglichst zusammenzufassen und mitheranzuziehen. Von besonderer Wichtigkeit wäre es auch die Verkehrsfragen durchzuprüfen, die bestehenden Verkehrseinrichtungen auszudehnen und eventuell neue zu schaffen. Zu erwägen wäre ferner eine Typisierung der zu errichtenden Gebäude und der hierfür erforderlichen Baumaterialien, vor allem der notwendigen Zimmerer-, Schreiner-, Schlosser- und sonstigen Arbeiten zum Zweck der Massenherstellung und Verbilligung (wobei gleichwohl eine öde Gleichmacherei vermieden werden müßte).

Aber selbst, wenn alles dies geschähe, wäre die bei Beendigung des Krieges notwendige Zahl neuer Wohnungen nicht zu beschaffen. Man wird sich deshalb wohl oder übel auf ein Übergangsstadium einrichten müssen. So wird man die Vorschläge prüfen müssen verfügbare Leerräume in öffentlichen

Gebäuden, Fabriken usw. zu kleineren Wohnungen einzurichten. Selbstverständlich wäre dabei die Gewähr zu leisten, daß die so gewonnenen Wohnungen den Anforderungen der Hygiene entsprechen und jede Überfüllung vermieden wird. Ein solches Provisorium dürfte auch nicht zur dauernden Einrichtung werden. Ganz entschieden ist gegen die von Haus- und Grundbesitzerkreisen geforderte dauernde Zulassung von Dach- und Kellerwohnungen Stellung zu nehmen. Der gesundheitsschädliche Charakter derartiger Behausungen ist hinlänglich bekannt, und es hat Mühe gekostet ihre Benutzung für den dauernden Aufenthalt von Menschen endlich auszuschalten. Eine Wiederkehr der jahrzehntelang bestehenden Mißstände ist also aufs strengste zu vermeiden.

Mehr Beachtung verdient ein Vorschlag, der neuerdings aufgetaucht ist: zur Befriedigung des dringendsten Wohnbedürfnisses sogenannte Behelfssiedelungen zu errichten; allerdings nur für den äußersten Notfall. Es würde sich dabei um die vorübergehende Benutzung der gegenwärtig von der Heeresverwaltung verwandten sowie um die Erstellung neuer, für diesen Zweck geeigneter Baracken handeln. Solche Baracken bestehen in großer Zahl zur Unterbringung von Kriegsgefangenen und Truppen, für Lazarette, Magazine usw. Wenn sie in ihrer gegenwärtigen Form auch keine Verwendung finden können, so läßt sich doch das darin steckende Material mit leichter Mühe und ohne erheblichen Aufwand zur Herstellung von provisorischen Wohnungsbauten benutzen. Sie wären auf dem Areal der projektierten Kleinwohnungssiedelungen zu errichten und müßten später mit dem Fortschreiten der Bautätigkeit festen Bauten Platz machen. Aber auch wenn es gelänge ohne das Provisorium von Wohnbaracken auszukommen, sollten sich die Gemeinden das in den Militärbauten vorhandene Baumaterial unter allen Umständen und bei Zeiten sichern. Gleichzeitig könnte die Heeresleitung dieses Material den Gemeindeverwaltungen zu annehmbaren Preisen und unter Ausschaltung des Zwischenhandels zur Verfügung stellen. Bei der außerordentlichen Schwierigkeit Baumaterialien zu beschaffen würde ein solches Entgegenkommen der Heeresverwaltung den Gemeinden ihre Aufgabe wesentlich erleichtern.

Über Ort und Form des Wohnungsbaus lassen sich allgemeine Regeln nicht aufstellen; hier müssen die örtlichen Verhältnisse richtunggebend sein. Wohl aber ist zu fordern, daß man nicht wieder, wie nach dem deutsch-französischen Krieg, nach dem Mietskasernensystem baut, wozu in den Haus- und Grundbesitzerkreisen große Neigung besteht. Die beste Lösung wäre der Bau von Einfamilienhäusern. Doch wird sich dieser nicht allgemein durchführen lassen; man wird auch mehrere Wohnungen unter einem Dach vereinigen müssen; nur sollte das in möglichst engen Grenzen geschehen. Auch in dieser Form sind, wie die Erfahrungen in zahlreichen Wohnungskolonien erweisen, befriedigende Wohnungen zu schaffen.

In letzter Zeit wird eifrig für die Gründung von Kriegerheimstätten agitiert. Gegen sie ist nichts einzuwenden. Wohl aber müßte man sich gegen den Plan wenden für die heimkehrenden Krieger und Kriegsinvaliden besondere Siedelungen zu errichten und sie so von der übrigen Bevölkerung abzusondern. Dafür besteht kein Grund. Was wir brauchen, sind gute, billige, mittlere und kleine Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung, und zwar

so weit wie möglich vereinigt in allen hygienischen Anforderungen entsprechenden und durch die nötigen Verkehrsgelegenheiten erreichbaren Kleinwohnungskolonien. In diesen Rahmen lassen sich die Kriegerheimstätten ohne Schwierigkeit einfügen. Ein Wohnungsbau dieser Art ist so bald wie möglich zu beginnen. Deshalb sollte man mit den theoretischen Erörterungen über die Wohnungsfrage in den Gemeindeverwaltungen endlich aufhören, die Berücksichtigung der zahlreichen Sonderwünsche beiseite lassen und zum praktischen Handeln übergehen. Es ist keine Zeit mehr zu versäumen, wenn man nicht am Ende des Krieges von einer katastrophal hereinbrechenden Wohnungsnot überrascht werden will. Die Folgen wären nicht abzusehen.

HEINRICH STÜHMER · DER LANGE WEG DES HEIMARBEITERSCHUTZES



Am 1. Januar dieses Jahres traten die §§ 3 und 4 des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 in Kraft. Sie lauten:

»§ 3. In denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgegeben oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, muß, soweit es sich nicht um Werkstätten der im § 1 Absatz 1 Satz 2 bezeichneten

Art [Werkstätten, in denen ausschließlich für den persönlichen Bedarf des Bestellers oder seiner Angehörigen gearbeitet wird] handelt, den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohn tafeln die Möglichkeit gegeben sein sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu unterrichten. Für das Ausarbeiten neuer Muster gilt diese Bestimmung nicht. Der Bundesrat kann zur Ausführung dieser Bestimmung nähere Anordnungen erlassen, gegebenenfalls für einzelne Bezirke. Er kann für bestimmte Gewerbebezüge oder Betriebsarten auf Antrag Beteiligter Ausnahmen gewähren. Der Bundesrat kann vorschreiben, daß, soweit das Arbeitsentgelt in Preisen zum Ausdruck kommt, die Preise gemäß Absatz 1, 2 bekanntgegeben werden. Die Bestimmungen des Bundesrats werden durch das Reichsgesetzblatt veröffentlicht und dem Reichstage zur Kenntnisnahme vorgelegt. § 4. Wer Arbeit für Hausarbeiter ausgibt, ist, soweit nicht die Ausgabe in Werkstätten der im § 1 Absatz 1 Satz 2 bezeichneten Art stattfindet, verpflichtet hierbei denjenigen, welche die Arbeit entgegennehmen, auf seine Kosten Lohnbücher oder Arbeitszettel auszuhändigen, welche Art und Umfang der Arbeit sowie die dafür festgesetzten Löhne oder Preise enthalten. Für das Ausarbeiten neuer Muster gilt diese Bestimmung nicht. Für einzelne Gewerbebezüge, Betriebsarten oder besondere Gruppen von Betrieben oder Hausarbeitern kann der Bundesrat auf Antrag Beteiligter Ausnahmen gewähren. Soweit der Bundesrat auf Grund von § 114a der Gewerbeordnung Lohnbücher oder Arbeitszettel vorgeschrieben hat, gelten die Vorschriften des Absatzes 1, 2 nicht.«

Auf den aushängenden Lohn tafeln oder den ausliegenden Lohnverzeichnissen sind sämtliche Artikel namentlich aufzuführen, deren Anfertigung außer dem Haus erfolgt, ebenso die dafür gezahlten Löhne. Diese Verzeichnisse müssen so gehalten sein, daß die Arbeiter sich jederzeit durch deren Einsicht über die Löhne unterrichten können. Der Bundesrat sagt hierüber in seinen Ausführungsbestimmungen folgendes:

1. Die Lohnverzeichnisse und die Lohn tafeln sind durch geeignete Bildung von Gruppen und nötigenfalls Untergruppen möglichst übersichtlich zu gestalten und, soweit es zur Erreichung dieses Zweckes erforderlich ist, jeweilig neu aufzustellen.
2. Die Eintragungen sind mit Tinte oder Tintenstift oder durch ein anderes dauerhaftes Schreib- oder Druckverfahren herzustellen und dauernd so lange deutlich lesbar zu erhalten, wie die eingetragenen Arbeiten vergeben werden.
3. Keine Arbeit darf unter mehr als einer Nummer oder mehr als einem Kennwort eingetragen werden.«

Es ist aber noch eine Reihe von Ausnahmen vorgesehen. Zunächst brauchen sämtliche Musterstücke nicht in die Lohn tafeln eingetragen zu werden, solange sie nicht durch wiederholte Herstellung ständig Verkaufsgegenstände geworden sind. Ferner braucht eine ganze Anzahl von Industrien weder Lohnverzeichnisse auszulegen noch Lohn tabellen auszuhängen. Zum Teil gilt diese Befreiung für das ganze Deutsche Reich zum Teil auch nur für einzelne Bezirke. Im ganzen Reich bedarf es keiner Aushänge für das Konfektionieren von Hosenträgern, Gürteln und Strumpfhaltern, ferner für das Nähen von Puppenkleidern. Außerdem sind davon befreit: die Bandweberei und die zu ihr gehörigen Hilfsarbeiten (Spulen, Winden, Scheren, Haspeln, Bänder schneiden, Nähen und Knüpfen) im Regierungsbezirk Düsseldorf und den Kreisen Waldshut, Lörrach und Freiburg (Baden); die Spachtel- und Tambourinindustrie im Regierungsbezirk Zwickau, Donaukreis und Stadtdirektionsbezirk Stuttgart; die Spitzenverfertigung der Spitzenschulen im Regierungsbezirk Liegnitz; Tuchnopperei, -stopferei und -plüserie unfertiger Tuchstücke, Tuchknoterei und Einnähen von Tuchen in den Regierungsbezirken Frankfurt an der Oder und Zwickau, und die drei ersten Verrichtungen außerdem noch im Regierungsbezirk Aachen; die Herstellung von Besatzartikeln (Passementerie) und von überhäkelten Knöpfen aus der Posamentenindustrie in den Regierungsbezirken Chemnitz und Zwickau; hierunter fallen jedoch nicht Möbelposamenten, Quasten, Schlingringe, Perlfirnenzen, Schnuren und andere Meter- oder Stapelwaren, sowie das Annähen von Gehängen, das Anquästeln, Ankugeln und ähnliche Arbeiten. Diese Ausnahmen gelten jedoch nur, wenn beim Unternehmer genügende Lohnnachweisbücher zur Einsicht für die Hausarbeiter bereit liegen. Auf das Recht des Hausarbeiters zur Einsichtnahme ist durch sichtbaren Aushang deutlich hinzuweisen.

Wie langsam bei uns die Gesetzgebung arbeitet, wenn es sich um Arbeiterfragen und ganz besonders um den Arbeiterschutz handelt, dafür liefert gerade die Heimarbeit den besten Beweis.

Am 11. Mai 1885 beschloß der Reichstag »den Herrn Reichskanzler zu ersuchen über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation und Konfektionsbranche sowie über den Verkauf und die Lieferung von Arbeitsmaterial (Nähfaden usw.) seitens der Arbeitgeber und über die Höhe der dabei berechneten Preise Ermittlungen zu veranlassen und dem Reichstage über das Ergebnis in der nächsten Session Mitteilung zu machen«. Die Ergebnisse dieser Erhebungen wurden dem Reichstag am 29. April 1887 übermittelt. Dann war wieder fast ein Jahrzehnt Ruhe. Nachdem Bebel bei der Beratung der Etatposten Reichskommission für Arbeiterstatistik am 26. Januar 1896 eine Erhebung über die Lage der Arbeiter in der Konfektionsindustrie angeregt hatte, brachten nach dem Ausbruch des Konfektionsarbeiterstreiks Freiherr Heyl zu Hemsheim und Genossen im Reichstag folgende Interpellation ein:

»In Verfolg des Beschlusses des Reichstages vom 11. Mai 1885 sind dem Reichstag am 29. April 1887 die Ergebnisse der von den Bundesregierungen angestellten Ermittlungen über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche sowie über den Verkauf oder die Lieferung von Arbeitsmaterial (Nähfaden usw.) seitens der Arbeitgeber und über die Höhe der dabei berechneten Preise zugegangen. Nachdem sich die Lage dieser Arbeiterinnen noch ungünstiger gestaltet hat, richten die Unterzeichneten die Anfrage an die verbündeten Regierungen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen dieselben zum

Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen Ausbeutung der Arbeiterinnen durch das Trucksystem zu ergreifen beabsichtigen.«

Bei der Beratung dieser Interpellation, die am 12. Februar 1896 stattfand, erklärten sich die Vertreter aller Parteien für ein Eingreifen der Gesetzgebung zugunsten der Konfektionsarbeiter. Am 1. Juli 1897 trat dann eine Bundesratsverordnung in Kraft, durch die für jugendliche und weibliche Arbeitskräfte in Werkstätten, in denen die Anfertigung oder Bearbeitung im großen erfolgt, eine Regelung der Arbeitszeit und der Pausen vorgenommen wurde. Als Heimarbeiterschutz konnte diese Verordnung jedoch nicht bezeichnet werden. Trotz mehrfach gestellten Anträgen kam es in den nächsten Jahren auch zu keiner weiteren Entwicklung des Heimarbeiterschutzes. Durch Bundesratsverordnung vom 9. Dezember 1902 wurde für die Konfektion vom 1. April 1903 ab die Führung von Lohnbüchern vorgeschrieben und zwar wieder für Betriebe, in denen die Anfertigung oder Bearbeitung von Männer- und Knabenkleidung, Frauen- und Kinderkleidung sowie weißer und bunter Wäsche im großen erfolgt. Aber selbst diese harmlose Bestimmung erklärten die betreffenden Unternehmer damals noch für undurchführbar. Vom 7. bis zum 9. März 1904 fanden dann die Verhandlungen des ersten allgemeinen Heimarbeiterschutzkongresses in Berlin statt, der mit einer kleinen Ausstellung von Erzeugnissen der Heimindustriellen verschiedener Berufe unter Angabe der dafür gezahlten Löhne verbunden war. Auf dieser Tagung wurden unter anderen auch folgende Forderungen aufgestellt: Einführung von Lohnbüchern, in denen Art und Umfang der Arbeit sowie die Lohnsätze bei deren Ausgabe einzutragen sind, Einsetzung von Mindestlohnkommissionen mit der Aufgabe für den Bezirk und die Branche, für die sie berufen sind, ein Mindestmaß der Entlohnung für eine bestimmte Gültigkeitsdauer festzusetzen. Die von ihnen normierten Lohnsätze sollten nach ihrer Veröffentlichung rechtsverbindlich sein. Darauf folgten Heimarbeitsausstellungen in Berlin /1906/, in Frankfurt am Main /1908/ und der Heimarbeitertag in Berlin am 12. Januar 1911. Der Heimarbeitertag sollte noch einmal Stellung zu dem Entwurf des Hausarbeitsgesetzes nehmen, der bereits Ende 1907 dem Reichstag vorgelegt worden war und somit bis zu seiner Verabschiedung mehr als 3 Jahre brauchte. Die Forderung nach Durchführung rechtsverbindlicher Tarife wurde neben anderen auch hier wieder erhoben. Für das Arbeitskammergesetz wurde gefordert: die Verpflichtung zur Förderung der Vereinbarung und Regelung der Löhne in der Heimarbeit; Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine.

Das Hausarbeitsgesetz gelangte im Reichstag am 5. Dezember 1911 zur Verabschiedung, wurde am 20. Dezember 1911 bekanntgegeben und trat am 1. April 1912 in Kraft. Aber gerade die §§ 3 und 4, die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes, erlangten nicht sofort Geltung; der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens sollte erst durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt werden. Der Münchener Gewerkschaftskongress, der vom 22. bis zum 27. Juni 1914 tagte, nahm eine Resolution zum Heimarbeiterschutz an, die die schleunige Inkraftsetzung der leider nur wenig zahlreichen, für die Heimarbeiterschaft günstigen Bestimmungen des Gesetzes verlangte, ebenso die Errichtung von Lohnämtern statt der in Aussicht gestellten Fachausschüsse.

Auch während des Krieges suchte man in dieser Richtung zu wirken. Eine Konferenz von Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen und Sozialpolitikern, die am 3. August 1915 in Berlin abgehalten wurde, richtete eine Eingabe an den Bundesrat, in der gefordert wurde die Bezahlung der Heimarbeit bei öffentlichen Lieferungen zu regeln. Eine weitere Eingabe an den Bundesrat verlangte die Inkraftsetzung der §§ 3, 4, 18 und der folgenden Paragraphen des Hausarbeitsgesetzes über die Fachausschüsse. Für diese Ausschüsse forderte man die Mitwirkung der Arbeitersekretäre, deren Unentbehrlichkeit durch die praktischen Erfahrungen in den Schlichtungskommissionen erwiesen worden war. Am 1. Dezember 1917 wandten sich die Leitungen aller Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen von neuem mit einer Eingabe an Bundesrat und Reichstag, in der bereits darauf hingewiesen wird, daß die §§ 3 und 4 des Hausarbeitsgesetzes am 1. Januar 1918 in Kraft treten sollen (die Bundesratsverordnung, die das verfügte, war am 3. Oktober 1917 erlassen worden), in der aber auch dringend gefordert wird, daß die in § 18 in Aussicht genommenen Fachausschüsse (zur Erfüllung ihrer im § 19 näher bezeichneten Aufgaben) eingesetzt werden. In dieser Eingabe wurde auf die Bemühungen der Heeresverwaltung die Löhne der Heimarbeiter erträglich zu gestalten aufmerksam gemacht. Die Militärbehörden gingen bekanntlich mit ihren Bestimmungen bei der Vergebung von Heereslieferungen bedeutend weiter. Sie schrieben den Arbeitgebern, die Lieferungen übernahmen, vor, welcher Lohn dem letzten Arbeiter zu zahlen sei, stellten die Nichtbefolgung dieser Vorschriften unter Strafe und erkannten außerdem den Arbeitern und Arbeiterinnen das Recht zu den Lohn, um den sie gekürzt worden waren, bei den zu diesem Zweck errichteten Schlichtungskommissionen einzuklagen. Diesem Beispiel folgte die mit der Reichsbekleidungsstelle in Verbindung stehende Kriegswirtschaftsaktiengesellschaft bei den von ihr vergebenen Aufträgen an bürgerlicher Kleidung. Wenn auch etwas zögernd, zog diese Stelle bei der Lohnfestsetzung neben den Arbeitgeber- auch die Arbeitnehmerverbände heran.

Würde der hier eingeschlagene Weg von allen Behörden des Reichs, der Einzelstaaten und Kommunen bei der Vergebung ihrer Aufträge beschritten werden, so wären wir ein gutes Stück weiter; denn letzten Endes ist doch die schlechte Bezahlung die Ursache des Elends der Heimarbeiter. Zur Durchführung aller Vorschriften des Heimarbeiterschutzes einschließlich der durch Gesetz oder Vertrag normierten Bestimmungen über die Löhne bedarf es aber einer starken Organisation der Arbeitnehmer. Die Gesetzgebung kann und soll nicht die Selbsthilfe ersetzen, sie soll vielmehr die Heimarbeiter zur Selbsthilfe, zu Stärke und Selbständigkeit erziehen. Erst wenn es gelingt sie in ihrer großen Masse gleich den Werkstatt- und Fabrikarbeitern zur Organisation und zu geschlossenem, kraftvollem Auftreten zu bringen, wird der Druck gebrochen werden können, der auf ihnen lastet. Und mit der Lösung des Lohnproblems wäre schließlich auch die aller anderen Schwierigkeiten gegeben. In dem sozialpolitischen Arbeiterprogramm, das die Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und der Bundesstaaten enthält, wird der Heimarbeit ebenfalls Erwähnung getan. Gerade nach dem Krieg dürfte ja der Drang zur Heimarbeit noch stärker

fortbestehen, da die Kriegsrenten in der Regel zum Unterhalt nicht ausreichen. Alle ihre Gefahren träten dadurch auch in verstärktem Maß hervor. Ein energischer Heimarbeiterschutz ist daher eine unaufschiebbare Notwendigkeit.

Dazu reicht indes das Gesetz von 1912 nicht mehr aus. Es bedarf einer Ergänzung durch die Errichtung von Lohnämtern nach englischem Vorbild, das sich durchaus bewährt hat. Es ist zu beklagen, daß gerade da, wo es sich um die Ärmsten der Armen handelt, Deutschland sich von England so in den Schatten stellen läßt. Auch der deutschen Weltmarktindustrie gereichen die Hungerlöhne der Heimarbeiter nicht zum Ruhm. Wir können leider nicht daran denken die Heimarbeit gänzlich zu verbieten. Aber ihrer grenzenlosen Ausbeutung muß ein Riegel vorgeschoben werden, jetzt, da die ärmere Bevölkerung unter den Wirkungen des Krieges ohnehin so schwer leidet. Mögen die Worte der Denkschrift bei den gesetzgebenden Körperschaften, an die sie gerichtet sind, auf fruchtbaren Boden fallen und der weitem Entwicklung und Förderung des gesetzlichen Heimarbeiterschutzes die Wege ebnen!

ADOLF BEHNE · DIE KATHEDRALE VON REIMS



ANZ aus weitester Ferne habe ich die Kathedrale von Reims gesehen, nicht mit den leiblichen Augen, aber doch leiblicher als im Traum und in der Phantasie, gesehen mit den Sinnen, wie sie sich spiegelte in den blanken, hellen Gefäßen, in den leise strömenden Flußläufen und in den offenen Augen der Bauern in der Champagne. Blieb sie auch mit ihren Türmen unter dem Horizont, schob sie doch ihre Wurzeln, die feinen letzten Fundamente, aus denen sie wuchs, weit voraus bis in das Land zur Aisne.

Herrliches Land! Ein zarter Goldton bindet Luft und Wasser, Wolken und Laub im Herbst. Reichtum ohne Willkür, Herbheit ohne Härte. Als ein lichter arkadischer Park tritt das Ufer an den gleitenden heitern Fluß in seiner lockern Verhaltenheit an einen Gobelin erinnernd. Schön muß die Nacht in diesem Gefilde sein. Wie lebhaft beschäftigt im Vorüberziehen dieses Land meinen Geist. Denn ich fühle: Es ist ein Wille, ein Zeugnis, eine Mitteilung in ihm. Und ich lausche entzückt und vernehme das Bekenntnis einer kraftvollen Ruhe, einer ganzen, quellenden irdischen Hingabe, eines freien himmlischen Selbstgefühls. Ganz Mensch sein, um Gott zu werden; ganz Natur sein, um Geist zu werden.

Der Gedanke macht mir Freude, daß ebensogut wie in den Pyrenäen in diesem schönen Erdenwinkel der Bruder Graustrumpf des Francis Jammes, der stille, furchtsame Held seines köstlichen Hasenromans (den uns Jakob Hegner in vorbildlicher Weise übersetzt hat¹⁾), gelebt haben könnte. Ich finde die Schönheit dieser Landschaft nirgends so glücklich wieder wie dort in den Worten: »Mitten im blumigen Gras nahm er Platz, erfreut, daß zu dieser Stunde die Töne reiner Wohlklang waren und man nicht wußte, lockten Wachteln oder Quellen.« Lieber Bruder Graustrumpf, du Wesen reiner Seelenhaftigkeit, du Held, ewig fliehend vor dem Griff und selbst den Himmel fliehend, in den dich ein anderer zart, aber doch, doch gewaltsam ver-

¹⁾ Siehe J a m m e s Der Hasenroman /Dresden-Hellerau 1916/.

setzte, du liebender, atmender, zitternder Pulsschlag der Natur, bist Urbild des reinen Menschen, des Menschen ohne Organisation, ohne Technik und ohne Waffen, des Menschen, der als demütig kleinstes Weltatom das Größte und Höchste schafft, Paul Scheerbarts Wort zur Wahrheit machend: »Sei klein, dann ist die Welt so groß.«²⁾

Ein Bruder Graustrumpf ist hier das ganze Dorf. Mit grauen Dächern, die Häuser weitschichtig verteilend an Buschwerk und Hügel, läßt es sich mit den Augen suchen. Ein Stück Erdboden ist das Dorf. Geht man durch die Straßen, ist man ganz überrascht, daß das kaum zu entdeckende Dorf ein ganz stattliches Städtchen ist. Und ähnlich wie die Landschaft, birgt das Städtchen hinter seinen unscheinbaren, erdfarbenen langen Wänden eine irdische Erfahrung, die ich bereit bin nicht zu verachten.

Bauen: das ist hier zunächst ein eng an den Leib passendes Gewand schaffen. Diese Häuser sind Ställe für Menschen, eines ist wie das andere, fest, gerade und dauerhaft. Das Dach ist grau, die Wände sind grau, Türen und Fenster von rotem Backstein umrahmt. Bei allen in ganz gleicher Weise. Keines will anders sein. Zwei eingelassene eiserne Schwungräder rechts und links von der Haustür sind das einzige Schmuckmotiv, und auch dieses kehrt genau so überall wieder. Es paßt zu der Herbheit dieser fleischigen Bauerngestalten. Dann die langen, ganz gleichmäßig glatten Mauern zu Seiten aller Wege, wie alle Wände aus dem kreideartigen Kalkstein gequadert, der an der Luft grau geworden ist, immer rechts und links diese sauber und ruhevoll geschichteten Mauern, die ganz und gar den Zufall hannen, dazu die immer gleich geneigten Giebdreiecke der Häuser, sie erwecken die bestimmte Vorstellung, daß diese Bauern gern und mit Lust bauen, daß ihnen ein Bild ihres Wohnorts vorschwebt, das etwas anderes sei als die Summe vieler Verschiedenheiten, und daß sie sich der Macht bewußt sind durch Bauen dieses geistige Bild zu verwirklichen, die Erde nach ihrem Willen zu formen. Vielleicht ist es ihnen nicht einmal bewußt; aber indem sie nur ihre kleine körpernahe Schale bauen, erreichen sie schon eine ahnende Andeutung des Höchsten, weil sie diese ihre Schale so animalisch, so ohne Hochmut bauen. Oft, wenn ich die rauchig geschwärzte, graue Giebelgruppe vor unserer Schwelle sah, so nüchtern, so irdisch am festen Boden haftend, überraschte mich eine in ihr verborgene Phantastik; mir kam der Gedanke an die Unverdorbenheit von Südseebauten.

Von dem unberührten Innern dieser Häuser eine Vorstellung zu gewinnen war schwieriger, aber nicht unmöglich. Am schönsten war eine kleine weißgetünchte Küche. Über dem Herd gingen kaminartig zwei fleischrote Backsteinbänder schräg zur Decke, und zwischen ihnen war die Wand in prächtiger Leuchtkraft blau gestrichen. Davor der eiserne, bizarr geformte Herd.

Ja, die eisernen Herde und Öfen. »Einst, im alten Frankreich«, sagt Rodin in einem seiner Gespräche, die Paul Gsell gesammelt und veröffentlicht hat³⁾, »gab es überall Kunst. Die bescheidensten Leute, selbst die Bauern, gebrauchten nur Dinge, deren Anblick erfreute. Stühle, Tische, Kochtöpfe und Bratspieße waren hübsch.« Hier sah man vom alten schönen Hausrat noch genug zum Beweis. Dinge, die schön waren, weil ihrer einfachen gesunden Grazie jede Künstlichkeit mangelte, jede bewußte Steigerung ebenso wie

²⁾ Siehe Scheer bart Katerpoesie /Leipzig. 1909/, Seite 16.

³⁾ Siehe Rodin Die Kunst /Leipzig 1913/.

jede absichtliche Vereinfachung. Stühle von goldbraunem Holz, die Beine anmutig geschwungen, trugen einen strohgeflochtenen Sitz, kein sparsames, löchriges Netz sondern ein dickes weiches Polster aus Stroh, das in seiner klaren Dotterfarbe köstlich zu dem Ton des Holzes paßte; van Gogh hat ähnliche, derbere Stühle gern gemalt, zum Beispiel auf dem Hospital von Arles, Rodin nennt die Kochtöpfe. Sie waren hier tatsächlich eine Überraschung: keine glatten, senkrecht geschnittenen Maschinenteile sondern befriedigt aus anspruchsvollen Handwerkerhänden gegebene Gefäße mit leichten, abgewogenen Schwingungen, deren Gleichgewicht offenbar nicht von gestern oder heute war sondern durch seine Sicherheit, Strenge und Anmut auf Generationen leise, aber bestimmt zurückwies. Gewiß ist nicht alles Alte schön, nur weil es alt ist. Die Freude aber in einem schönen Gegenstand mehr zu erkennen, mehr zu besitzen als das Momentane, ist eine der reinsten Freuden, wenn allmählich die Formen sich als tiefgegrabene Spuren enthüllen. Und das taten so besonders die eiserne Herde und Öfen in diesen Häusern. Sie hatten Formen, die kaum Nutzformen schienen, so phantastisch lebendig waren sie. An etruskische, ausgegrabene Gefäße etwa erinnerte ein mächtiger eiserner Kessel. Die Ringe des Deckels, seine Griffe waren von einer so unerschütterlichen Notwendigkeit geformt, daß das Gebilde zeitlos anmutete. Und die Herde mit großen eisernen Kugeln, auf einem Untersatz mit einer großen Schnabelnase, mit den auf pompejanisch spielenden Eisensäulen schmalen Herdplatten, um die sich ein ornamentierter Fries zog, auf einem Sockel, der mit schmiegsamen Ornamenten geziert war, waren nicht die Spur unpraktisch, im Gegenteil, es schienen auf ihnen ganz besonders behaglich zu brodeln und zu dampfen; aber zugleich war in ihrem Anblick, manchmal schwer zu ergründen, manchmal deutlich zu greifen, der Gedanke an Allerfernstes, an gallische Ausgrabungen, ja an chinesische Bronzen.

DIE Kathedrale selbst habe ich nicht gesehen, aber ihr Abbild wurde mir erst hier ganz verständlich, indem ich empfand, wie sich ihr Haus aus diesem Fundament mit Folgerichtigkeit erbauen konnte, weil in seinem Dasein, so groß und unerschöpflich, doch nichts enthalten ist, was nicht vertraut und nachbarlich in jedem kleinen Bauernhof zu finden wäre. Nichts Fremdes, Hergeholtes, Absichtliches ist in ihr, nichts Vermessenes, Hochmütiges oder Absonderliches. Das ist ein falscher Glaube. Sie ist einfach, demütig und rein. Sie ist zart, offen und voller Liebe. Sie ist groß und ragt über die Ebene hin, aber nicht aus Herrschsucht oder durch den ehrgeizigen Wettstreit der Konstrukteure, sondern weil an diesem steinernen Bekenntniswerk der Liebe alle teilgenommen haben. Alle waren Mitarbeiter, alle die Namenlosen und Friedfertigen, die Lebensfrohen und aus Liebe Guten, sie, die der moderne Kultur Mensch *die Masse* nennt. Es ist wahr, jene Sklaven des Tagewerks, die diese Masse ausmachen, hatten damals weniger Wohlfahrts-einrichtungen noch von oben empfangen, sie waren aber dafür noch brüderliche Menschen. Die Kathedrale ist ein Abbild dieser Masse, ohne deren Teilnahme an der Schöpfung sie niemals ihre unabsehbare Fülle und Mannigfaltigkeit haben könnte. Die Kathedrale ist selbst ein Volk, ein Volk von Formen, feinen und derben, schweren und leichten, heiteren und schwermütigen, lachenden und bannenden, und sie ist ein Abbild des Volkes namentlich in der schönen Vertraulichkeit und Nähe, mit der sie alle Teile,

alle Einzelheiten unter einander und dem Betrachter benachbart. Ja, ich wage es zu sagen, daß nicht die noch so bewundernswerte Leistung jener Meister, die den Entwurf schufen, das Entscheidende an der Schöpfung der Kathedrale ist, sondern das bauende, Stein auf Stein fügende Volk. Nicht so wie heute gab ein Künstler den mit allen Details fertigen Entwurf, den eine technisch ausgebildete, künstlerisch stumpfe und passive Schar bis auf das i-Tüpfelchen mechanisch ausgeführt hätte, sondern ein Vertrauensmann des bauenden Volkes (>Ein ganzes Volk wandelt freudig mit mir«, spricht Paul Claudels Peter von Ulm*) machte den Vorschlag, und alle, von den Steinträgern und Maurern bis zu den Bildhauern und Glasmalern, trugen ihr Schönstes in ihn hinein; niemals war der Entwurf, stets war der Bau das Zentrum, das immer lebendiger wurde, und schließlich, je glücklicher er wuchs, um so sicherer bestimmte der Bau selbst über sich, den Entwurf immer entbehrlicher machend. Ich glaube, es gibt für diese Entstehung einen Beweis: in dem unvollendeten Zustand der Türme gerade der schönsten und vollendetsten Kathedralen. Nur dumpfer Schematismus nennt jene Türme unvollendet, weil sie äußerlich hinter dem Entwurf zurückbleiben, in dem sie ja freilich vorgezeichnet waren. Weil jedoch den Bau (wie fern liegen jene Zeiten!) nicht die Zeichnung bestimmte, sondern das Gefühl für die Form, das, arbeitend und kritisierend, wach war auch schon v o r der Einfügung des Schlußsteins in die steinerne Reproduktion der Zeichnung, und eine immer rege Empfindung für das Augenblickliche, Glückliche, für Ort und Tag und Stunde, so bedeutete die Abweichung von der Zeichnung für die wahre Vollendung nichts. Vielmehr lehrt der Anblick, daß ein höchstes künstlerisches Feingefühl die Türme eben dort ruhen ließ, wo sie dann so häufig den Restaurator lockten, ihn, der aus dem Reichtum der Gotik gern ein handfestes System machen möchte, während es vielleicht keinen höhern Ruhm für die Kathedralen gibt (für Reims, Paris, Laon, Chartres, Amiens) als den, daß sie ihr Wesen in einem wunderbaren Schweben halten. Rodin spricht in seinem Kathedralenbuch von einem »leichten Schleier«, der das große Bauwerk umhüllt: »Dieses wirksame Mittel verhindert, daß Details die wesentlichen Linien komplizieren und dadurch stören. Es ist der feine tägliche Nebel, der sich morgens erhebt, abends wiederkommt und manchmal tagsüber verharrt.«

Nicht unvollendet sind die Türme. Sie stehen zu lassen in dem Moment, wo ihr weiteres Wachsen zu stören begonnen hätte, beweist gerade die Vollendung des künstlerischen Gefühls. Rodin hat recht, wenn er die römische Basilika und den barbarischen Strebepfeiler als die Wesenszüge der Gotik nennt. Der Turm ist relativ nebensächlich. Das Gefühl der Gotiker ließ ihn nur selten den ursprünglichen Langhauscharakter der Kathedrale bedrohen.



CH nenne dankerfüllt Rodin, dessen herrliches Buch über die Kathedralen Frankreichs ich nach meiner Rückkehr las.¹⁾ Auguste Rodin, selbstlos seiner großen Empfindung sich hingebend, beglückt durch die Fähigkeit seines Herzens schrankenlos bewundern zu können, ist dem Wesen der Gotik nähergekommen als irgendeiner sonst, er, der sich von aller Theorie, aller Völker-, Rassen-

¹⁾ Siehe Claudel Verkündigung /Dresden-Hollerau 1913/.

²⁾ Siehe Rodin Die Kathedralen Frankreichs /Leipzig 1917/; siehe darüber auch die Rundschau Bildende Kunst, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 58 ff.

und Stilpsychologie fernhält⁴⁾, für den gerade die geistreichen Gotikbegriffe nicht existieren, der das Wunder nicht in ihrer Verstiegtheit sieht sondern in ihrer Einfachheit.

Einen Bruder Graustrumpf, den »Landstreicher Frankreichs« nennt er sich selbst, »Bruder aller Arbeiter und der großen Ackerleute«. »Ich bin Künstler und bin Plebejer, und die Kathedrale ward für Künstler und für das Volk geschaffen.« Er spricht es nicht aus, aber er empfindet es, daß Demokratie die wahre Aristokratie ist: eben die Kathedralen beweisen es. Freilich, das Volk des 19. Jahrhunderts ist korrumpiert. Eine »tiefgehende Änderung der Sitten tut not«. Aber erloschen ist die schöpferische Kraft des Volkes nicht. Einst hat es Chartres geschaffen, »die furchtbare und doch süße Pracht«, und »so würde ein Volk wieder aufblühen, das sich bemühte zu schauen, zu verstehen«. In einer Zartheit ohnegleichen preist Rodin die französische Landschaft, den französischen Bauer, eines Sinnes mit Claudel, der in der Verkündigung Violäne zum Peter von Ulm, der »die Saat der Glockentürme ausstreut«, sagen läßt: »Ist dies hier nicht schon Gottes Haus, Gottes Erde und Gottes Lohn?« Unendliche Liebe erfüllt Rodin. »Außer der Liebe gibt es keinen Wert.« Er empfindet sich demütig als »Weltateme«, und auch an ihm bewahrheitet sich: »Sei klein, dann ist die Welt so groß.« Die grenzenlose Natur öffnet sich ihm, und er erkennt, daß »die Natur ganz und gar schön ist«. Er schaut die Natur mit einer bedingungslosen Zärtlichkeit, wie sie vielleicht ein von schwerer Krankheit Genesender empfindet. (Eine Verwandtschaft besteht zu der innigen, beseelten Forscherintensität Fabres, den Maeterlinck so schön und verstehend den »Homer der Insekten« genannt hat.) Die Natur lehrt Rodin Einfachheit, jene künstlerische Einfachheit, von der er sagt: »Je einfacher wir sind, desto vollkommener werden wir sein. Denn Einfachheit bedeutet Einheit in der Wahrheit.« Künsterei, Absichtlichkeit, Wunsch nach Originalität schaffen keine Schönheit. »Die Gotiker haben nichts erfunden.« Das Wissen genügt nicht Schönheit hervorzubringen, Gewissen sei dazu nötig.

So ist die Wurzel des künstlerischen Schaffens zart, winzig und unsichtbar. Aber so wie das Gewissen, atomhaft klein, dennoch allgegenwärtig und allmächtig ist (>Es ist eines der natürlichsten Gesetze, daß alles allen gehören soll«, ruft es Rodin zu), so sind die Werke des künstlerischen Schaffens groß, universal und zeitlos. »Meister bleiben immer Zeitgenossen.« Nicht aber haben sie ihre Größe durch Hochmut, Machtlust und Herrschwillen, was uns auch immer eine erfolgsblinde Zeit vom Rassentum der Gotik erzählen mag, sondern durch Liebe und Demut, durch Einfachheit und Unterordnung. »Die Schaffenden gehorchen eher als andere Menschen.« »Das Einfache ist Vollkommenheit, das Kalte Impotenz.« »Könnte ich doch dazu beigetragen haben Einsicht und Unterordnung in die Kunst zurückzuführen.« Kein überkonstruktiver Ehrgeiz der Raumeroberung trübt ihm das Bild der Gotik. »Welcher Irrtum zu glauben, daß der gotische Stil auf dem Spitzbogen gegründet ist.« »Auf der Modellierung der Flächen beruht das ganze Leben der Architektur. . . Sie ist die Seele der vom Künstler berührten Steine.«

⁴⁾ Leider hält sich das neue Buch Schefflers *Der Geist der Gotik* (Leipzig 1918) ganz in der Sphäre ungefühilter Begrifflichkeiten. Es ist sehr zu bedauern, daß ein so vielgelesener und dadurch einflussreicher Schriftsteller wie der Herausgeber von *Kunst und Künstler* mit seinem Buch nur wieder die ganz äußerliche, hochtrabende Auffassung der Gotik (die für ihn übrigens germanischen Ursprungs sein muß!) bestärkte.

»O wie schön ist der Stein und wie weich in der Hand des Baumeisters«, sagt Claudel.

Wie aber entstehen solche Wunder, wie sie am herrlichsten vielleicht zu Reims, zu Chartres, zu Amiens sich dartun, Wunder, so zart, so rein, daß uns der fernste Orient nahe scheint? (»In ihren größten Schöpfungen . . . mußten der ferne Westen und der ferne Osten einander treffen.«) Die Antwort, die Rodin auf unsere Frage gibt, ist vielleicht das Schönste und Tiefste des ganzen Buches: »Die Blumen haben die Kathedrale geschaffen. Es genügt auf das Land zu gehen und die Augen zu öffnen, um sich hiervon zu überzeugen.« »Beginnt die erste beste Pflanze zu studieren, und bald werdet ihr die ganze Kinderei des Eigennutzes und des Ehrgeizes verachten.«

Niemand kam der gotischen Schönheit näher. In seinen Kathedralen Frankreichs hat uns Rodin ein unvergängliches Werk hinterlassen. In der Kathedrale zu Chartres, die er so leidenschaftlich geliebt hat, sollte der Name des »Landstreichers Frankreichs« bewahrt werden.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Hansabund und Staatssozialismus Einem Sturmlauf gegen den Staatssozialismus will der Hansabund unternehmen.

In den Mitteilungen des Hansabundes vom 2. Februar 1918 wird verkündet, daß eine im Anschluß an die Kriegswirtschaft »immer stärker hervortretende und immer gefährlicher werdende Gegenströmung« es dem Präsidium des Hansabundes zur Pflicht mache »den Kampf um die Freiheit der gewerblichen Entwicklung aufzunehmen«. Deutlicher noch drückte sich das Berliner Tageblatt am 29. Januar aus. Da hieß es: »Das Präsidium des Hansabundes hat beschlossen den Kampf gegen den für die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung immer bedrohlicher werdenden Staatssozialismus aufzunehmen.« Zu diesem Zweck schlägt das Präsidium dem Direktorium und Ausschuß eine Ergänzung der Richtlinien vor, in der unter anderem gesagt wird, der Hansabund werde sich mit aller Kraft dahin einsetzen, daß auch in Zukunft »die Eigenwirtschaft die feste und sichere Grundlage unserer Gesamtwirtschaft bleibe«. Der Privatbetrieb trage »den richtig verstandenen Interessen der Arbeiter Rechnung«. Was die antisemitische Mittelstandsbewegung nicht fertiggebracht hat, will nun der Hansabund zuwege bringen: die Wiederherstellung des Mittelstands und das Emporsteigen der Angestellten zu selbständigen Unternehmern. Diese Parteigänger des

Manchestertums scheinen auch im Zeitalter der Monopole, in dem von der wirtschaftlichen Freiheit nicht mehr viel übriggeblieben ist, nichts gelernt und nichts vergessen zu haben. Denn von einer Wiederherstellung des Mittelstands in den Formen der *guten alten Zeit* kann doch ernsthaft nicht die Rede sein; es ist auch schwer anzunehmen, daß die Großindustriellen und Bankdirektoren des Hansabundes an sie glauben sollten.

Eine andere Frage ist freilich, ob wir wirklich rettungslos der Staatsomnipotenz verfallen sein sollen, in der diejenigen unter uns, die den Sozialismus zum leeren Organisationsschema entseelt haben, ihr soziales Ziel erblicken. Wer nicht kurzdärrig genug ist, um die *tiefsinnigen* sogenannten Ideen von 1914 als Sozialismusersatz anzunehmen, wird heute mehr denn je im Auge behalten, daß der Sozialismus eine vollkommene Demokratie zur Voraussetzung hat, und daß unser Streben auf die Schaffung einer Gesellschaft gehen muß, die, um mit Kant zu reden, »die größte Freiheit, mithin einen durchgängigen Antagonismus ihrer Glieder, und doch die genaueste Bestimmung und Sicherung der Grenzen dieser Freiheit hat, damit sie mit der Freiheit anderer bestehen könne«.

Wasserstraßen Zur Durchführung des Großschiffahrtswegs durch Bayern ist in Nürnberg ein Stromverband gegründet worden, der aus dem Reich, aus Bayern, dem Großherzogtum Baden und aus einem Unter-

konsortium besteht, in dem die bayrischen Städte, der bayrische Handel und die Industrie durch die Handelskammern sowie die außerbayrischen Rhein- und Mainstädte vertreten sind. Diese Vereinigung hat zu den Projektierungskosten eine Million Mark aufzubringen. An dieser Summe ist München mit 100 000 und Augsburg mit 50 000 Mark beteiligt.

In Preußen kann sich die Regierung immer noch nicht zu einem planmäßigen Ausbau der Wasserstraßen entschließen. Der Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses nahm am 1. Februar einen Antrag an, der zur Schaffung eines einheitlichen leistungsfähigen Wasserstraßennetzes in Preußen einen Plan für den weiteren Ausbau vorhandener Wasserstraßen und Wasserkräfte sowie für die Herstellung neuer Schifffahrtsstraßen forderte. Der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärte hierzu, daß die Regierung zu dem umfassenden Problem kaum Stellung nehmen könne. Sie könne sich hierzu weder bejahend noch verneinend äußern; man müsse eben abwarten, wie sich die Zukunft gestalte.

Preußen

Die preußische Staatsbank (Königliche Seehandlung) hat im letzten Geschäftsjahr 1916-1917 einen Gewinn von 24 078 727 Mark abgeworfen, gegen 16 078 902 Mark im Jahr zuvor und 7 016 088 Mark im Jahr 1914-1915. Der Gewinn im letzten Geschäftsjahr entspricht einer Verzinsung des Kapitals von 24,18 %, gegen 16,14 % in 1915-1916 und 7,05 % in 1914-1915. Der Gesamtumsatz stellte sich auf einer Seite des Hauptbuchs auf 115 Milliarden Mark gegen 57,9 Milliarden Mark im verflossenen Jahr. Von den gewerblichen Betrieben erbrachten die Bromberger Mühle einen Ertrag von 302 840 Mark, gegen 265 754 Mark im Jahr 1915-1916. Der Grundbesitz der preußischen Staatsforstverwaltung hatte nach einer dem Landtag vorgelegten Nachweisung Ende März 1917 einen Flächeninhalt von 3 052 073 Hektar; seit 1867 hat er einen Reinzugang von 446 645 Hektar erfahren. Von dieser Zunahme des Grundbesitzes entfallen 113 378 Hektar auf den Regierungsbezirk Marienwerder, wo der Grundbesitz der Staatsforstverwaltung nur 297 166 Hektar umfaßt.

Der gesamte Wert der eigentlichen Bergwerkserzeugnisse des preußischen Staatsbergbaus ist mit 335,3 Millionen Mark im Jahr 1916, gegen 278,2 Millionen Mark im Jahr 1915, um 20,5 %

gestiegen, während der Wert der verarbeiteten Produkte mit 118,3 Millionen Mark im Jahr 1916, gegen 92,7 im Jahr 1915 um 27,6 % zugenommen hat.

Kriegspublikationen Über Sozialismus und Volkswirtschaft in der Kriegsverfassung plaudert

der Direktor der Hypothekenbank in Hamburg Friedrich Bendixen /Berlin, Guttentag/. Er tut dies, um »den Blick zu schärfen für die begriffliche Erfassung des fundamentalen Unterschiedes, der zwischen der Kriegswirtschaftsordnung und der bisher geltenden Volkswirtschaftslehre besteht«. Unsere Regierung habe, so behauptet Bendixen, »mit kühnem Griff die natürliche Triebkraft unseres Wirtschaftsmechanismus ausgeschaltet und sie ersetzt durch die Macht des bewußten Willens«. Das ist aber nichts anderes als der »finstere Gedankenbau des sozialistischen Zukunftsstaates«, der nichts weiß »von den treibenden Kräften des wirtschaftlichen Lebens«, und es ist eine »Verkennung der Menschennatur«. Denn jeder Mensch wende bewußt zur Herbeiführung eines Erfolges nicht mehr Kraft und Mittel auf als ihm dazu erforderlich erscheinen. Beschränke man nun den zu erzielenden Wirtschaftserfolg auf ein bestimmtes Maß, so werde sich die ganze Energie des Wirtschaftenden darauf richten seine Leistung möglichst zu verringern. Wo wir heute alle Kräfte in höchster Anspannung um die Palme des Erfolgs ringen sehen, genössen wir dann den traurigen Anblick eines allgemeinen Wettkampfs in der Trägheit, »mit dem unabwendbaren Ergebnis nationaler Verarmung«. Mit solchen Argumenten glaubt Bendixen den Blick für die Erfassung des Unterschieds zwischen der Kriegswirtschaftsordnung und der Volkswirtschaftslehre geschärft zu haben.

Kurze Chronik Der sächsische Staat hat abermals 4 neue Kohlenfelder in der Oberlausitz in seinen Besitz gebracht. ◊ Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement ist vom Bundesrat ermächtigt worden die Herstellung von Gegenständen, für die in der Schweiz ein dringendes Bedürfnis nicht besteht, zu verbieten und die Zuteilung für dafür nötigen Rohstoffe und Halbfabrikate zu verweigern. Dagegen kann die Herstellung von Gegenständen angeordnet werden, deren das Land bedarf. Auch können unrationelle Fabrikationsmethoden verboten werden.

Literatur Sehr entschieden und folgerichtig legt Erich Ritter in seinem Buch Die öffentliche Elektrizitätsversorgung in Deutschland / Berlin, Paschke/ die Notwendigkeit dar eine Planmäßigkeit und Einheitlichkeit in die Elektrizitätsversorgung zu bringen, was nur durch eine reichsgesetzliche Regelung erreicht werden kann. Das erfordert nach Ritter, daß die einzelnen Staaten sich selber mehr als bisher der Errichtung und dem Betrieb öffentlicher Elektrizitätswerke unter Ausschluß von Privatunternehmern zuwenden, und den Unternehmungen anderer öffentlichrechtlicher Körperschaften, die unter Ausschluß von Privatunternehmern betrieben werden, jede Förderung, auch die der finanziellen Unterstützung, zuteil werden lassen. Es müsse ferner in allen Einzelstaaten und damit für das ganze Reich ein Überblick über den gegenwärtigen Stand der Elektrizitätsversorgung geschaffen werden, der die Voraussetzung für ein systematisches Vorgehen der Staaten in dieser Angelegenheit bilden würde. Mit der Ausarbeitung dieses Überblicks solle in jedem Staat eine besondere Behörde betraut werden, die auch alle anderen mit der öffentlichen Elektrizitätsversorgung ihres Gebiets in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten zu erledigen hätte. Von diesen Behörden sollen dann gemeinsame Vorschläge über die rechtliche Grundlage gemacht werden, auf der eine umfassende und einheitliche Elektrizitätspolitik, die den öffentlichen Interessen gerecht wird, im ganzen Reich getrieben werden könne. Leider wird dieses Buch, wie auch so viele andere Abhandlungen über die Elektrizitätsversorgung, dadurch entwertet, daß der Verfasser die Interessen der elektrotechnischen Spezialfabriken und des selbständigen Elektroinstallateurgewerbes zum Ausgangspunkt seiner Arbeit macht. Die Interessen der elektrotechnischen Spezialfabriken stimmen keineswegs in allen Fällen mit den Interessen der Gesamtheit überein. Im Gesamtinteresse ist es jedenfalls gelegen, daß der Staat und die Gemeinden durch nichts gehindert werden ihren Bedarf an elektrotechnischen Erzeugnissen in eigenen Fabriken herzustellen.

Genossenschaftsbewegung / Heinrich Peus

Politik und Genossenschaft Bekanntlich ist es für die deutschen Genossenschaften, insbesondere auch die Konsumgenossenschaften, ein beson-

ders ernst genommener Grundsatz, daß die allgemeine Politik ihnen fern zu bleiben habe, daß sie sich mit dem Staat und der Gesetzgebung nur so weit zu befassen haben, als durch sie ihr eigenes Gebiet unmittelbar berührt wird. In dieser Auffassung waren ihnen die englischen Konsumgenossenschaften mit gutem Beispiel vorangegangen. Merkwürdigerweise nimmt es den Anschein, als wollten die englischen Konsumgenossenschaften jetzt mitten im Krieg sich anders orientieren und ausdrücklich eine Politisierung ihrer Bewegung inszenieren. Jetzt liegt ein ausführlicher Bericht über den Sonderkongreß des britischen Verbandes in London im Internationalen Genossenschaftsbulletin vor. Über 1000 Delegierte waren am 17. und 18. Oktober 1917 in der Central Hall in Westminster versammelt. Zweck der Zusammenkunft war es dem Protest der ganzen Bewegung gegen das Verhalten der Regierung zum Ausdruck zu bringen, die den Genossenschaften in staatlichen Ausschüssen, die für die Nahrungsmittelbeschaffung eingesetzt sind, angemessene Vertretung versäge. Auch die Anwendung des Militärdienstgesetzes auf die Konsumgenossenschaften ward als unlauter empfunden. Die Gegner der Konsumvereine aus den Kreisen des Handels trügen daran die Schuld. Der Vorsitzende Allen hielt eine zündende Rede. Dicht zwischen der Downing Street und dem Parlamentsgebäude habe man die Versammlung abgehalten, damit die Schuldigen die Anklage hörten. Nie hätten die Genossenschaften früher Politik getrieben. Der Krieg aber habe die Gegner der Genossenschaften in den Stand gesetzt die politische Maschine zum Verderb der Konsumvereine aufzufahren. Man habe rundweg erklärt, daß Handel und Gewerbe des Landes ohne Einführung der Konsumgenossenschaften aufrechtzuerhalten seien. 3081 kapitalistische Gesellschaften mit 46 Millionen Pfund Sterling seien innerhalb eines Jahres neu gegründet worden. Für das Genossenschaftswesen aber sei kein Raum. Das Kriegsgewinnsgesetz habe das Gewinnssystem gefördert, um davon die Steuer zu gewinnen. Es gelte die Befreiung von der unerträglichen Last ein Gewinnbringer für andere zu sein. Selbst bei Abgabe der den Truppenteilen zur Verfügung stehenden Waren durch private Unternehmer sei diese Gewinnsucht zutage getreten. Im demokratischen, erleuchteten Britannien sei im Gegensatz zu Frankreich und der Schweiz das Genossenschaftswesen in den hintersten

Winkel verwiesen worden. Heutzutage sei der Staat letzten Endes der Ausdruck des kapitalistischen Willens. Der angebrohte Wirtschaftskrieg nach dem eigentlichen Krieg werde unseren Kindern keine bessere sondern eine schlimmere Welt bringen. Der Staat müsse Eigner von Grund und Boden werden und der gesamte Ertrag daraus ihm zufallen. Der größte Feind aber sei kapitalistische Gewinnsucht. Die nationalisierte Produktion müsse Wirklichkeit werden. Freiwilliges distributives Genossenschaftswesen müsse durch staatliches industrielles Genossenschaftswesen ergänzt werden. Die Parasitenbrut zwischen Herstellung und Verteilung und der Profitjäger, der jede Lohnerhöhung wertlos mache, seien auszurotten. Der Gewinnsucher müsse dem Gewinnspender weichen.

Diese Einleitungsrede wie auch dann die Debatte brachten zum Ausdruck, daß die englischen Genossenschaften danach trachten die Macht, die sie über ihre Mitglieder haben, auch politisch zum Ausdruck zu bringen. Sie wollen sich mit den Gewerkschaften verbinden und eine Vertretung sowohl im Parlament als auch bei lokalen Verwaltungskörperschaften erstreben. Es soll ein Repräsentationsfonds gebildet werden; 2 Pfund Sterling für je 1000 Mitglieder; das gäbe mindestens 7000 Pfund Sterling (140 000 Mark). Der New Statesman meint: obwohl eine starke Minderheit der Einmischung der Konsumvereine in die Politik feindlich gegenüberstehe und alte Parteibeziehungen die Neuorientierung hemmen, sei ein Erfolg keineswegs unmöglich; in naher Zukunft könnten die Konsumvereiner ein bedeutender Faktor in der nationalen Politik werden.

Es ist klar, daß die Konsumgenossenschaften nur so weit Politik treiben dürfen als ihre rein wirtschaftlichen Ziele das erheischen, nur solche Politik, über die alle Konsumvereiner einig sein können. Wenn die englischen Konsumvereiner über das Verhalten ihrer Regierung und der Militärbehörden klagen, so müssen solche Fehler von ihnen nicht im Rahmen der Konsumgenossenschaftsbewegung selber sondern durch die Bildung einer politischen Partei korrigiert werden, für die die Bestrebungen der Konsumgenossenschaften ein Ausfluß ihrer allgemeinen politischen Grundsätze sind. In Deutschland leistet die auf dem Boden der Evolution stehende Sozialdemokratie den Konsumgenossenschaften diesen Dienst. Die britische Arbeiterpartei ist einstweilen noch nicht so umfassend, da

die Arbeiter in England vielfach noch den Liberalen Gefolgschaft leisten. Es ist möglich, daß der Krieg auch in England ähnliche Parteiverhältnisse schaffen wird wie sie bei uns bestehen, und dann können die Konsumgenossenschaften in ihrer politischen Neutralität weiter verharren.

Übrigens hat die britische Regierung die Erregung der Konsumgenossenschafter doch nicht dauernd ignoriert. Lloyd George erklärte am 30. Oktober 1917 gegenüber sich beschwerenden Genossenschaftsvertretern: »Ich möchte in meinem und Lord Rondthas Namen sagen: Wir hegen kein Vorurteil gegen die Genossenschaftsbewegung, wir haben im Gegenteil starke Sympathie für sie, schätzen die Arbeit der Konsumvereine hoch und haben volles Verständnis für die Bedeutung des organisierten Zusammenarbeitens auch in der Zukunft.« Zu dem Verhalten der militärischen Behörden gegen die Konsumvereine erklärte der Ministerpräsident, daß die betreffenden Behörden völlig gegen ihre Instruktionen gehandelt und zudem eine höchst tadelnswerte Sprache gegen die Vereine geführt hätten. Er schloß mit dem abermaligen Ausdruck der Bewunderung und Sympathie für die Genossenschaftsbewegung, die die gesündeste, solideste und verständigste Seite der Arbeiterbewegung in dem Vereinigten Königreich darstelle.

Über die Kriegsgewinnsteuer sagte der Vertreter des Plymouther Vereins: »Mein eigener Verein in Plymouth wurde das erste Jahr mit 14 500 Pfund Sterling, das zweite Jahr mit 26 000 Pfund Sterling sogenannter Kriegsgewinnsteuer herangezogen. Wir haben keinen Heller gezahlt, Exzellenz, und ich glaube, daß ich im Namen unserer 55 000 Mitglieder spreche, wenn ich erkläre, daß wir auch nicht imstande sind zu zahlen, wenn nicht die Regierung das Geld für uns auslegt. Seit der Seeschlacht bei Jütland haben wir 30 Witwen in unserem Verein. Sind diese etwa verpflichtet nach diesem sonderbaren System die Kriegskosten zu zahlen?« Hierauf gab Lloyd George keine Antwort; er müsse erst mit dem Finanzminister sprechen. Man sieht, der englische Ministerpräsident hat auch einige Sorge vor den politischen Wirkungen einer schlechten Behandlung der Konsumvereine.

Auch in Rußland ist das Verhältnis der Genossenschaften zur Politik jetzt inmitten der Revolution ein aktuelles Problem geworden. Wie V. Totomjanz berichtet, hat der Genossenschaftskon-

groß vom März 1917 wie keiner zuvor seine Zeit auf Politik verwendet. Tugan-Baranowskij erkannte die Berechtigung der Neutralität nur für normale Zeiten an. Frau Kuskowa forderte, die Genossenschaftsversammlung solle in die Vorbereitungen der Einberufung der konstituierenden Versammlung eingreifen. Totomjanz selber ist für strenge politische Neutralität. Die Stimme der nichtpolitischen Nurgenosenschaftler kam aber auf dem Kongreß nicht zum Ausdruck. Der Moskauer Verband der Konsumgenossenschaften unterstützt eine politische Tageszeitung, deren Richtung nicht dem genossenschaftlichen Standpunkt der westeuropäischen Genossenschaften entspricht. In den Räumen des Moskauer Verbandes der Konsumgenossenschaften wurden Mitgliederanmeldungen für die sozialdemokratischen Parteien und die Partei der Sozialrevolutionäre entgegengenommen. Die Kadetten haben darauf verzichtet den selben Anspruch zu erheben. Kuskowa sah die konstituierende Versammlung als das Dach der Genossenschaften an, Totomjanz legt mehr Wert auf die wirtschaftlichen Grundlagen. Er stellt fest, in der Provinz halte man sich mehr an die eigentlichen genossenschaftlichen Aufgaben.

Man muß annehmen, daß die furchtbare politische Erregung, in der sich das revolutionäre Rußland seit Jahresfrist befindet, die Klarheit der Auffassungen trübt. Hoffentlich bringt sie keine dauernde Schädigung des sonst so machtvoll sich entwickelnden russischen Genossenschaftswesens.

Landwirtschaftliche Genossenschaften Der Jahresbericht 1916 des Generalverbandes ländlicher Genossenschaften für

Deutschland atmet Zuversicht in die Entwicklung des Genossenschaftsgedankens auf dem Lande. Auf wirtschaftlichem Gebiet seien wir nahezu unvorbereitet in den Krieg gegangen. Der allseitige Ausbau der Kriegswirtschaftsgemeinschaft gebe dem Jahr 1916 sein Gepräge. Neben der Werbung für die Kriegsanleihen, der Förderung der Goldsammlung und des bargeldlosen Verkehrs, der Fürsorge für die Kriegsinvaliden und sonstigen gemeinnützigen Bestrebungen habe man sich namentlich darum bemüht williges Verständnis in den ländlichen Kreisen zu schaffen, um der Nahrungsmittelsorge der städtischen Massen gerecht zu werden. Die Spar- und Darlehnskassen zeigen starke Zunahme der Spareinlagen und Abnahme

der ausstehenden Darlehen. Der Zufluß von flüssigen Geldmitteln zu den Geldinstituten, Kreditgenossenschaften, Sparkassen und Banken hielt ständig und noch dazu in steigendem Maß an. Der Jahresumsatz in der Raiffeisenbank stieg von 1,4 Milliarden im letzten Friedensjahr 1913 auf 4,5 Milliarden im Kriegsjahr 1916. Die Einnahme der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse belief sich im Jahr 1916 auf 479,4 Millionen Mark und übertraf die Entnahmen um 105,3 Millionen Mark. April 1917 verzeichneten die Raiffeisenvereine ein Guthabensaldo von 339,6 Millionen Mark, gegenüber einem reinen Schuldsaldo von 3 Millionen Mark. Am 31. Juli 1914 schuldeten die Vereine der Zentralkasse insgesamt 84 Millionen Mark, wogegen sie nur ein Gesamtguthaben von 79,1 Millionen Mark hatten. Ende April 1917 betrugen die Gesamtschulden nur 20,9 Millionen Mark, waren also um 63,1 Millionen Mark gesunken. Die Guthaben beliefen sich zu gleicher Zeit auf 360,5 Millionen Mark, waren also um 281,4 Millionen Mark gestiegen. Das kommt einer Zunahme der Geldmittel in der beträchtlichen Summe von 344,5 Millionen Mark gleich. Mit 526,3 Millionen Kriegsanleihen macht das zusammen 870,8 Millionen Mark, die von den Vereinen während des Krieges bis dahin an ihr Zentralinstitut geschickt worden sind.

»Über die eigentlichen Ursachen dieses Geldstroms«, heißt es im Bericht, »ist seit Jahr und Tag immer wieder gegenüber der vielfach einseitigen Deutung der städtischen Bevölkerung betont worden, daß es nicht nur Kriegsgewinne sondern vor allem flüssig gemachte Betriebskapitalien sind, für deren produktive Verwendung dem Landwirt leider die Gelegenheit fehlt. Die verkauften Pferde, Wagen, Kühe und Schweine kann er nicht ersetzen, wie er möchte, Futter- und Düngemittel, Maschinen und Arbeitskräfte kann er nicht erhalten, und alles braucht er so nötig, um seinen Betrieb in vollem Umfang aufrechtzuerhalten; ja, um die Produktion zu steigern, wie es in dieser Zeit der Knappheit an Lebensmitteln so sehr nötig wäre. Darum sieht der Kenner der Verhältnisse mit sehr gemischten Gefühlen auf diesen Geldstrom, welcher auf einen bedenklichen Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung schließen läßt. . . Für unsere Volksernährung wäre der gegenteilige Zustand, daß die Landwirtschaft so viel oder noch mehr Betriebskapital, als zur Verfügung stünde, nötig hätte zur pro-

duktiven Verwendung, gewiß wünschenswerter. . . Es sind Kriegsgewinne gemacht worden, aber . . . es ist ehrlich, redlich und sauer in schwerer Landarbeit verdientes Geld.« Der Bericht fordert dazu auf nur ja alle flüssigen Geldmittel den Genossenschaften zuzuführen, »damit sie nicht in andere Erwerbsgebiete abfließen«. Ganz gut, die Arbeiter mögen ihren Genossenschaften gegenüber nur ebenso handeln. Auch empfiehlt der Bericht durch eine richtige Zinspolitik das Eigenvermögen der Vereine zu stärken. Wertpapiere paßten nicht für die Landbevölkerung. Die Spar- und Darlehnskassenvereine seien die nächstliegenden und geeignetsten Anlagen für überschüssige Gelder. Am Schluß des allgemeinen Teils des Berichts lesen wir: »Unsere ganze Volkswirtschaft drängt auf eine restlose Zusammenfassung aller produktiven Kräfte zu möglichst ergiebiger Ausnutzung, auf eine Vorratswirtschaft unter möglichst sparsamer Verwendung des Vorhandenen. Keine Kraft darf brachliegen, kein Vorrat an Waren durch unwirtschaftliche Behandlung an Wert verlieren oder gar vergeudet, jeder überflüssige Aufwand an Mitteln muß vermieden werden. Jeder die Waren nicht genügend verwertende Umstand muß ausgeschaltet, jeder sie verteuernde Bezugs- oder Absatzweg gekürzt werden.« Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben den Wert der Energieersparnis und restlosen Energieverwertung erkannt.

Lebensmittelversorgung Es scheint, als ob die Frage der genossenschaftlichen Regelung der Lebensmittelversorgung zu einem heftigen Kampf zwischen den Interessenten führen soll. Doch ist dazu gar keine Veranlassung, wenn sie mit Ruhe und Objektivität behandelt wird. In der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftspresse vom 15. Februar 1918 finden wir solche objektive Behandlung. Da wird festgestellt, daß am 20. November 1917 im Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft mitgeteilt wurde, an maßgeblicher Stelle sei der Wunsch ausgesprochen worden, der Kriegsausschuß möge zur Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der bessern Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Stellung nehmen. Auch ein Aktionsprogramm ist gefordert worden. »Es handelt sich weder um ein neues Erfassungssystem noch um eine grundlegende Änderung des Systems. Maßgebend war nur der Ge-

danke die landwirtschaftlichen Genossenschaften als Mithelfer in das bestehende System einzugliedern und diesem dadurch den jetzt noch fehlenden Unterbau, die breite Grundlage zu geben. . . Die landwirtschaftlichen Genossenschaften können sich ihrer ganzen Struktur, ihrer geschichtlichen Entwicklung und der in den maßgebenden genossenschaftlichen Kreisen herrschenden Auffassung nach nur für die geschäftliche Mitwirkung zur Verfügung stellen, während Aufsicht und Ausübung des Zwangs, die Verantwortung den behördlichen Stellen verbleiben muß. Deshalb kann von einer Änderung des Erfassungssystems keine Rede sein, es kann sich nur um eine Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Art handeln, wie sie in Bayern, Württemberg, Hessen und Baden bereits in mehr oder minder großem Umfang mit bestem Erfolg durchgeführt ist.« Eine Monopolstellung der Genossenschaften sei nicht geplant und nicht gefordert. Auch das Getreidemonopol werde grundsätzlich abgelehnt. Komme es aber, dann sei die geschäftliche Durchführung des Monopols landwirtschaftlichen Genossenschaften zu übertragen. Auch in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau vom 23. Februar 1918 wurde zu der Sache Stellung genommen. Der Deutsche Handelstag laufe Sturm gegen den Gedanken die Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf die Genossenschaften zu übertragen. Er erwarte, daß die amtlichen Stellen nicht geneigt sein werden den Vorschlägen der genossenschaftlichen Landwirte zu folgen. Der Handel finde seinen Profit bedroht. Auch der Verband der Getreide- und Futtermittelhandelsvereinigungen und der Verein deutscher Großhändler in Düngemittel- und Kraftfuttermitteln haben sich aufgeregt. Sie kündigen eine »völlige Versklavung des Verbrauchers« an. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat ihnen aber schriftlich mitgeteilt, er sehe in der Betätigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften keinen Ruin für den Getreidehandel; es handle sich nur um ein besseres Erfassen der Erzeugung. Und am 26. Februar betonte das Kriegsernährungsamt in seinen Mitteilungen, daß »weder eine systematische Umstellung der Kriegswirtschaft allein auf genossenschaftliche Leistungen noch eine Ausschaltung des innerhalb der Kriegswirtschaft beschäftigten Handels durchgeführt werden soll«. Der Handel sei ebenso wie bisher in voller Parität mit

den Genossenschaften heranzuziehen. Die Durchführung der kaufmännischen Geschäfte sei grundsätzlich sachkundigen Geschäftsstellen zu übertragen, die in Form privatrechtlicher Gründung aus den Kreisen der Genossenschaften und des Handels, oder aus beiden Gruppen neben einander, gebildet werden und damit rein bürokratischen Handel ersetzen sollen.

Auch das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat sich am 5. Januar 1918 in seinem Rückblick auf das Jahr 1917 über die Sache ausgesprochen. Es kommt zum Schluß: »Der restlose Zusammenschluß der Erzeuger allein kann die restlose Erfassung der im Reich erzeugten Lebensmittel sichern, wie der Zusammenschluß der Verbraucher die sichere gleichmäßige Verteilung derselben zu wahren vermag. Eine solche Organisation ist unaufschiebbar geworden.« Sehr erfreulich findet die Konsumgenossenschaftliche Rundschau, was Julius Kadiski in den Sozialistischen Monatsheften (in diesem Band, Seite 120 ff.) über die Frage schreibt.

Kurze Chronik Für den genossenschaftlichen Bildungsfonds des Zentralverbands der Konsumvereine sind bisher 14 850,05 Mark eingegangen. ◊ In der Versicherungsabteilung erreichte die Hamburger Produktion im Kriegsjahr 1917 8 999 000 Mark an Neuversicherungen und 31 385 300 Mark an Verlängerungen. ◊ In Mecklenburg wird die Milch von 46 % aller Kühe genossenschaftlich verwertet. Die Deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftspresse nennt das Verhältnis für Deutschland günstig, doch seien es in Dänemark schon 81 %. 114 400 Kühe in Mecklenburg lieferten schätzungsweise an 179 genossenschaftliche Betriebe 281 675 600 Kilo Milch. ◊ Die genossenschaftliche Zigarettenfabrik in Stuttgart erzielte im letzten Jahr eine Fabrikation von 38 559 875 Stück, gegen 30 152 345 im Vorjahr. Der Wert stieg um 673 135 Mark auf 1 210 468 Mark. Kriegs- und Bandelorensteuer stiegen von 52,2 % auf 70,7 % des Zigarettenwertes. Die reine Steuerlast belief sich im Jahr 1917 auf 516 409,68 Mark. ◊ Der Umsatz des Verbandes schweizerischer Konsumvereine stieg im Jahr 1917 von 74 Millionen Franken auf 95 Millionen. ◊ Der Umsatz der dänischen Genossenschaften stieg im Jahr 1916-1917 auf 1157,2 Millionen Kronen. Das sind auf

den Kopf der dänischen Bevölkerung schon rund 400 Kronen. ◊ Die s c h w e d i s c h e Großeinkaufsgesellschaft brachte es 1917 auf 21 802 603 Kronen. Allgemeiner Warenmangel und staatliche Eingriffe wirkten ungünstig.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Selgmann

Griechische Ein Büchlein Griechische Weltanschauung Weltanschauung von Max Wundt / Leipzig, Teubner / gibt zugleich eine treffliche Einleitung in die griechische Philosophie und ist in hohem Grad dazu geeignet uns ein klares Bild von der griechischen Gedankenwelt zu verschaffen. Ein allzu klares Bild vielleicht. Denn die allesglättende logische Schematisierung des Verfassers gleitet nur allzu leicht über die realen Unebenheiten der philosophischen Systeme hinweg. Wundt knüpft an die ältesten Anfänge des griechischen Denkens an und führt uns stufenweise durch alle weiteren Systembildungen der hellenischen Philosophen bis zu jenem Punkt, wo sie nach seinem Dafürhalten in eine rein christliche Welt- und Lebensanschauung einmünden, die nichts anderes als die reife Frucht des ganzen griechischen Denkens dargestellt haben soll. Er verfährt dabei in einer Weise, die an Hegel lebhaft erinnert; er sucht uns zu zeigen, wie die inneren Widersprüche und Unzulänglichkeiten einer jeden Weltanschauungslehre zur Schaffung und zum Ausbau einer höhern synthetisierenden Lehre drängten. So zeigt er uns, wie der ionische Hylozoismus durch das Erheben eines einzigen Grundstoffes über alle anderen Stoffe nicht nachzuweisen vermochte, wie sich diese anderen Stoffe aus dem Urstoff herausentwickelten, daß er kein einheitliches Gesetz für die Erscheinungen der Natur finden konnte, und daß es erst dem Pythagoräischen System beschieden war dieses einheitliche, alle Erscheinungen des Universums umfassende Gesetz in den zahlenmäßigen Beziehungen der Dinge zu entdecken. Am Pythagoräischen System zeigt er uns ferner, wie die zahlenmäßigen Beziehungen ohnmächtig sind den substantiellen Gehalt der Welt zu erfassen, und wie dieser Umstand zu der Systembildung eines Parmenides trieb, die nicht der abstrakten Zahl sondern dem realen Sein eine zentrale Stellung einräumte. Bei Parmenides zeigt er uns die unüberbrückbare Kluft zwischen dem starren unveränderlichen Sein und der konkreten

Fülle der wandelbaren Erscheinungen; er zeigt uns, wie das stabile, ewige Sein nicht mehr den Weg zu den vergänglichsten Wahrnehmungen finden konnte, und wie dieser Umstand zu dem System eines Demokritos führte, das nicht das allgemeine, abstrakte Sein sondern ganz konkrete materielle Substrate der Erscheinungs- und Wahrnehmungswelt zugrunde legte. Am Demokritischen System zeigt er uns wiederum, wie dieses der qualitativen Seite der Natur nicht gerecht zu werden vermochte, weil es nicht imstande war zu erklären, wie sich aus Kombinationen von materiellen Partikelchen so etwas wie eine Farbe oder ein Geruch ergibt, und insbesondere, daß in diesem System der Geist keine Stelle hat. Dieser Umstand soll zu der Konzeption eines Platon geführt haben, der die geistigen Wesenheiten, Ideen, in den Mittelpunkt der Schöpfung stellte, geistige Wesenheiten, von denen die konkreten Dinge der Welt nur Abbilder seien. An Platon zeigt der Verfasser den schroffen Dualismus zwischen Idee und konkreter Erscheinung, welcher Dualismus durch die teleologische Weltanschauung des Aristoteles überwunden wurde, eine Weltanschauung, die in diese konkrete Erscheinung selber das Streben nach einem höhern Zweck hineinverlegte. Von da an lenkt nach dem Dafürhalten des Verfassers das griechische Denken direkt in die christliche Lebensanschauung ein, die ebenfalls von einem Dualismus, einem solchen zwischen Gott und Welt, ausgeht, die im Menschen ein zwitterhaftes, zwischen Himmel und Erde, Gott und Welt stehendes Wesen erblickt und ihn zur Besinnung auf ein besseres Selbst ermahnt. Das Christentum hat dem Verfasser zufolge keinen andern als griechischen Ursprung; es stelle die Vollendung des griechischen Gedankens dar.

Die gedrängte Schilderung, die uns M. Wundt von dem Gang des griechischen Denkens gibt, hat so viel Bestechendes für sich, daß die Mängel der Schrift auf den ersten Blick sich leicht der Aufmerksamkeit entziehen. Es sind dies die Mängel ihrer Vorzüge. Die klare Logizität, mit der der Verfasser die verschiedenen griechischen Spekulationen in strenger Ordnung aus einander hervorgehen läßt, bringt auch die Schattenseite mit sich, daß er die Dinge schematisch behandelt und es mit der geschichtlichen Wahrheit nicht immer sehr genau nimmt. So ist es nicht ganz zutreffend, wenn er von Pythagoras sagt, daß er in den zahlenmäßigen Beziehun-

gen das die Erscheinungswelt regierende einheitliche Gesetz entdeckt habe. Wenn Pythagoras die Zahl als das Wesen der Dinge bezeichnete, so war ihm diese Zahl keineswegs ein rein abstraktes Verhältnis sondern etwas ganz Konkretes, Substantielles, Dinghaftes, das an den Erscheinungen teilnimmt und auf sie unter Umständen bestimmend einzuwirken vermag. Pythagoras, der vieles aus Ägypten entlehnte, mag auch diese orientalische Auffassung übernommen haben. Ebenso ist es zweifelhaft, ob die Ideen für Platon rein geistige Wesenheiten bedeuteten und nicht vielmehr Urbilder, also Bilder in rein plastischem Sinn des Wortes. Was vollends das Christentum betrifft, so ist die vom Verfasser geäußerte Ansicht entschieden falsch. Er ließ sich da von nebensächlichen Analogieen verleiten und übersah das Wesentliche an der von ihm behandelten Materie. Die christliche Weltanschauung mag hier und da mit den Gipfelpunkten des spätgriechischen Denkens zusammengetroffen haben, aber der Wesenskern des christlichen Denkens: die Absolutheit und der Primat des Moralischen, ist in der gesamten griechischen und römischen Antike nicht anzutreffen. Bei all der hohen Stellung, die die spätgriechische Philosophie dem Moralischen einräumt, darf man doch nie vergessen, daß dieses für sie die Bedeutung eines Erhaltungswertes hatte, und daß sie nie daran dachte das Moralische als über alles andere erhabenen absoluten Wert hinzustellen. Hier bekundet Wundt ganz entschieden einen mangelhaften Instinkt für das Wesentliche an den Dingen. Die Absolutheit des Moralischen im Christentum stammt aus einer ganz andern Wurzel als der griechischen, und weil Wundt sie nicht sehen wollte, mußte er zu einer falschen und verkehrten Auffassung gelangen.

Totenliste Am 20. Dezember starb Adolf Lasson, fast 86 Jahre alt, in Berlin. Lasson war Hegelianer und im ganzen ein Vertreter einer konservativen Weltanschauung, aber von origineller Frische. »Wer einmal altmodisch ist, der muß sich auch nicht scheuen so zu erscheinen«, schrieb er in der Vorrede zu seiner Rechtsphilosophie. Er war ein begeisterter Humanist und trat in einer temperamentvollen Schrift für das alte Gymnasium ein. Freilich faßte er den Humanismus noch in alter Weise auf: seine Vorstellung vom Griechentum war vom neuerer Erkenntnis, namentlich seines

Zusammenhangs mit dem alten Orient, noch ungetrübt. Als akademischer Lehrer erfreute sich Lasson einer gewaltigen Popularität.

Am 6. Januar starb in Halle Georg Cantor im beinahe vollendeten 73. Lebensjahr. Cantor gehörte zu jenen bahnbrechenden Forschern, die eine ganz neue Disziplin durch geniale Konzeption schufen. In den Grundlagen einer allgemeinen Mannigfaltigkeitslehre, die er vor etwa 40 Jahren erscheinen ließ, hat er eine neue Auffassung, neue Zusammenhänge und durch die Entdeckung des Transfiniten eine neue Einsicht in die Welt des Unendlichgroßen gegeben. Seine Mengenlehre ist von den meisten Mathematikern noch nicht in ihrer vollen Bedeutung erkannt worden; es ist bezeichnend, daß sie auf vielen Universitäten überhaupt noch gar nicht gelehrt wird. In der jüngern Mathematiker-generation freilich hat man begonnen sich mit ihr zu beschäftigen und sie auszubauen. Die philosophische Tragweite dieser Lehre ist freilich auch noch nicht im entferntesten erfaßt worden. Georg Cantor, der von 1872 bis zu seinem Tod Professor der Mathematik an der Universität Halle war, hatte vielseitige geistige Interessen und war dazu eine tief religiöse Natur. Sein Name wird als der eines der bedeutendsten Denker fortleben.

In Straßburg starb Mitte Januar der Professor für Geschichte der Mathematik Max Simon im Alter von 74 Jahren. Er hat über die antike Mathematik und über die Entwicklung der Elementargeometrie im 19. Jahrhundert gearbeitet. Der Privatdozent der Philosophie an der Straßburger Universität Otto Freiherr von der Pfordten ist in Brüssel, wo er einen Vortrag halten sollte, Anfang März plötzlich gestorben. Sein philosophisches Hauptwerk führt den Titel Konformismus und stellt eine »Philosophie der normativen Werte« auf. Er ist 56 Jahre alt geworden.

Am 4. April starb in Berlin Hermann Cohen. Er stand in seinem 76. Lebensjahr. Über die Bedeutung des Verstorbenen, des Hauptes der Marburger Schule, für die Philosophie wie für die Geisteswissenschaften überhaupt wird hier noch Ausführlicheres zu sagen sein.

Kurze Chronik Der Göttinger Professor Constantia Carathéodory hat einen Ruf an die Berliner Universität als Nachfolger des im vorigen Sommer verstorbenen Mathematikers Georg Frobenius ange-

nommen. ◊ Der außerordentliche Professor der Philosophie und Pädagogik an der Universität Leipzig Paul Barth ist zum ordentlichen Honorarprofessor ernannt worden. ◊ Der Straßburger Privatdozent Max Wundt, ein Sohn Wilhelm Wundts, ist als außerordentlicher Professor der Philosophie an die Universität Marburg berufen worden. ◊ Die Académie française hat Henri Bergson unter die 40 Unsterblichen aufgenommen. Die wichtigsten Werke dieses geistvollen Philosophen sind auch in deutscher Sprache, bei Eugen Diederichs in Jena, erschienen.

Literatur Sittliche Strenge und sittliche Schönheit (Kant und Schiller) heißt eine kleine Schrift Karl Vorländers /Leipzig, Meiner/, in der der Verfasser die Beziehungen zwischen Schiller und Kant untersucht, die auf solche zwischen sittlicher Schönheit und sittlicher Strenge hinausgehen. Vorländer sucht den Nachweis zu liefern, daß die Ausscheidung der schwanken und unsicheren Gefühlsregungen beim sittlichen Urteil und sittlichen Handeln, die Kant durch die Aufstellung des kategorischen Imperativs durchzuführen strebte, für diesen Philosophen lediglich methodische Bedeutung hatte, daß Kant sicherlich nicht daran dachte dem unmittelbaren und spontanen Gefühl in irgendeiner sittlichen Handlung je den Wert abzuerkennen, sondern daß er in seinem Suchen nach einer allgemeinen und bindenden Regel für das ethische Handeln notwendig dazu kommen mußte das Zufällige, Veränderliche, Unzuverlässige und Subjektive des Gefühlsfaktors beiseite zu schieben, um an dessen Stelle die objektive, allgemeingültige Norm zu setzen. Er zeigt des fernern, daß Schiller bei all der dichterischen Veranlagung seines Gemüts und seiner dementsprechenden Neigung zur unmittelbaren Ungebundenheit der Gefühlswallungen sich auf die Dauer der Einsicht nicht zu entziehen vermochte, daß Kant in dieser Hinsicht das Richtige getroffen hat. Andererseits zeigt er, daß der kategorische Imperativ bei Kant dem unmittelbaren Gefühlsleben nicht so fernstand wie es gemeinlich angenommen wird.

Religionswissenschaft / Herbert Kühnert

Wellhausen Mit Julius Wellhausen hat die Religionswissenschaft einen ihrer bedeutendsten Vertreter verloren. Schon im Alter von

26 Jahren habilitierte sich Wellhausen für alttestamentliche Literatur in Göttingen und wurde 2 Jahre später als Ordinarius nach Greifswald berufen. 1882 folgte er einem Ruf als außerordentlicher Professor der orientalischen Literatur an die Universität Halle. 1885 wurde er als Ordinarius für das gleiche Fach nach Marburg berufen, und 1892 kehrte er nach Göttingen zurück, wo er kurz vor dem Krieg infolge eines Gehörleidens sein Amt niederlegte.

Wellhausens berühmtestes Werk ist die Israelitische und jüdische Geschichte, die 1895 erschien und bis 1914 7 Auflagen erlebte. Seine anderen Hauptwerke sind: De gentibus et familiis Judaicis /1870/, Der Text der Bücher Samuelis untersucht /1871/, Die Pharisäer und die Sadduzäer /1874/, Mohammed in Medina /1882/, Einleitung in das Alte Testament /1893/, Der arabische Jospus /1897/, Reste arabischen Heidentums /1897/, Prolegomena zur Geschichte Israels /1899/, Die Komposition des Hexateuchs und der historischen Bücher des Alten Testaments /1899/, Das Arabische Reich und sein Sturz /1902/.

Wie aus dieser Aufzählung ersichtlich, erstreckte sich die wissenschaftliche Tätigkeit Wellhausens hauptsächlich auf die Erforschung des alttestamentlichen Judentums, des frühen Christentums sowie auf die Religion der Araber und den Islam. Die Methode, die er dabei zur Anwendung brachte, war im wesentlichen die textkritische. Mit ihr erzielte er seine bahnbrechenden Entdeckungen über die Quellen der Bücher Mosis und den vermutlichen Entstehungsprozeß der Evangelienchriften. Obwohl die ausschließliche Anwendung der philologischen Methode bei Wellhausen zu einer gewissen Einseitigkeit seines Lebenswerks führte, da sie nicht die nötige Ergänzung suchte in den Methoden der Archäologie und der allgemeinen Religionsvergleichung, so dürfen darüber doch nicht die ungeheuren Verdienste vergessen werden, die er sich um die kritische Bearbeitung und Sammlung des philologischen Materials erwarb, ohne das selbst eine großzügigere, philosophischere Betrachtungsweise auf Sand bauen würde. Bezeichnend dafür, daß selbst ein auf seinem Gebiet so fachkundiger Gelehrter wie Wellhausen nicht ganz frei von jener unphilosophischen Enge des Blicks, wie man sie häufig selbst bei den tüchtigsten und in ihrer Art unverwundeten Philologen antrifft, war auch die Tatsache, daß er

kein rechtes Organ für Eigenleben und Eigenwert der jüdischen Religion, nach Abzweigung der christlichen von ihr, hätte. Nichts aber wäre ungerechter als dem Dahingegangenen diese seine Veranlagung, die ihn mehr auf die Analyse als auf die Synthese hinwies, etwa zum Vorwurf machen zu wollen und die Pionierarbeit zu unterschätzen, die er zu einer Zeit geleistet hat, als es sich darum handelte der historisch-kritischen Betrachtungsweise und dem Gedanken der Religionsvergleichung innerhalb einer konfessionell gebundenen und mit pedantischem Dogmatismus an der Überlieferung haftenden Universitätstheologie freie Bahn zu schaffen.

Unterricht und Innerhalb des gesamten Wissenschaft Einflusses, den die Religionswissenschaft auf den

Religionsunterricht ausgeübt hat, kann man einen religionspsychologischen und einen religionssoziologischen Strom unterscheiden. Der religionspsychologische hängt historisch mit den Einwänden zusammen, die von der Pädagogik im Namen der Psychologie gegen den konventionellen Religionsunterricht gemacht wurden und die sich vor allem gegen dessen Methodik richteten. Man empfand diese Methodik insofern als reformbedürftig, als sie nicht von der Religiosität des Kindes ausging sondern von der der Erwachsenen. Statt das religiöse Gefühl beim Kind als etwas werdendes zu betrachten, sah man es als etwas fertiges an; statt vom Konkreten, Anschaulichen auszugehen, setzte der Unterricht beim Katechismus, also beim Begrifflich-Abstrakten, ein.

Die Reformvorschläge konnten hier insofern auf die Religionswissenschaft zurückgreifen, als diese nicht mehr wie früher ausschließlich die Religiosität der abendländischen Kulturvölker betrachtete sondern zeigte, wie die Religionen der Kulturvölker langsam aus denen der Naturvölker entstanden und wie die dogmatischen Begriffe der modernen Glaubensbekenntnisse in Verbindung mit der Entwicklung des menschlichen Denkvermögens überhaupt emporwachsen. Auf den Religionsunterricht angewendet mußte diese Erweiterung der Religionswissenschaft demnach notwendig dazu führen den Kindern den Ewigkeitagehalt der Religion zunächst in Form des Zurückgreifens auf den primitivsten Menschen, auf primitive Kulturverhältnisse, auf farbenprächtige Mythen und bedeutsame religionsgeschichtliche Persönlichkeiten nahezubringen, um von dieser

Grundlage aus langsam zu den höheren Formen der Religion emporzuführen, ihren dogmatischen Grundbegriffen und ihren verschiedenartigen Formulierungen der Heilslehre, so wie sie uns in den Glaubensartikeln der großen Kulturreligionen, besonders des Juden- und Christentums, vorliegen.

Den Einwänden, die die Pädagogik gegenüber der Methode des konventionellen Religionsunterrichts erhob, folgten solche, die die Fassung des Unterrichtsziels betrafen. Wurden jene im Namen der Psychologie erhoben, so diese im Namen der Soziologie und Ethik. Was an der Formulierung des religiösen Unterrichtsziels als unzeitgemäß empfunden wurde, war seine konfessionelle Begrenzung. Galt es doch innerhalb der Staatsschule dem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, daß die Kinder verschiedener Religionsgemeinschaften zum Bewußtsein der Gültigkeit derjenigen religiösen und ethischen Werte, die allen Kulturreligionen gemeinsam sind, und an deren sozialer Anerkennung jeder moderne Staat ein vitales Interesse hat, erzogen werden müßten. Die Sprengung des konfessionellen Rahmens erwies sich also einmal aus dem Grund als nötig, um in den Kindern auch vermittelt des Religionsunterrichts das Gefühl ihrer staatsbürgerlichen und kulturellen Verpflichtungen zu pflegen, zweitens, um ihnen die richtige Einstellung gegenüber den nichteuropäischen Kulturreligionen zu geben und um in ihnen ein gewisses Verständnis für die gegenwärtige problematische Lage der europäischen Kulturreligionen zu erzeugen. Auch diese Reformvorschläge mußten, wenn sie sich nicht in die Einseitigkeit eines nur-rationalistischen Moralunterrichts verrennen wollten, notwendigerweise auf die Fortschritte der Religionswissenschaft zurückgreifen. Denn auch hier richtete sich ja der Blick des Forschers nunmehr weit hinaus über das althergebrachte Gebiet der kanonischen Religionen, sei es, indem durch den Spaten immer weiter rückwärts liegende Vorzeiten erschlossen wurden, sei es, indem immer entferntere Völker und Erdteile in den alten Forschungskreis einbezogen wurden. Immer deutlicher hoben sich unter dem großen Blick diejenigen Werte heraus, die gemeinsamer Besitz aller Kulturreligionen sind; immer mehr wurde das Wesen der Religion aus ihren allgemeinemenschlichen Grundlagen heraus begriffen; und immer mehr wurde auch hier jene Großzügigkeit des Blicks erzeugt, ohne die im gegenwärtigen Stadium der Kulturent-

wickelung alle kulturschöpferische Arbeit von vornherein zur Fruchtlosigkeit verdammt ist.

In der praktischen Anwendung auf den Religionsunterricht bedeutete diese soziologische Erweiterung der Religionswissenschaft demnach: Zurückdrängung des konfessionellen Religionsunterrichts vom Volksschul- respektive fortbildungsschulpflichtigen Alter in die reiferen Jahre, Einbeziehung weiterer Religionstypen in den jüdisch-christlichen Religionskreis, Anwendung großer, soziologischer Maßstäbe für eine kritische Betrachtung des den verschiedenen Religionsstufen und -typen innewohnenden Kulturwerts.

Ist die Forderung psychologischer Verarbeitung des religiösen Unterrichtsstoffs besonders dank der zielbewußten Arbeit der herbartianischen Pädagogik heute schon tief in die Praxis des Religionsunterrichts eingedrungen (allerdings bis jetzt erst mehr in die Volksschulen als in die höheren Schulen), so steht die Forderung nach Erweiterung seines Zieles auf soziologisch-ethischer Grundlage heute noch mehr im Zeichen des Ringens nach klarer, konkreter Formulierung. Denn darüber muß doch endlich einmal Klarheit werden, daß eine geschichtliche Gestaltung des Religionsunterrichts für sich allein noch in keiner Weise diejenige ethische Zielsetzung für den Religionsunterricht ermöglichen kann, die sich der konfessionellen Zielsetzung durch gesinnungsbildende Kraft irgendwie an die Seite setzen oder sie gar übertreffen könnte; denn wie uns auf dem Gebiet der politischen Geschichte das geschichtliche Nacheinander an und für sich nie als Wegweiser für zukünftiges Handeln dienen kann, es sei denn, es würde der geschichtliche Stoff nach soziologischen Wertmaßstäben gestaltet, so wird auch die in ihrer Art zweifellos gesinnungsbildende Kraft des konfessionellen Religionsunterrichts keineswegs lediglich dadurch ersetzt oder gar erhöht, daß dieser Unterricht auf eine geschichtliche Basis gestellt wird. Nein, nicht bloß um die Erarbeitung des geschichtlichen Stoffes nach historisch-kritischen Grundsätzen darf es sich handeln, sondern danach muß vor allem gestrebt werden durch Herausarbeitung und vergleichende Betrachtung der religiösen Höhepunkte in der Jugend Verständnis für religiösen Stil und vor allem für die problematische Lage, in der sich die abendländischen Kulturreligionen gegenwärtig befinden, zu entwickeln. Betrachtet man vom Standpunkt dieser

Forderungen das, was bisher an Lehrbüchern und sonstigen Hilfsmitteln für einen soziologisch orientierten Religionsunterricht vorliegt, so ist zwar vielfach ein richtiger Instinkt für das, was im Rahmen der konventionellen Lehrpläne angestrebt werden muß, vorhanden; doch ist man dabei im allgemeinen über das Stadium der Ansätze bis heute noch kaum hinausgekommen, obwohl die Religionswissenschaft sich zweifellos heute bereits in einem Stadium befindet, das die erfolgreiche Lösung einer solchen pädagogischen Aufgabe ermöglicht.

Unterrichtspublikationen

Unter den pädagogischen Zeitschriften, die bemüht sind die Ergebnisse der Religionswissenschaft der pädagogischen Theorie und Praxis zuzuführen, verdienen in erster Linie die von H. Spanuth herausgegebenen Monatsblätter für den evangelischen Religionsunterricht /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ genannt zu werden. Diese Zeitschrift ist zugleich das Organ des von F. Niebergall geleiteten Bundes für Reform des Religionsunterrichts, der ein Sammelpunkt aller derjenigen Bestrebungen sein will, die die Selbständigkeit der Staatsschule und des Religionsunterrichts gegenüber der Kirche, die psychologische Bearbeitung des religiösen Unterrichtsstoffes und seine Befreiung von konfessionell-dogmatischer Gebundenheit im Auge haben. Einen andern wichtigen Sammelpunkt der Bestrebungen zur Reform des Religionsunterrichts bilden die von W. Rein in Jena herausgegebenen Stimmen zur Reform des Religionsunterrichts, die bis jetzt in 6 Heften von F. Manns Pädagogischem Magazin /Langensalza, Beyer/ vorliegen. Als die bemerkenswertesten unter den hier gesammelten Vorschlägen erscheinen mir außer denen des Herausgebers besonders die Beiträge Pfeleiderers sowie der beiden bekannten Schulmänner Thrändorf und A. Reukauf. Reukauf hat eine ausführlichere Begründung seiner Reformvorschläge in der Schrift Vorträge zur Reform des Religionsunterrichts in der Volksschule (1. Heft der Religionspädagogischen Bibliothek /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/) gegeben. Eine Anwendung dieser Grundsätze auf den religiösen Unterricht in den Oberklassen der Volksschulen und den Mittelklassen der höheren Schulen enthält das von Reukauf und Heyn in Verbindung mit anderen Pädagogen herausgegebene 10-bändige Werk Evangelischer Religionsunterricht /Leipzig, E. Wunderlich/. Wie

dieses Werk für die Methodik des Religionsunterrichts an den Volksschulen von grundlegender Bedeutung ist, so sind für die höheren Schulen von Wichtigkeit E. Thrändorfs Beiträge zur Methodik des Religionsunterrichts an höheren Schulen /Dresden, Bleyl & Kaemmerer/. Diese Beiträge behandeln nicht nur das hergebrachte kirchengeschichtliche Material in guter Auswahl, sondern sie machen auch bereits einen beachtenswerten Versuch den Blick auf andere Kulturreligionen, wie den Buddhismus und den Islam, zu lenken und den Zusammenhang zwischen religiösen Grundproblemen des 19. Jahrhunderts und solchen der Wissenschaft, Philosophie, Politik und des Wirtschaftslebens nachzugehen. Als Grundlage für die Behandlung dieser Gegenstände dient das Kirchengeschichtliche Quellenlesebuch von Thrändorf und Meltzer /Dresden, Bleyl & Kaemmerer/, das zu den vorläufig noch seltenen Lehrbüchern dieser Art gehört, die kein Bedenken tragen an die Schüler der oberen Klassen Textproben aus den Schriften der letzten Päpste und neuerer Denker wie Nietzsche und Tolstoj heranzubringen.

Als Hilfsmittel für einen erweiterten Religionsunterricht kommt in erster Linie in Frage die 3. Reihe der bekannten und höchst verdienstvollen Religionsgeschichtlichen Volksbücher /Tübingen, Mohr/, auf die in dieser Rundschau wiederholt schon empfehlend hinzuweisen Gelegenheit war. Die Bändchen der 3. Reihe sind der allgemeinen Religionsgeschichte und Religionsvergleichung gewidmet und behandeln Gegenstände wie die Religionen der Erde, den Buddhismus, den Schöpfungsmythus, die Seelenwanderung, das Verhältnis von Christentum zu den antiken Mysterienreligionen, der griechischen Philosophie und dem Islam und anderes mehr. Will man die Texte der betreffenden Religionen in charakteristischen Proben, guter Bearbeitung und mit orientierender Einführung versehen, kennen lernen, so greift man entweder zu Edv. Lehmanns Textbuch zur Religionsgeschichte /Leipzig, A. Deichert/, das Texte zu den Religionen Chinas und Japans, der alten Ägypter, Assyrobabylonier, des Islams, Indiens, Persiens sowie zur Religion der alten Griechen, Römer und Germanen enthält, oder zu dem vorzüglichen von A. Bertholet herausgegebenen Religionsgeschichtlichen Lesebuch /Tübingen, Mohr/, das nicht nur Kulturreligionen, wie die chinesische, indische, persische und mohammedanische, berücksichtigt

sondern in einem vorzüglichen neuen Heft, das von Carl Meinhof verfaßt ist, auch bereits den Versuch gemacht hat die Religion der schriftlosen Völker Afrikas nach mündlichen Quellen darzustellen. Erwähnung verdienen auch in diesem Zusammenhang die 2bändige Allgemeine Religionsgeschichte von Conrad von Orelli / Bonn, Marcus & Weber / sowie Edv. Lehmanns Werkchen *Mystik in Heidentum und Christentum* (in der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt*), das außer der christlichen vor allem auch die griechische, persische, indische und primitive Mystik behandelt und kürzlich in 2. Auflage erschienen ist.

Kurze Chronik Das Kuratorium der Schleiermacherstiftung hat für die an der Universität Berlin Theologie Studierenden nachstehende Preisauflage ausgeschrieben: »Schleiermachers Gedanken über die religiöse Erziehung und ihre Bedeutung für die Gegenwart.« ◊ Das große *Septuaginta* Werk, das von der Göttinger Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften herausgegeben wird, ist zum größten Teil durch den Krieg vorübergehend zum Stillstand gebracht worden; nur Rahls setzt noch seine Tätigkeit daran fort. Durch den Tod Leonhard Lütkes, der noch im Krieg gemeinsam mit Rahls die wichtigen Randnoten einer Sinaithandschrift zu Jesaja herausgegeben hatte, und der an den Folgen einer schweren Verwundung an der Westfront gestorben ist, hat das Unternehmen einen schmerzlichen Verlust erfahren. ◊ Der Ordinarius für systematische Theologie an der Kieler Universität Erich Schaefer ist in gleicher Eigenschaft an die Universität Breslau versetzt worden. ◊ Als sein Nachfolger wurde der Vertreter der neutestamentlichen Theologie an der Bonner Universität Emil Weber nach Kiel berufen. ◊ In der Berliner Theologischen Fakultät habilitierte sich Karl Ludwig Schmidt mit einer Antrittsvorlesung über die Stellung der Evangelien in der allgemeinen Literaturgeschichte; an der Kieler Universität der Oberlehrer Roland Schütz für neutestamentliche Theologie; endlich an der Darmstädter Technischen Hochschule der Pfarrer Emil Fuchs für Religionswissenschaft.

Literatur Unter den durch das Reformationsjubiläum veranlaßten Neuerscheinungen wird auch eine Zwingli Publikation erheblichem Interesse begegnen. Eine

gute Auswahl aus den Schriften des schweizerischen Reformators gibt das von Chr. Graf herausgegebene Werkchen *Zwingli, Abschnitte aus seinen Schriften / Zürich, Orell Füllli*, das neben vorzüglicher Ausstattung auch den Vorzug einer sachgemäßen Übertragung der Sprache Zwinglis in das Deutsch der Gegenwart hat.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Corinth Auf der Corinthusstellung, die jetzt in der Berliner Sezession veranstaltet wurde, fehlten mehrere seiner besten Bilder, während wieder andere dort kaum ein allgemeineres Interesse beanspruchen konnten. Corinth hat so unendlich viel Verschiedenes in seinem Leben gemacht: Porträts, Landschaftliches, sehr viel Kompositionen mythologischen und religiösen Inhalts, auch Blumenstücke und Stilleben. Aber seine Beauftragung scheint mir ganz vornehmlich im Porträt zu liegen. Es ist, als wenn Corinth selbst besonders viel Gewicht auf seine Kompositionen legte; aber da muß ein Irrtum seinerseits vorliegen. Seine großen Kompositionen wirken trotz ihrer Lebendigkeit immer wieder geradezu verletzend durch die Rohheit und Zufälligkeit der Anlage. Vielleicht, daß er noch zu sehr in der halb naturalistischen halb impressionistischen Generation wurzelt. Aber seine Phantasie, so stark und lebendig sie auch im Inhaltlichen spricht, versagt doch ganz im Kompositorischen, sowohl in Form wie in Farbe, und ist dabei ganz an Modelleindrücke gebunden; und gerade diese Koppelung wirkt so überaus quälend. Dabei liegt wieder in seinem starken Verhältnis zum Modell gerade seine Kraft, und wo dieses als erstes zu Wort kommt, ist die Wirkung ganz groß, lebendig, und saftig. Darum leistet er auch in meinen Augen im Porträt so ganz Hervorragendes und Besonderes wie nur wenige. Denn nicht nur sein Verhältnis zu der Körperlichkeit des Modells ist so stark (wie in den zahlreichen sehr guten Studien nach Frauenakten); auch das Geistige in seinem Modell ist überaus glänzend erfaßt und in aller Kraft so feinfühlig, wie man es nach der etwas ungelenken Hand kaum erwarten konnte. Mit einer ganz ursprünglichen Naivität ist da das Wesen gesehen, und das zieht sich durch von seinen ersten ganz hässlichen Porträts, von seinem Vater und seinem Oheim,

bis zu seinen reifsten Bildern. Leider fehlten hier die Bilder von Peter Hille und Ansorge; dafür sah man das wunderschöne Porträt von E. von Keyserling und sein früheres Selbstporträt mit dem Modell wie auch das der alten Dame. Auch sind übrigens Corinths Kompositionen allemal da gut, wo der einzelne Mensch so heraustritt wie in seinem Fluch Samuels. Das Einfügen der Köpfe in das Bildganze liegt ihm aber gar nicht, und immer haben sie ganz lebhaft subjektive Beziehung zum Beschauer. So daß die ganze Kunst Corinths für mich in der Darstellung der einzelnen Menschen gipfelt. Vor allem, wie gesagt, in den Männerporträts, wo die Gezigigkeit durch eine dünne Oberfläche des Gesichts hindurchschimmert. In den Studien nach jungen Frauen ist vor allem das Geschlecht stets und kräftig betont. Die Bilder nach alten Frauen tragen wieder mehr Porträtcharakter.

Jäckel

Nach den einzelnen Blättern Jäckels auf den beiden letzten Ausstellungen fürchtete man fast, daß er das große Tempo, mit dem er ansetzte, nicht würde einhalten können. Und nun steht er in dieser Kollektion, die in Berlin, im Graphischen Kabinett Neumann ausgestellt ist, wieder, in seiner ganzen Kraft da. Überall ist allerwirklichstes Leben ohne irgendwelche intellektuellen oder ästhetischen Einmischungen. In seinen Körpern ist er ganz und gar von seinem eigenen Körper und Menschengefühl ausgegangen. Wohl am bedeutendsten ist mir Jäckel in seinen Liebesgruppen. Die Körper sind in ihrer ganz restlosen Nacktheit empfunden, und in der Nacktheit sowohl wie auch in dem Zueinander der Menschen liegt eine besondere Art großer Wahrhaftigkeit, wie sie nur die Natur selbst in sich birgt. Es ist, als wenn er den großen Sinn, der in der rein natürlichen Wollust liegt, wieder neu gesehen und restabliert hat. Nirgends in der Kunst scheint mir augenblicklich der seelische und körperliche Zusammenhang zweier Menschen so wahrhaft und lebendig gegeben wie hier. Seine Erfassung scheint mir aus einem ähnlichen Quell zu springen wie die großen Blätter der Käthe Kollwitz, wenn auch in der Art der künstlerischen Produktivität grundverschieden: Jäckel schafft verhältnismäßig leicht und schnell, während die Blätter der Käthe Kollwitz langsam und schwer entstanden sind, was beidemal auch natürlich eine andere Technik

prägt. Aber hier wie dort ist der von Natur geschweißte Zusammenhang das Lebengebende. Eine Welt bedeutet das, in der die Begriffe schön und häßlich sinnlos und kraftlos geworden sind. Jäckel gibt Mann und Frau oft in der freien Landschaft. Meist ist es ein hoch gesehenes Hügelland mit Sonne und Regenbogen, überall der Segen der kräftigen und gebärenden Natur. Daß in seinen Zeichnungen unendlich viel Falschheiten sind, ist angesichts der Größe seiner Erfassung beinahe selbstverständlich; aber niemals wirken Verzeichnungen leblos und tot. Auch einen Christus in Gethsemane hat Jäckel gemacht. Die Mauern des Gartens stehen in einem hart verschobenen Viereck um den Kopf Christi herum und vereinigen sich in der Erinnerung wie symbolisch mit seinem gequälten, traurigen Gesicht. Das Memento von 1914 war bereits ausgestellt. In dieser Umgebung zwischen den anderen gleichgeborenen scheint es mir größer und ernsthafter als früher.

Meidner

Ludwig Meidner, der mir bisher nur in einzelnen Bildern aufgefallen war, hatte jetzt eine Kollektivausstellung bei Cassirer in Berlin. Das sind Bilder, vor denen ein eigentlich ästhetisches Urteil vorläufig schweigen müßte. Sie stecken alle noch zu sehr im Künstler drin, wie nur halb geboren. Was sie uns unmittelbar und stark übermitteln, das Erschrecken vor der Welt und das angstvolle Erstarren vor dem Warrwarr ihrer Eindrücke, das Zubodengeworfensein des empfangenden Menschen; das alles ist in der Einführung, die Meidner seinen Bildern vorausschickt, besser gesagt als ein anderer das für ihn wohl könnte. »Verwirrt und gedemütigt« trägt er seine Bilder vor die Welt; aber, wie gesagt, sie scheinen mir für diese Loslösung noch zu jung. Ihr Blut hat in seinem Kreislauf noch nichts von Geschlossenheit in sich, obschon man wohl die Kraft fühlt, die darin arbeitet und die Meidner in sie »hineingestampft« hat, und die hoffentlich auch über den Drang der Jugend hinausreichen wird.

Modersohn-Becker

Die Kestnergesellschaft in Hannover hat im September des verfloßenen Jahres eine umfassende Ausstellung der Werke Paula Modersohn-Beckers veranstaltet. Die Ausstellung lenkt erneut den Blick auf diese Künstlerin, die im Jahr 1907 in Worpswede, 32 Jahre alt, im Wochenbett starb. Sie war die Gattin Otto

Modersohns. Doch aus dem Kreis der Worpsweder ist sie durch die Rührung ihrer Kunst wesentlich herausgewachsen. Sie hatte deutsche und Pariser Schulen besucht, zog sich dann aber ganz ins Einsame zurück, um mit innerer Konzentration den Weg in das Einfache und Monumentale der Natur zu finden. In der Stillenden Mutter /1903/ klingen wohl Pariser Anregungen wider; man glaubt etwas von der Courbetschen Schwere und Gedrungenheit wiederzufinden. Dann geht sie weiter zu immer stärkerer geistiger Vereinfachung, und das Selbstporträt, vor allem aber die Betende Bäuerin /1907/ geben wirklich geistige Konzentriertheit. So wurde dieses Leben mitten in seiner vollen und sichern Entwicklung durchgeschnitten. Einige Reproduktionen von Bildern Paula Modersohns bringt (mit einem Aufsatz von P. E. Küppers) das Märzheft des Westheimschen Kunstblatts.

Kurze Chronik Paul Gsell veröffentlicht aus dem Nachlaß folgenden

Aufruf Rodins an die Künstlerjugend der Welt: »Liebet in Ergebenheit die Meister, die euch vorangegangen sind, neigt euch vor Phidias und Michelangelo, bewundert die göttliche Heiterkeit des einen und die leidenschaftliche Angst des andern. Bewunderung ist edler Wein für vornehme Seelen, hütet euch aber eure Lehrer nachzuahmen. Bei aller Achtung vor der Überlieferung merkt euch, was sie ewig Fruchtbare in sich schließt: die Liebe zur Natur und die Aufrichtigkeit. Das sind die beiden großen Leidenschaften des Genies. Sie alle haben die Natur angebetet und niemals gelogen. Die Überlieferung rät euch unaufhörlich die Wirklichkeit zu befragen, und sie verbietet euch, daß ihr euch blind einem Meister ergebt. Die Natur sei eure einzige Göttin. Für den Künstler ist alles schön; denn sein scharfer Blick entdeckt in jedem Wesen und in jedem Ding den Charakter, das heißt die innere Wahrheit, die durch die Form durchscheint.«

◊ Der preußische Staat hat zum erstenmal auf einer Ausstellung der Berliner Sezession Ankäufe gemacht. Und zwar sind 2 Werke Corinths, Alte Kiefer /1892/ und eine weibliche Halbfigur /1909/, in den Besitz der Berliner Nationalgalerie gebracht worden. Ferner erwarb diese Galerie 50 Zeichnungen Hans Thomas, aus den sechziger bis neunziger Jahren, zumeist landschaftliche Motive. ◊ In der Städtischen Kunsthalle Mannheim hat eine

große Ausstellung neuer religiöser Kunst stattgefunden; unter anderen waren Werke von Heckel, Nolde, Weisgerber, Barlach, Jäckel, Kokoschka ausgestellt. ◊ Die durch ihre Gesinnung bemerkenswerte Berliner Zeitschrift Die Aktion veranstaltet auch Ausstellungen. Sie brachte kürzlich erste Arbeiten K. L. Heinrich-Salzes, die aber nur im einzelnen Gelungenes boten: ganz amüsante Plastik, auch ein angenehmes Doppelporträt, einen hübschen Zyklus kleiner Aquarelle mit frommem Inhalt; aber alles in allem nur ein dekoratives, wenn auch ganz geistreiches Spiel.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Telephon: Unter dem Titel 40 Jahre
Geschichte Fernsprecher: Stephan-Siemens-Rathenau hat Otto

Grosse bei Julius Springer in Berlin eine Geschichte des Fernsprechwesens herausgegeben, in der vor allem die Verdienste der 3 im Titel genannten Männer um die Entwicklung des Fernsprechwesens in Deutschland gewürdigt werden. Eingeleitet wird die Arbeit mit einem kurzen Rückblick auf den Vorläufer des Telephons. Der Verfasser erblickt in Philipp Reiß den eigentlichen Erfinder und in Graham Bell nur den Nacherfinder. Es ist richtig, daß Reiß im Jahr 1860 einen Apparat konstruiert hatte, mit dem es gelang Töne, unter Umständen auch gesprochene Laute, auf einige Entfernung zu übertragen. Solange aber nicht der zwingende Beweis gelingt, daß Bell von dem Reißschen Apparat ausgegangen ist und durch sinngemäße Verbesserungen zu seinem Telephon gelangt ist, wird man (unbeschadet der Genialität des Reißschen Apparates) als den Erfinder des Telephons doch Alexander Graham Bell bezeichnen müssen.

Der Reißsche Apparat bestand aus 2 wesentlich von einander verschiedenen Teilen, dem Geber und dem Empfänger. Bei dem Geber wurde durch die Schallwellen eine Membran und ein auf ihr befestigtes Platinstückchen in Schwingungen versetzt. Gegen dieses bewegliche Platinstückchen lehnte sich ein zweites, festes an. Die beiden Platinstückchen bildeten die Polen einer Batterie, deren Stromkreis an der Empfangsstelle eine Solemoidrolle mit eingeschlossenem Eisenkern umfloß. Durch die Vibration der angesprochenen Membran wurde mehr oder weniger starker Kontakt der Platinstückchen erzeugt,

so daß in dem Stromkreis den Schwingungen der Membran entsprechende Änderungen der Stromstärke erzeugt wurden. Diese Schwankungen der Stromstärke veränderten den induzierten Magnetismus des Solenoidkerns, so daß der Eisenkern selbst zum Tönen kam.

Das Bellsche Telephon dagegen, wie es nach einigen nur halb geglückten Vorversuchen aus der Hand des Erfinders hervorging, bestand, und besteht heute noch, aus einem permanenten Magneten, der sich in geringer Entfernung von einer eingespannten Eisenmembran befindet. Der eine Pol des stabförmigen Magneten (bei der Siemensschen Verbesserung war es ein Hufeisenmagnet, dessen beide Pole der Membran nahezu gegenüberstehen) ist von einer Drahtspule umgeben, deren Enden zu den Enden einer gleichen Spule in einem zweiten Telephon führen. Gerät die Membran des einen Telefons durch Schallwellen in Schwingungen, so wird durch abwechselnde Näherung und Entfernung der Eisenmembran an den Magneten dessen Magnetismus abwechselnd verstärkt und geschwächt, und demzufolge werden in der Drahtspule Ströme verschiedener Richtung induziert, die sich in die Spule des zweiten Telefons fortpflanzen und dort, je nach ihrer Richtung, den Magneten des zweiten Telefons abwechselnd verstärken und schwächen, so daß dessen Eisenmembran in synchrone Schwingungen mit den Schwingungen der angesprochenen Membran des ersten Telefons geraten und hierdurch Schallwellen entsprechender Art erzeugen, wie es die den ganzen Vorgang auslösenden an der Sprechstelle gewesen sind.

Der entscheidende Schritt zur Erfindung des Telefons bestand in der Kombination zwischen einer gespannten Eisenmembran, einem permanenten Magneten und einer dessen Pole umgebenden Drahtspule. Mit einem solchen Apparat kann zugleich gesprochen und gehört werden. Diese außerordentliche Einfachheit der Apparatur, die trotzdem wundervoll leistungsfähig ist, schaffte erst die Voraussetzungen für das Sprechen auf Entfernungen. Und als das Telephon in dieser Form aus Bells Hand hervorgegangen war, zwang sich dessen universelle Bedeutung jedermann auf, der es im Jahr 1877 zu sehen und zu hören Gelegenheit gefunden hatte. Obwohl es in den ersten Jahren noch nicht gelingen wollte über größere Entfernungen zu sprechen, war das Bellsche Telephon in der beschriebenen Form ein vollkommen fertiger Apparat, an dem

im Lauf der 40 Jahre nichts Wesentliches geändert worden ist. Selbst die Siemenssche Verbesserung durch Anordnung von Hufeisenmagneten ist nur eine naheliegende, konstruktive Verbesserung, keineswegs aber eine Erfindung von auch nur annähernd ähnlichem Rang, wie es die Erfindung Bells gewesen ist. Und selbst wenn der Nachweis gelingen würde, daß Bell durch die Reißschen Apparate zu seiner Erfindung angeregt worden sei, so hat das Bellsche Telephon vom Jahr 1877 kaum noch einen Berührungspunkt mit der Reißschen Idee. (Reiß benutzte eine Primärbatterie, der Gleichstrom wechselnder Stärke entnahm, indem die Kontakte seiner Schallplatte in Vibration versetzt wurden. Bei Bell fehlt jede fremde Stromquelle. In den Spulen seines Telefons wurden Wechselströme durch Änderung der Stärke des magnetischen Feldes eines permanenten Magneten erzeugt. Reiß benutzte einen vom Geber wesentlich verschiedenen Empfänger, während das Bellsche Telephon ein reversibler Apparat ist. Der Reißsche Empfänger erzeugt in primitiver Weise Schallwellen, indem molekulare Lageänderungen innerhalb eines massiven Eisenkerns in einem Solenoid erzeugt werden; Bell läßt eine gespannte Eisenmembran schwingen, die sofort mechanische Schallwellen erzeugt.)

Man kann höchstens das Reißsche Telephon als den Vorläufer des Mikrophones ansprechen. Für die Entwicklung des Fernsprechwesens ist der Reißsche Apparat ohne Belang gewesen. Dieses stützt sich ausschließlich auf den Bellschen Fernsprecher, der Geber und Empfänger zu gleicher Zeit ist. Für den Erfolg des Bellschen Telefons kommt allerdings die günstige Tatsache hinzu, daß im Jahr 1877 der Boden für eine derartige verkehrsumwälzende Erfindung wohl bereitet war, während im Jahr 1860 selbst für den elektrischen Telegraphen in Deutschland erst ein sehr geringes Bedürfnis vorgelegen hatte. Der entscheidende Schritt, um eine Erfindung von Weltbedeutung herauszubringen, lag in der Anordnung einer schwingenden Membran gegenüber einem Magnetpol. Dieser Schritt ist von gleicher Bedeutung wie die Siemenssche Tat, der die Stromleitung einer durch Fremderregung zur Stromerzeugung befähigten elektromagnetischen Induktionsmaschine zunächst einmal um die Elektromagnete der Maschine selbst herumlegte und hierfür als der Entdecker des dynamoelektrischen Prinzips galt.

wind. Post festum kann man dann leicht sagen, daß dieser Schritt nahegelegen und sogar in der Luft gelegen habe, und trotzdem war dieser Schritt der entscheidende und war zugleich ein Schritt von bewundernswerter Geistes Kühnheit. Nicht anders liegt es beim Bellschen Telephon. Und dazu ist der Vorläufer des Bellschen Telephons, nämlich das Reißsche, von ihm außerordentlich viel weiter entfernt als es der Vorläufer der Dynamomaschine von der Siemensschen Leistung gewesen ist. Was man für Siemens gelten läßt, muß man also auch für Bell gelten lassen.

Zu seiner großen Leistungsfähigkeit gelangte der Fernsprecher allerdings erst durch die Kombination des Mikrophons mit dem Telephon, wodurch zwar wieder eine Trennung in gesonderte Geber und Empfänger eintrat, die Lautübertragung aber ganz außerordentlich gesteigert wurde. Da der Reißsche Geber aber seinem Prinzip und seiner Konstruktion nach ein Mikrophon ist, so kann Reiß die Priorität der Erfindung des Mikrophons nicht bestritten werden. Freilich ist ein Mikrophon ohne einen Empfänger nach Art des Bellschen Telephons wertlos, und deshalb konnte die Idee des Reißschen Mikrophons erst wieder aufgegriffen werden, nachdem in dem Bellschen Telephon ein überaus empfindlicher Empfangsapparat geschaffen war. Der größere Teil der Grosseschen Schrift beschäftigt sich mit der Würdigung der Verdienste Stephans, Werner Siemens' und Rathenaus um die Entwicklung des Fernsprechwesens. Dieser Teil stützt sich auf zuverlässige Quellen. Von besonderem Interesse ist hier die Zerstörung der Legende, daß die Durchführung des Fernsprechwesens in Deutschland im wesentlichen der Initiative Rathenaus zu danken gewesen sei, der erst Stephan auf die Bedeutung des Telephons hingewiesen und nicht ohne Mühe dessen anfänglichen Widerstand zu brechen vermocht habe. Grosse hat die Tatsache in das rechte Licht gerückt, daß der Generalpostmeister Stephan von Anfang an die Bedeutung des Telephons erkannt und mit Erfolg an dessen Einführung in die Praxis gearbeitet hatte. Unterstützt wurde er hierin von Werner Siemens, der mit seinem außerordentlichem Geschick technische Schwierigkeiten zu überwinden durch die bereits erwähnte Verbesserung des Telephons und durch die Ausbildung geeigneter Hilfsapparate einen lebhaften Anteil an der Entwicklung des Fernsprechwesens genommen hat. Dies kann fest-

gestellt werden, ohne daß damit im übrigen die Verdienste Rathenaus geschmälert werden.

Den Beschluß der Arbeit machen einige sinnfällige graphische Darstellungen der Verbreitung des Fernsprechers in Europa. Das interessant geschriebene und sehr schön ausgestattete Büchlein ist ein willkommener und aufklärender Beitrag zur Geschichte des Telephons.

Kohlen-
vergasung

An verschiedenen Stellen wird lebhaft daran gearbeitet an Stelle der heute noch allgemein üblichen unrationellen Verbrennung von Kohlen, deren Unwirtschaftlichkeit ich bereits früher hier auseinandergesetzt hatte, die Vergasung zu setzen. Hierbei wird das Verfahren die größte Bedeutung gewinnen, das die Kohle möglichst restlos in Gase verwandelt. Von dem Direktor der Dellwikk-Fleischer-Wassergasgesellschaft in Frankfurt am Main E. Dolensky ist nun ein Verfahren zur Erzeugung von sogenanntem Trigas ausgearbeitet worden, bei dem in der Tat die vollkommene Auflösung der Kohle, reiner Aschenrückstand, Erzeugung großer Mengen eines hochwertigen Gases, Gewinnung der Höchstmenge wertvoller Öle und Überführung des Gesamtstickstoffs in Ammoniak gelungen sein soll. Die Gaserzeugung geschieht in hohen Schachtöfen, auf deren Herd sich glühende Kohlen befinden, während frische Kohlen von oben her den Heizgasen entgegenrücken. Hierbei werden zunächst Wasser, leichtflüssige Öle, hochwertige Gase, ferner Teer, Methan, Wasserstoff und Kohlenoxyd ausgetrieben. Der zurückbleibende, glühende Koks wird durch Einblasen von Wasserdampf in Wassergas verwandelt, das alle flüchtigen Bestandteile der Kohle aus den oberen Teilen des Schachtofens austreibt. Das erzeugte Gas ist ein Gemenge von Leuchtgas, Wassergas und etwas Generatorgas, dessen Heizwert zwischen 2500 bis 5000 Kalorien schwankt. Bei wertvoller Kohle enthält das Gas 50 % Wasserstoff, 30 % Kohlenoxyd, 10 % Methan, 5 % Kohlendioxyd, 4 % Stickstoff und 1 % schwere Kohlenwasserstoffe. In jedem Fall wird ein hochwertiges Industriegas gewonnen, das die Fortleitung auf größere Entfernung verträgt. Auch für gute Braunkohlen soll sich das neue Verfahren eignen.

Im Zusammenhang damit seien die Versuche A. Neumanns und W.

Bauers erwähnt, die Braunkohle bei verschiedenen Temperaturen der trockenen Destillation unterworfen haben. Zur Verwendung kam eine oberhessische Braunkohle aus der Grube Ludwigs-hoffnung. Der Heizwert der lufttrockenen Kohle betrug 5252 Kalorien, ihr Aschengehalt 18,1%. Es wurden Versuche mit 5 verschiedenen Temperaturen zwischen 450° und 1100° vorgenommen. Gas- und Teerausbeute nahmen mit steigender Temperatur erheblich zu. Bei 450° wurden 3,77 Liter Gas und 12 Gramm Teer aus 100 Gramm Kohle gewonnen; bei 1100° stieg die Gasausbeute auf 24,32 Liter und die Teergewinnung auf 19,1 Gramm. Der Heizwert des Gases betrug im ersten Fall 3716 Kalorien, im zweiten allerdings nur 3214. Bei höherer Temperatur war auch die Ammoniakausbeute sehr beträchtlich. Während sie bei der niedrigsten Vergasungstemperatur nur 0,01% des Kohlegewichts betrug, stieg sie auf 0,12% bei 1100°. Im Großbetrieb, wo nicht wasserreiche Kohlen zur Vergasung kommen, würde die Ammoniakausbeute noch beträchtlich größer werden. Je höher die Vergasungstemperatur ist, um so vollkommener wird die Kohle aufgelöst; denn während bei der niedrigsten Temperatur die Koksausbeute noch 62,7% betrug, sank sie bei der höchsten auf 46,5%.

Schutz gegen Wärmestrahlung

Bei Glüh- und Flammenöfen, aber auch bei Kesselfeuerungen tritt eine starke Belästigung der Arbeiter durch strahlende Wärme, aber auch durch heiße Flammengase ein, wenn die Feuer Türen geöffnet werden. Die bisher benutzten Mittel, um sich gegen die intensive Wärmestrahlung zu schützen, sind weder besonders wirksam noch zweckmäßig gewesen. In der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure beschreibt nun der Oberingenieur Fritz Wellmann eine Einrichtung, um durch einen Luftschleier zwischen Feueröffnung und Arbeiter diesen in wirksamer Weise zu schützen. Zu diesem Zweck wird unterhalb der Feuer Türen eine Schlitzdüse angebracht, durch die ein Ventilator kalte Luft preßt. Ist der Luftdruck an der Austrittsöffnung groß genug, so wird ein Luftschleier bis zur Kopfhöhe des Arbeiters erzeugt, der die Belästigung durch Wärmestrahlung fast vollständig beseitigt. Durch die Luftschleieranordnung wird gleichzeitig noch eine günstige Nebenwirkung erzielt.

Bei Glühöfen usw. haben die Flammen das Bestreben aus den geöffneten Arbeitstüren herauszuschlagen, so daß die Bedienungsmannschaften nur mit langen Zangen ihre mannigfachen Arbeiten verrichten können. Dieses Herauszingeln der Flammen hört auf, wenn der Windschleier in Tätigkeit tritt, so daß auch die Operationen an Glüh- und Flammenöfen durch diese neue Schutz einrichtung ganz erheblich erleichtert werden.

Kurze Chronik In Frankreich bemüht man sich den Bodenertrag in der Landwirtschaft durch weitgehende Einführung von Motoren zu steigern. So sollen in diesem Jahr 7000 Motorschlepper und 7000 Pflüge französischen Ursprungs in Betrieb genommen werden. Des weitern erwartet man aus England 6000 und aus Amerika 12000 Motorpflüge. \diamond Zur Schonung der vorhandenen Kohlenvorräte ist man in England bemüht die Elektrizität weitgehend heranzuziehen. Der staatliche Unterausschuß für Kohlenversorgung hat Pläne nach dieser Richtung ausgearbeitet, nach denen alle Industrien des Landes mit elektrischer Energie versorgt werden sollen, die in 16 großen Zentralen erzeugt wird. \diamond Auch in den Vereinigten Staaten herrscht infolge des Krieges Kohlenknappheit. Um der Not zu steuern, hatte der Brennstoffkommissar Garfield angeordnet, daß die Industrieanlagen östlich des Mississippi vom 18. bis zum 23. Januar einschließlich zu schließen seien, und daß weiter von da ab 9 Wochen lang an den Montagen die Arbeit in den Fabriken ruhen müsse. Trotz dem Entrüstungssturm, der sich hiergegen erhob, scheint Garfield eine Verfügung durchgedrückt zu haben. \diamond Die Ergiebigkeit der Erdölgruben in den Vereinigten Staaten scheint sich verringert zu haben, und es wird deshalb nach neuen Ölgebieten geforscht. Vor allem wurden in Kansas, Oklahoma und Texas Untersuchungen vorgenommen, die aber nicht besonders erfolgreich gewesen sind. \diamond Nach Mitteilungen in der bayrischen Reichsratskammer werden in Bayern 3 Zellulosefabriken mit etwa 2 Millionen Mark zum Zweck der Herstellung von Sulfitspiritusanlagen darlehnsweise subventioniert werden. Die Fabriken müssen den Spiritus zum Preis von 20,5 Mark für den Hektoliter an den zuständigen Kriegsausschuß abliefern.

